

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Worterbuch 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Inertions-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Kolonien-
zeile oder deren Raum 40 Pfg. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.

Berliner Volksblatt.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Vernachlässigt: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 19. Mai 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Vernachlässigt: Amt IV, Nr. 1984.

Eine Selbstentlarvung des Centrums.

Die bekannten Centrums-Abgeordneten Müller-Fulda
und Sittard haben im Verlage von J. P. Bachem zu Köln
eine Broschüre erscheinen lassen: „Der deutsche Reichstag von
1898—1903. Ein Bericht über die Tätigkeit der Centrums-
partei in der abgelaufenen Legislaturperiode.“

Wir müssen gestehen, es ist uns selten ein Nachwerk zu Gesicht
gekommen, das von vornherein sich in höherem Grade dazu
verurteilt sah, dem Gegner alle Positionen in die Hände
zu spielen. Wenn die genannten beiden Abgeordneten in der
Absicht an ihre Aufgabe herangetreten wären, der
Centrumpartei eine schwere Verlegenheit zu bereiten, sie
könnten nicht mit größerem Geschick zu Werke gegangen
sein. So rächen sich am Centrum die Frevel und Ver-
rätereien, die es systematisch an der Sache des Volkes
begangen hat. Die nackte Logik der Thatsachen liegt so offen-
sichtlich zu Tage und spricht eine solch' unabweisende Sprache,
daß sie durch jedes Verdrehungsgerüst klar vernehmlich
hindurchdringt und daß auch eine geschicktere Dialektik als die
der Abgeordneten Müller-Fulda und Sittard an der un-
möglichen Aufgabe, den Mohren weiß zu reden, scheitern müßte.

Das werden an erster Stelle die Militär- und
Marinevorlagen behandelt. Sowohl für die Militär-
vorlage von 1898 wie für das Marinegesetz von 1900 wird
zugestanden, daß man zwar zunächst eine Auflösung
des Reichstages erwartet habe, daß jedoch nichts desto weniger
eine Verständigung zwischen Bundesrat und Reichstag „auf
Grund der vom Centrum gemachten Gegenanträge“ erzielt
worden sei. In betreff der Militärvorlage wird erwähnt, daß
sie an neuen Formationen 10 Bataillone, 80 Batterien und
17 Eskadrons, sowie eine Erhöhung der Friedenspräsenz von
16 265 Mann brachte. Als besonderes Verdienst des Centrums
wird der Abbruch von 7006 Mann mit einer jährlichen Kosten-
ersparnis von 5 Millionen in Anspruch genommen. Die
Thatsache, daß das Centrum sich dabei verbunden, die ab-
gegriffenen 7006 Mann später zu bewilligen, wird dabei
freilich unterschlagen. Gleichfalls unterschlagen, wiewohl die
angebliche Ersparnis von 5 Millionen sorgfältig registriert
wird, ist die gewaltige Erhöhung des jährlichen Militäretats,
welche durch jene andern Bewilligungen hervorgerufen worden
ist. Der gleiche plumpe Schwindel wiederholt sich bei der
Flottenvorlage. „Das Regierungsprogramm“, sagt unsere
Broschüre, „enthält Forderungen von einer solchen Höhe, wie
man sie bis dahin kaum für möglich gehalten hatte,“ und an
die ein hieherer Centrumsabgeordneter seine Wähler so kurz
vor dem 16. Juni gar nicht zu erinnern wagt, „gleichwohl“
wurde bewilligt, erhielt doch „das Verständigungsprogramm
eine Verminderung der Gesamtkosten innerhalb 18 Jahren um rund
300 Millionen Mark.“ Daneben werden noch fast 60 Millionen
Ersparnisse aufgerechnet, indem man den an das Ausland
billiger als an Deutschland verlaufenden Panzerplatten-
Fabrikanten die Profite in etwas beschneidet. Daß aber
die Gesamtkosten des Flottenschwindels dem Volke
nach der Regierungsvorlage etwa dreieinhalbtausend Millionen
und in Wirklichkeit mehr als fünftausend Millionen aufbürden
sollten, davon steht in der ganzen Broschüre nicht ein einziges Wort.

Trotzdem fühlen die beiden Centrumsgrößen das Be-
dürfnis, sich auch mit der Haltung der Socialdemo-
kratie in Militär- und Marinefragen auseinanderzusetzen.
„Eine Abschaffung des deutschen Heeres“, heißt es in der-
selben, „wie solche die Socialdemokraten theoretisch fordern,
kann von jedem unbefangenen Denker nur als ein Unsinns-
bezeichnet werden, so lange nicht eine allgemeine Abrüstung
aller europäischen Staaten gleichzeitig erfolgt und so
lange insbesondere das republikanische Frankreich und
das mit ihm verbündete Rußland große stehende
Heere an den deutschen Grenzen unterhalten. Auch
die Socialdemokraten würden sich wahrscheinlich bedenken,
Deutschland, wie in früherer Jahrhunderten, zum Tummelplatz
französischer Armeen werden zu lassen; so lange sie aber nur
eine Minderheit im deutschen Reichstage bilden und die andern
Parteien für die Aufrechterhaltung der bestehenden Verhält-
nisse und die notwendigen Verbesserungen sorgen lassen,
können sie sich den billigen Wit machen, am Schluß der
Staatsberatung alles abzulehnen und phantastische Forderungen
zu stellen, von denen sie wissen, daß solche doch keine An-
nahme finden. Man weiß hinlänglich, daß dies nur wahl-
taktische Manöver sind, mit denen sie der großen Masse Sand
in die Augen streuen wollen.“ Thatsächlich stimmten in den
Jahren 1902 und 1903 die socialdemokratischen Abgeordneten
auch schon für einzelne Militärforderungen und gaben dabei
zuweilen den Ausschlag für Annahme derselben.

andrer Parteien, eine Erleichterung für die breite Masse des
Volkes oder in der Lebenshaltung der Mannschaften, Unter-
offiziere usw. oder ähnliche Verbesserungen darstellen. Ebenso
konsequent ist die Stellung der Socialdemokratie zum
jetzigen System der stehenden Heere. Wir fordern das
Militärsystem, weil wir dasselbe für militärisch wirksamer,
demokratischer und billiger halten. Von einer Wehrlosmachung
des Vaterlandes zu reden, ist Humbug, niemand würde sich
energischer dagegen zu wehren wissen, daß Deutschland zum
Tummelplatz fremder Heere gemacht würde, als eine social-
demokratische Regierung. Selbst Moltke hat sich für das Militärsystem
ausgesprochen und bedeutende militärische Autoritäten
stimmen mit ihm überein, wie ja auch die Erfahrungen der
letzten Zeit, z. B. noch der südafrikanische Krieg, immer mehr
die Berechtigung unserer Forderung erweisen. Wenn die
bürgerlichen Parteien von Militärsystem nichts wissen wollen,
wenn sie mit dazu helfen, das Heer immer hermetischer nach
außen abzuschließen, so geschieht es im Hinblick auf den
sog. „inneren Feind“, weil man, wie Moltke dies einmal
ausdrückte, die Waffen zwar schnell ausgeben, aber schwer
wiedernehmen kann. Dieser tatsächliche Sachverhalt ist auch
den beiden Centrums-Abgeordneten ganz und gar nicht unbe-
kannt, und es kennzeichnet den moralischen Bankrott einer
Partei, wenn selbst Abgeordnete, die den Anspruch erheben,
etwas zu gelten und ernst genommen zu werden, in der
breiten Öffentlichkeit vor derartigen Agitationsmitteln nicht
zurückschrecken.

In gerader klassischer Weise schildert die Broschüre die
Insenierung der China-Expedition. „Im Herbst 1900
gab es eine neue Ueberraschung für den Reichstag —
nämlich nach den kostspieligen Ueberraschungen der Militär-
und Marinevorlagen. „Diese China-Expedition war zweifel-
los etwas über den Rahmen der Notwendigkeit
und das Verhältnis der deutschen Interessen gegen-
über denjenigen anderer Staaten hinaus inszeniert worden;
wie der spätere Verlauf gezeigt hat, war insbesondere die
kostspielige Entsendung eines deutschen Panzerschiff-Geschwaders
völlig überflüssig gewesen, gleichwohl ist zuzugeben, daß es
auch anders hätte kommen können. Die Expedition erfolgte
ohne Genehmigung des Reichstages, d. h. ohne daß derselbe
vorher um eine solche angegangen worden wäre, wie es bei
strenger Befolgung der gesetzlichen Vorschriften hätte geschehen
sollen, die verbündeten Regierungen suchten diesen Fehler
jedoch dadurch gut zu machen, daß sie nach dem Wieder-
beginn der Reichstags-Session eine Vorlage einbrachten, in
welcher sie um Indemnität nachsuchten. Diese wurde denn auch
vom Reichstag bewilligt.“ Diese Worte bedürfen keines
Kommentars. Die Broschüre berechnet die Kosten der Ex-
pedition auf mehr als 253 1/2 Millionen. Aber dessen ungeachtet
ist das Centrum, das der Regierung die Indemnität samt
einer Viertel-Milliarde in den Schoß wirft, der „unentwegte
Wahrer der Volksinteressen“. Es dringt nach drei Jahren
auf „baldige Erledigung der ostasiatischen Expedition“ und
streicht, „um diesen Wünschen den nötigen Nachdruck zu geben“,
tapfer ganze drei Millionen!

So werden alle Steuerermäßigungen, Abstriche usw. als
ausschließliches Centrumsverdienst in Anspruch genommen und
sorgfältig gebucht, die Mehrkosten jedoch diplomatisch unter-
schlagen und verschwiegen. Freilich kann der Stand der
Reichsfinanzen nicht ganz übergangen werden und hier muß die
Broschüre zugestehen, daß die Centrumsweisheit vollständig
Niemand gemacht hat. Da heißt es: „Die Militärvorlage von
1899, das Flottengesetz von 1900 brachten ganz erhebliche
Steigerungen der Ausgaben, und wenn auch für die Mehr-
kosten des Flottengesetzes vorsichtigerweise auf Antrag des
Centrums eine besondere Deckung durch die Schaumweinsteuer und
die Erhöhung der Lotterien- und Börsensteuer geschaffen worden
war, so wuchsen doch die Ausgaben für sociale Zwecke, für
Pensionen, für das Kolonialwesen und die „Weltpolitik“
derartig, daß es schließlich, als in den Jahren 1901 und 1902
ein wirtschaftlicher Niedergang eintrat, der große Einnahme-
Ausfälle . . . zur Folge hatte, nicht mehr möglich war, das
Gleichgewicht im Reichs-Haushalt aufrecht zu erhalten.“

Der Löwenanteil der Mehrausgaben entfällt auf die Militär-,
Marine- und Weltpolitik, die das Centrum durch seinen un-
zeitigen Bewilligungseifer hat züchten und großziehen helfen.
Der damals bedorftehende und jetzt noch andauernde wirt-
schaftliche Niedergang ist von unsrer Seite mit größtem Nach-
druck vorhergesagt worden, da schon beim Auftauchen der
Flottenpläne von 1900 die deutlichsten Anzeichen für das Ende
der Prosperitätsperiode vorhanden waren. Daß der Verlust,
die 4300 Millionen, welche der Bau der Flotte kosten wird,
durch Schaumweinsteuern u. aufzubringen, ein plumper
Schwindel ist, haben wir wiederholt betont; jetzt wird
derselbe auch von unsren Centrumsgrößen in seiner
wahren Gestalt entlarvt. Sie jammern, daß der Ueberfluß von
30 Millionen, den noch der Etat von 1898/99 aufwies, sich
im letzten Etatsjahre nach der Schätzung des Reichs-Schatz-
amtes in ein Deficit von 34 Millionen verwandelt hat. Trotz
der erhöhten Matrularumlagen der Bundesstaaten habe sich
das Anleihebedürfnis des Reiches kolossal vermehrt. Unsere
Broschüre giebt die folgende Anleihe-Tabelle:

Table with 2 columns: Year and Amount in Marks.
1890 . . . . . 69 010 100 Mark
1900 . . . . . 77 438 620 .
1901 . . . . . 79 981 541 .
1902 . . . . . 113 200 439 .
1903 . . . . . 150 888 325 .

Da ist natürlich für die dringendsten und unabwendlichsten
Bedürfnisse kein Geld vorhanden. „Mit den verbündeten Re-
gierungen“, sagt die Broschüre, „sind alle Reichstags-Abgeord-
neten, die sich der Mühe unterziehen, die Finanzlage des Reiches
zu studieren, der Ansicht, daß Gehalts erhöhungen in größerem
Umfange, ebenso die Erhöhung der Pensionen der sogenannten
„Friedensinvaliden“, d. h. der großen Zahl der Feldweibel
und Unteroffiziere, welche alljährlich als „invalid“ abgehen,
nur dann möglich wären, wenn zugleich neue Steuern be-
willigt werden. Die Abgeordneten, welche zu solchen Mehr-
ausgaben immer aufs neue hindrängen, würden also gleich-
zeitig die Verpflichtung haben, die zur Deckung derselben er-
forderlichen neuen Steuern in Vorschlag zu bringen und für
deren Bewilligung eine Mehrheit im Reichstage zu be-
schaffen.“ Was Wunder, daß da die biederen Centrums-
leute, die mit ihren Fraktionsgenossen weidlich dazu
mitgeholfen haben, aus den Steuerpfeilmengen des
Volkes Millionen und Abermillionen auf die Straße
zu werfen, anstatt das Vorhandene für wirkliche
Kulturaufgaben zu verwenden — daß da diese biederen
Centrumsleute behaupten, die Socialdemokratie habe in den
letzten Jahren „zu Gunsten keineswegs einwandfreier Militär-
und Marineforderungen, in der Höhe von vielen Millionen,
den Ausschlag gegeben“? Daneben leisten sich die beiden
frommen Herren eine platte Gemeinheit, wenn sie von dem
Verhalten der Socialdemokratie den Preisüberforderungen
gewisser patriotischer Lieferanten gegenüber das Folgende be-
haupten: „Wenn solche Sachen vom Centrum aufgefärbt
werden und auf seine Anträge hin seitens der Verwaltung
Abhilfe geschaffen oder zugesagt, pflegt die Socialdemokratie
sich nachträglich der Sache zu bemächtigen und dieselbe in ihrer
Presse so hinzustellen, als habe ihre Partei das Verdienst,
diese Mißstände beseitigt zu haben, thatsächlich aber nehmen
die Vertreter der Socialdemokratie in der Budgetkommission,
in welcher diese Angelegenheiten behandelt zu werden pflegen,
in der Regel eine indifferente Haltung ein.“ Diese Worte
geben wir lediglich zur Kennzeichnung kirchlicher Parteigrößen
wieder, sie ernstlich zu widerlegen ist überflüssig.

Diese Finanzlage, die in erster Linie, das wiederholen
wir, vom Centrum verschuldet ist, so sehr man sich jetzt be-
strebt zeigt, dieselbe der bösen Regierung auf die Kappe zu
laden, giebt erst dem Volkstakt das richtige Relief. Wir können
hier nicht auf alle die empörenden Einzelheiten und die
rohen Gewalttakte zurückkommen, welche die Beratung jenes
„Gesetzes“ zu einer Schande für das deutsche Parlament
gemacht haben, wir weisen nur darauf hin, daß die kirchliche
Broschüre auch hier an Entstellung und Verdrehung das Menschenmögliche
leistet. Die Broschüre erinnert nochmals ausdrücklich daran, daß
die Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle auf Veranlassung
des Centrums bei Annahme der Flottenvorlage seitens der
Regierungen zugesagt worden, glaube jedoch den Volkstakt
vor Behauptungen, als sei er eine bloße Finanzoperation, in
Schutz nehmen zu sollen. Die Herabsetzung der eigentlichen
Finanzzölle auf Petroleum, Tabak, Kaffee u. a. beweise, „daß
die Neuregelung des Tarifs weniger die Aufgabe hatte,
eine Vermehrung der Reichseinnahmen herbeizuführen, als
vielmehr die Basis für neue Handelsverträge zu schaffen,
gleichzeitig aber der landwirtschaftlichen Produktion einen
höheren Schutz angedeihen zu lassen“. Danach verfolgen
also die Getreide- und Viehzölle eingeständenermaßen
auch den Zweck, für das Reich neue Einnahmequellen
zu schaffen. So hat ja auch das Centrum das Inkraft-
treten der famosen Witwen- und Waisenversorgung bis zum
Jahre 1910 hinausschieben müssen, eine Thatsache, welche
unsre Broschüre wiederum geflissentlich unterschlägt. Daß
daneben mit den großen Zahlen gerechnet wird, die der Arbeiter-
klasse aus den staatlichen Versicherungsgesetzen zugeflossen seien,
versteht sich nach dem Gesagten von selbst. Die beiden
Centrumsgrößen bekommen es sogar fertig, mit der Zahl von
4 1/2 Milliarden zu operieren, indem sie nicht nur die auf-
gehäuften Reserven, sondern sogar die von den Arbeitern selber
als direkte Beiträge zur Kranken-, Invaliditäts- und Unfall-
versicherung eingezahlten Summen als „für die Arbeiter
gebracht“ ins Feld führen. Da unsre Broschüre sich bei dieser
statistischen Musterleistung auf eine unlängst erschienene
„socialpolitische“ Schrift des Volksvereins für das katholische
Deutschland beruft, so werden wir Veranlassung nehmen,
darauf in andern Zusammenhang zurückzukommen.

Wir haben aus dem Inhalt der Broschüre nur einiges
Wesentliche hervorheben können. Ihre besonderen Vorzüge
sind damit bei weitem nicht erschöpft und wir empfehlen sie
als fetten Centrumsbissen unsren lachenden Agitatoren.

Wahlkampf.

Die Gewerkschaften und die Reichstagswahl.
Das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften
Deutschlands unterzieht im Hinblick auf die Reichstags-
wahlen die Reichspolitik der vergangenen 5 Jahre und die gegen-
wärtige politische Situation einer Betrachtung, wobei selbstverständ-
lich die besondern Arbeiterangelegenheiten im Vordergrund
stehen. Nachdem die Haltung der Parteien zu den die
organisierten Arbeiter speziell berührenden Fragen geprüft
und festgestellt worden, daß die Interessen der Arbeiter
nur von der socialdemokratischen Partei ernsthaft vertreten
worden sind, schließt der Artikel:
„Selbstverständlich können die Gewerkschaften ihre Mitglieder
nicht verpflichten unter allen Umständen nur einem Socialdemokraten

Frei Stimmten zu geben. Wie die Gewerkschaften ihre Mitglieder beim Eintritt nicht nach deren Parteistellung oder religiösem Glaubensbekenntnis fragen, so läßt sie auch keinen Druck aus, um sie zur Stimmabgabe in einer gewissen Richtung zu zwingen. Sie haben ihre Pflicht erfüllt, wenn sie die rechtlichen und sozialpolitischen Voraussetzungen ihres Wirkens, ihre Lebensinteressen und deren bisherige Vertretung darlegen und danach den Mitgliedern die Entscheidung selbst überlassen. Die Wähler zu sammeln und organisieren, sie politisch zu schulen und deren Abstimmung einheitlich zu lenken, kann nur Aufgabe der politischen Parteien sein, und das Vorhandensein einer äußerst rührigen Arbeiterpartei überhebt sie der Notwendigkeit politischer Propaganda.

Desto mehr aber bleibt den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Pflicht, als Staatsbürger sich auch politisch zu betätigen und im Anschluß an eine Partei dazuzutreten, daß den Interessen der Arbeiterklasse in der Reichsregierung mehr als bisher Geltung verschafft werde. Diese Pflicht liegt nicht allein den maßgebenden Arbeitern ob, sondern allen Arbeitern ohne Unterschied des Geschlechts und Alters, die sich ihres Arbeiter-Interesses bewußt sind, denn alle müssen darauf hinarbeiten, daß die Gesetzgebung in der ihrem Wohl dienlichen Weise beeinflusst werde. Jedem ist die Möglichkeit der politischen Organisation und der Mitwirkung in der Arbeiterbewegung geboten und jeder muß sich Teil dazu beitragen, daß am Tage der Reichstagswahl Arbeitervertreter gewählt werden. Es ist vielleicht überflüssig, zu sagen, daß ein gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, der sein Klasseninteresse wohl begriffen hat, nur einem sozialdemokratischen Vertreter seine Stimme geben wird. Aber wir haben auch keinerlei Ursache, diese selbstverständliche Feststellung zu scheuen, nachdem die bürgerlichen Parteien selbst am meisten dazu beigetragen haben, die Arbeiter mit der Sozialdemokratie untrennlich zu verbinden, so daß in der letztjährigen Session selbst der Staatssekretär Graf v. Posadowsky als Thatsache zugestehen mußte, daß diese Partei die Vertretung der Arbeiter bilde. Man könnte ebensogut die Sonne leugnen oder das Gesetz der Erhaltung der Energie in Zweifel stellen, wie diese einfache Thatsache aus dem Bereich der Wirklichkeit verschwinden lassen.

Möge jeder deutsche Arbeiter daher die wenigen Wochen bis zum Wahltag benutzen, um für einen nachhaltigen Erfolg der Arbeiterbewegung zu wirken. Pflicht ist es, dafür zu sorgen, daß an diesem Tage nur zuverlässige Arbeitervertreter gewählt werden. Dringend notwendig ist es, zu verhindern, daß eine Reichstags-Mehrheit aus der Wahl hervorgeht, die, wie die früheren, dem Volke neue Lasten und Steuern aufbürdet, seine Rechte mit Füßen tritt und ihm den notdürftigsten Schutz gegen Ausbeutung, gegen physische und soziale Not verweigert. Jeder trete in die Reihen der Kämpfer ein, um nach besten Kräften beizutragen für den Sieg der Arbeiterklasse.

**Kentler Bitterweiner will siegen.** Die „Bosfische Zeitung“ beschäftigt sich mit einer Besprechung des Liebenowischen Flugblattes und verspricht am Schlusse ihrer Notiz, daß der sterbende Freisinn am 16. Juni in Berlin dem Antisemitismus und der Reaktion wie der Sozialdemokratie eine gründliche Niederlage bereiten werde. In derselben Notiz wird auch das am Sonntag verbreitete sozialdemokratische Flugblatt behandelt. Da beschwert sich die „Bosfische Zeitung“ über den darin gegen die Freisinnigen enthaltenen Vorwurf der Heuchelei und fragt: „Haben die Waldeck, Ziegler, Kirchow, Schulze-Dehnsch, Bürger nur Freiheitsliebe geheugelt? Ist der alte Langerhans nur ein Heuchler?“

„Daß es einmal freisinnliebende Männer im Bürgerthum gegeben hat, die auch für die Freiheit mutig gestritten haben, das zu leugnen fällt uns gar nicht ein; aber das war einmal! Was sich heute noch freisinnig nennt, das hat von Freisinn nichts mehr als den Namen, das wird keiner Reaktion mehr eine Niederlage bereiten, weil ihm entweder die Kraft zu kämpfen oder das Interesse an der Freiheit fehlt. Der Freisinn und dem Fortschritt hat es dagegen schon Niederlagen genug bereitet und wird ihnen noch mehr bereiten. Aber darum wird es der Sozialdemokratie erst recht keine Niederlagen bereiten.“

**Von der begeisterten Stimmung, die in den Volksmassen für die Reichstagswahl herrscht,** konnte Genosse Singer erfreuliche Erfahrungen sammeln auf einer Agitationstour durch Thüringen, Nordbayern und das sächsische Vogtland. Die Versammlungen des Genossen Singer waren allenthalben demnach überflüssig, wie es seit langem nicht beobachtet worden ist und die jubelnde Zustimmung, die den Ausführungen des Redners überall von den Zuhörern zu Teil wurde, läßt uns hoffen, daß das arbeitende Volk am 16. Juni eine vernichtende Abrechnung mit seinen Bedrückern und Ausbeutern halten wird. Alle Nachrichten über die bisherigen Ergebnisse der Agitation lassen erkennen, daß die Sozialdemokratie im Volke wieder gewaltig an Boden gewonnen hat und daß die elenden Lügen und Verdrehungen, mit denen jetzt im Wahlkampfe gegen uns gearbeitet wird, selbst von den unerfahrensten Leuten richtig erkannt werden. Die Sozialdemokratie wird die siegende Partei sein.

#### Bändlerische Wahlzensuren.

Das „Kleine Wahl-WG des Bundes der Landwirte“ das soeben erschienen ist, lehrt nicht nur das agrarische WG, sondern teilt auch agrarische Raten aus.

Zuerst kommt die Sozialdemokratie. Sie wird mit einer „Zin“ nach Hause geschickt, und ihr wird nachgesagt, sie wolle die Bauern durch schlechte Handelsverträge von ihren Höfen vertreiben, weil sie allen ihr Eigentum wegnehmen wollten.

Es folgt der Freisinn. Armer Eugen Richter! Trotz der großen Verdienste, die er sich nachweislich für die Sache des Proletariats erworben hat, wird auch er gewogen und zu leicht befunden. Von den Bauernvereinen wird gesagt, daß jüdische Kommerzienräte an ihrer Spitze ständen.

Auch mit den Nationalsozialen steht es faul; das Centrum erhält eine Menge wegen schlechten Betragens, weil es in seiner Presse den Bund der Landwirte in der gefährlichsten Weise bekämpfe. Auch wird ihm vorgeworfen, daß es nicht für den Antrag König gestimmt habe und daß es beim Zollwucher auf die mittlere Linie gefallen sei. Wenn sich jedoch ein Centrumskandidat auf das Bundesprogramm verpflichte, könne man ruhig für ihn stimmen. Dagegen wird den Nationalliberalen der Krieg angekündigt, aber die Feindschaft gilt nur der Partei; ihre einzelnen Mitglieder sind, sofern sie wenig sind, besser als zehn Geredete. „Der Bund der Landwirte“ heißt es wörtlich, „muß daher (weil sie gegen agrarische Verbesserungen) des Antrags Kardorff gestimmt hat. D. Red.) die nationalliberale Partei jetzt als eine offene Gegnerin der landwirtschaftlichen Interessen bekämpfen und seine Mitglieder werden nur ausnahmsweise, und bei sehr blühender Verpflichtung auf die Bundesforderungen einem nationalliberalen Kandidaten ihre Stimme geben können.“

Die antisemitische deutschsoziale Reformpartei erhält das allerbeste Zeugnis. An ihr ist förmlich nichts auszusagen; sie besteht allerdings nur noch aus angestellten Geheimagenten des Bundes.

Der freikonserватiven Partei sei man nicht unfreundlich, aber ihr jüngstes Verhalten im Reichstage mahne zur Vorsicht. (Es ist merkwürdig, ein wieviel milderer Ton gegen die eigentliche Kardorff-Partei angeschlagen wird als gegen die nationalliberalen Sündenböcke!) Man müsse sich ihre Kandidaten genau ansehen.

So ist die Spannung aufs höchste gesteigert, wenn die deutschkonservative Partei schließlich als letzte an die Reihe kommt. Die Aufschwung ist vollkommen, das zerstückelte Tischstück wieder zusammengeknüpft. Der Agrarierbund giebt seinem zweiten Jah folgenden Wahlsegens mit auf den Weg:

Die deutschkonservative Partei steht ganz auf dem Boden des Bundesprogramms, Kandidaturen derselben werden daher vom Bundeseite immer unterstützt werden können, wenn bei denselben nicht persönliche, ehrgeizige Bestrebungen und Rücksichten, oder aber

ein zu weites Entgegenkommen gegenüber jedweder Stellungnahme der Regierung im Vordergrund stehen. Leider haben diese letzteren Rücksichten auch bei den letzten Reichstags-Verhandlungen innerhalb der Partei einen größeren Einfluß geübt, als für die Interessen der Landwirtschaft zulässig war. Es ist deshalb nötig, auch gegenüber den bevorstehenden Wahlen die Landwirte ausdrücklich aufzufordern, nur solche Kandidaten zu unterstützen, welche rückhaltlos für die Forderungen der Partei einzutreten nicht nur versprechen, sondern nach ihrer politischen Vergangenheit und unabhängigen Stellung auch die hinreichende Gewähr zur Erfüllung dieses Versprechens bieten.

Obwohl in der Gesamtabstimmung über den Zolltarif dreißig konservativ für die Vorlage und nur drei gegen sie stimmten, werden alle, oder doch „fast“ alle in Gnaden wieder aufgenommen. Die Komodie ist zu Ende. Montecitorio und Capuleti fügen abgesehen bei der Versöhnungspulle und erwarten gemeinsam den Kasernenreport der Wahlen.

**Der Verteidiger der Kardorff-Notte.** Die „Freisinnige Zeitung“ behauptet gegenüber einem Berliner Flugblatt, daß einzig und allein die Sozialdemokraten bei dem Zollkampf geschimpft haben. Den konservativ-kerikalischen Särgelich: „Juden runter“, die Aufforderungen „Maul halten“, das falsche Angebot von Ohrfeigen und ähnliche Aeusserungen zollwucherischen Anstands hält Eugen Richter offenbar im Interesse der guten Sache für durchaus verständlich.

Die „Freisinnige Zeitung“ behauptet ferner, daß die bürgerlichen Parteien nur einmal Eugen Richter weislich gezollt hätten, damals als er statt gegen Kröcher gegen Barth redete. Das ist erlogen. Warum schämt sich Eugen Richter des recht verdienten Weisfalls seitens der Zollwucherparteien, der ihn von Anfang bis zu Ende verfolgte? Schon bei der Wahlkämpfer war er so stürmisch, daß ihn der Parlamentsbericht der „Freisinnigen Zeitung“ herausfingerte. Nur in dem Wahlhandbuch der konservativen Partei findet einzig und allein Eugen Richter Gnade vor Kröchers Augen.

**Barth und Richter.** In einer Kieler Wahlversammlung hat der freisinnige Abg. Barth seine bekanteten Ansichten dargelegt, daß der Liberalismus nicht die Sozialdemokratie bekämpfen solle, die schon noch „vernünftig“ werden würde. Er wandte sich insbesondere gegen Eugen Richter: Eine solche große Volksbewegung dürfe man nicht unter kleinlichen Gesichtspunkten betrachten, brauche sie auch nicht mit dem kleinlichen Haß der politisch Depossidierten (Zurückgedrängten) anzusehen.

Was aber teilt die „Freisinnige Ztg.“ aus Barths Rede mit? Nur den einen Satz: „Kein größeres politisches Unglück“ könnte es für die Arbeiterbevölkerung Deutschlands, auch für die sozialdemokratische Arbeiterbevölkerung geben, so äußerte Abg. Barth in einer Versammlung in Kiel am vorigen Freitag, als wenn es der sozialdemokratischen Agitation gelänge, den liberalen Damm, der gegenwärtig den Hauptanprall der Reaktionen aushält, zu untergraben. Die Sozialdemokratie für sich allein würde ganz unfähig sein, die Reaktion zurückzuhalten und aus eigener Kraft etwas zu erreichen.“

So laut sich der „politisch Depossidierte“ ein Reich neuer Macht!

**Landräte als Wahlmacher.** Am Freitag hat der „Freis. Ztg.“ zufolge der Landratsamts-Verweiser v. Jordan in Glogau auf einer konservativen Vertrauensmänner-Versammlung präsidiert und dort die Kandidatur des Bündlers Kuehl empfohlen. Nachdem sein Vorschlag acceptiert worden war, brachte der Herr Landratsamts-Verweiser ein dreifaches Hoch auf den bündlerischen Kandidaten aus. Die landräthlichen Corpstudenten halten wader gegen die regierenden ministeriellen „Vulkenmeller“ in Berlin zusammen.

**Das rheinische und badische Centrum** veröffentlicht noch besondere Wahlaufrufe. Der rheinische richtet sich gegen den Bund der Landwirte, der badische gegen Nationalliberale und Sozialdemokraten.

Die Einrichtung von solchen Specialaufrufen beweist, daß das Centrum sich in schwieriger Lage befindet.

**Centrumslogik.** Abg. Trimborn erstattete am Sonntag in Köln in einer Centrumswählerversammlung Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Centrumsfraktion des Reichstages. Wie sehr den ultramontanen Herren die große Anwesenheit im Magen liegt, die Genosse Bebel dieser Tage im heiligen Köln gehalten hat, zeigte deren öftere Erwähnung in der Versammlung.

Dabei entwickelte Herr Trimborn eine erstaunliche Logik in der Verteidigung seiner widerspruchsvollen Haltung zu den Viehhöllen. Er ist nämlich im Kölner Stadtrat gegen die Viehperren und im Reichstage für die Erhöhung der Vieh- und Fleischzölle eingetreten und das hatte ihm Bebel vorgehalten. Darauf erwiderte Trimborn jetzt:

Bei niedrigen Viehzöllen bestände bei den Verwaltungsbehörden die Neigung, obwohl die Sperren lediglich aus sanitären Gründen verhängt werden sollen, die Viehsperren so lange als möglich aufrecht zu erhalten. Bei höheren Zöllen werde diese Neigung abgeschwächt. Wer für einen höheren Viehzoll Sorge, wie für die mögliche Einschränkung der Viehsperren.

Das heißt natürlich den Teufel mit Beelzebub antreiben. Wenn Herr Trimborn das in einer sozialdemokratischen Versammlung sagte, dann würde man ihm sofort erwidern, daß man ja nur nötig habe, den Verwaltungsbehörden klar zu machen, daß sanitäre Viehsperren niemals als Ergänzmittel für mangelnde Viehzölle angewendet werden dürfen. Keine Partei wäre zu solcher Beeinflussung der Behörden auf dem politisch-parlamentarischen Wege mehr in der Lage wie das ausschlaggebende Centrum.

Ueber die Sozialpolitik schwieg sich Herr Trimborn in seiner Versammlung gänzlich aus. Das ist auch ein zu heisses Thema für einen Centrumsmann.

**Ungeklärte Wahlbeeinflussung.** Für den Wahlauftritt des konservativen Jacobskötter wurden nicht nur auf Anordnung einer ganzen Anzahl von Gemeindevorständen durch die Ortspolitisten Unterschriften gesammelt, es unterschrieben diesen Wahlauftritt, der jetzt als Flugblatt verbreitet wird, in amtlicher Eigenschaft nicht weniger als 3 Bürgermeister, 7 Amtsvorsteher und 65 Ortsschulzen oder Gemeindevorsteher.

**Das neue Wahlreglement,** nach welchem die Wahlhandlung bis 7 Uhr dauert, ist am 30. April im „Reichs-Anzeiger“ publiziert worden. Am 5. Mai hat der bairische Bezirksamtmann in Verhölgaden amtlich bekannt gemacht, daß die Wahlhandlung um 6 Uhr geschlossen wird. Wenn die Regierung an dem Zustandekommen gesetzlicher Wahlen liegt, dann werden sie die Unterbehörden durch besonderen Erlaß auf die Änderungen des Wahlreglements aufmerksam machen müssen. Die Verletzung des Wahlreglements von Verhölgaden, die nach der Publizierung des neuen Reglements erfolgte, ist direkt ungesetzlich.

**Die Sünden der Väter** werden auch an den Reichstagswahlen bei Ausübung des Versammlungsrechtes geübt. So gab der Landrat des Kreises Biegebrunn folgenden Bescheid auf eine Beschwerde:

Der von Ihnen im Auftrage des sozialdemokratischen Wahlkomitees unterm 5. d. M. eingereichte Beschwerde gegen die Verfügung der Polizeiverwaltung in Geseß vom 4. d. M., durch welche die Abhaltung einer öffentlichen Wählerversammlung unter freiem Himmel auf der Barthischen Wiese in Geseß verboten worden ist, kann keine Folge gegeben werden.

Wie die Verhältnisse in der Stadt Geseß liegen, muß befürchtet werden, daß es bei einer unter freiem Himmel stattfindenden Versammlung unter den einander gegenüberstehenden Parteien zu Reibereien und Ausschreitungen kommen wird, zumals bereits bei der letzten Reichstagswahl im Jahre 1898 solche Zusammenstöße

vorgekommen sind, die ein polizeiliches Einschreiten notwendig gemacht haben.

Hiermit liegt für mich keine Veranlassung vor, das von der Polizeiverwaltung in Geseß erlassene Verbot wieder aufzuheben.

Der Königliche Landrat.

**Der Amtshauptmannschaft Auerbach im Königreich Sachsen** genügt es sogar schon, daß vor fünf Jahren einmal das Publikum den Jaun unlagert hat, um jetzt eine Versammlung zu verbieten. Sie entscheidet:

Auerbach, den 8. Mai 1903.

Auf Ihre durch den Gemeindevorstand von Rempegrün hier eingereichte Eingabe vom 7. d. M. ist Ihnen zu eröffnen, daß die königliche Amtshauptmannschaft die Abhaltung der von Ihnen für Sonntag, den 10. d. M. nach dem Gartengrundstück Nr. 54 in Rempegrün einberufenen öffentlichen Volksversammlung hiermit untersagt. Das Verbot hatte zu erfolgen, weil das bezeichnete, mit einem Statetzbaum umgebene Grundstück mit seiner Längsseite dicht an dem den Wirtschaftsbefigern Hummel und Ungethäm gehörigen viel begangenen Wirtschaftsweg gelegen und bei dieser Sachlage eine Gewähr dafür nicht gegeben ist, daß nicht auch außerhalb des Jaunes stehende Kinderjährlinge an der Versammlung teilnehmen. Daß diese Gewähr thatsächlich nicht vorhanden ist, wird durch die Thatsache bestätigt, daß während einer vor fünf Jahren in demselben Gartengrundstück abgehaltenen öffentlichen Volksversammlung zahlreiches Publikum den Statetzbaum unlagert hat.

Königliche Amtshauptmannschaft.  
Deeger.

Diese Uebereinstimmung des preussischen Landrats mit dem sächsischen Amtshauptmann läßt vermuten, daß eine allgemeine Leere in dem großen Kasten eingetreten ist, der die alten Muster von polizeilichen Gründen zum Verbot von Versammlungen enthält und daß irgend ein anschlagiger Kopf den Auftrag zur Aufstellung eines Normalschemas erhalten hat, nach dem in Zukunft gearbeitet werden soll.

**Wahlpostkarten zur Benachrichtigung der Wähler** über die erfolgte Eintragung in die Wählerliste und mit Angabe des Wahllokals, in welchem der Kartenempfänger sein Wahlrecht auszuüben hat, gelangen auf Beschluß der städtischen Kollegien auch in Würzburg zur Ausgabe.

#### Vom Wahlkampf in Sachsen.

Aus Sachsen wird uns geschrieben: Die diesjährige Wahlbewegung weist einige Verschiedenheiten von der früheren Jahre aus. Zwar glaubte die verrottete Reaktion durch das Kartell einer Intellektualisierung des Kampfes überhoben zu sein, aber die immer vorwärts treibende Sozialdemokratie ist ihren Gegnern längst voraus geeilt und bietet den Wählern eine gediegene geistige Kost, die darum den Kartellbrei immer weniger schmackhaft finden. Nun mahnen sich einzelne Kartellkandidaten im Schwelche ihres Angefichts ab, der sozialdemokratischen Agitation die Stirn zu bieten, zeigen aber durch ihr Auftreten nur, wie weit die Kartellparteien hinter der Sozialdemokratie zurückgeblieben sind.

Schon daß sie den Kampf mit geistigen Waffen wieder einmal aufnehmen, bestätigt, daß der Einfluß des amtlichen Wahlapparates zurückgeht und die aus der sozialistengesellschaftlichen Zeit überkommene Brutalität die Massen nicht mehr einschüchtern. Nun predigen sie Anstand und wollen mit uns diskutieren. Erträglich und annehmbar! Also — heraus mit Eurem Piedevisch! Indes, die Wähler des Kartells bleiben noch fürsichtig hinter der Front, die bedauerlicherweise Kandidaten sehten meist allein gegen die reißige Sozialdemokratie. Hoffentlich kriegen wir Kartellgenerale auch noch vor die Klinge!

Eine weitere Verschiedenheit des jetzigen Wahlkampfes, die sehr zu unseren Gunsten spricht, ist schon mehrfach hervorgehoben worden. Die Häusler und Kleinbauern auf dem platten Lande — sonst durch den Druck von oben sehr verschüchtert — überlassen, ja bieten uns oftmals ihre Grundstücke zur Abhaltung von Versammlungen an und liefern damit ein prächtiges Gegenstück zu der von unsren Gegnern beliebigen Saalabtreibung resp. Saalverweigerung, die sogar noch in einer Stadt wie Leipzig praktiziert wird. Diese Bereitwilligkeit und Unerkrodenheit kleiner Bauern verblüfft die Gegner. Behördliche Verbote von Versammlungen unter freiem Himmel giehen nur noch Del ins Feuer.

Außerdem aber hat die Sozialdemokratie einen gewaltigen Vorsprung vor ihren Gegnern in der Organisation des Wahlkampfes. Sie ist längst fertig und war zuerst auf dem Plan. Der Kandidatenmangel bei unsren Gegnern drückt obendrein deren Stimmung tief herab. Kapazitäten stellen sich wegen des zu befürchtenden Durchfalls ihnen nicht zur Verfügung. Es sind keine Angstkandidaten und manche stellen sich nur zur Verfügung, damit die Plamage der Kandidatenlosigkeit verdeckt wird.

So kämpft nun ein sonderbares Gemisch von Kartellkandidaten gegen die Sozialdemokratie an: Hier ein Antisemit, dort ein konservativer, Nationalliberaler oder ein „Wilder“ (Hoensbroech), und alle nur in dem verzweifelten Gedanken, die Sozialdemokratie nicht zu viel neue Wähler zu erobern zu lassen. Von Programm ist bei ihnen nicht die Rede. Nationalliberale müssen anerkennen und unterstützen, was bändlerische Agrarier und zünftlerische Rückwärtsler verlangen, sonst werden ihre Kartellbrüder auffällig. Himmel — ist das ein Bund!

Diese Umstände machen sich die freisinnigen Parteien zu nütze, glauben aus der Kartellverwirrung — welcher Widerspruch liegt in dem Wort, aber es ist die richtige Bezeichnung für die Situation — Vorteile ziehen zu können und stellen eigne Kandidaten auf. Können sie den Kartellpartei Stimmen abjagen, was gut; der Sozialdemokratie machen sie keine Beschwerden. Sind einzelne ihrer Redner übermüht, werden sie bald gedämpft. — Ultramontane Kandidaten werden nur zu dem Zwecke in Sachsen aufgestellt, damit die hier geäußerten Stimmen den befürchteten Stimmenausfall in anderen Centrumskreisen, wo die Sozialdemokratie sicher katholische Arbeiterwähler dem Centrum abtrümmig macht, verdecken sollen. Diese keine Abplitterung resp. Stimmengiebung vom Kartell kam immerhin auch als ein Beweis gelten, daß das Centrum die Kartellsache verloren giebt.

Die Kartellpresse weist eine Verschiedenheit gegen früher nicht auf, sie läßt und hegt drauf los im alten Stil. Aber die Angst vor sozialdemokratischen Siegen spricht aus ihren Beschwürungen der Kartellwähler.

Dagegen verhält sich die Regierung diesmal noch recht still. Die Vorgänge am Hofe beurteilen sie zu einem diskreten Verhalten in der Öffentlichkeit, aber hinter den Coulissen giebt sie selbstverständlich ihre Fäden. Doch das nützt alles nichts, ihre Thaten stehen auf der Abrechnung für den 16. Juni; es ist zu viel, was man dem sächsischen Volke zu bieten gewagt hat. Nach dem 16. Juni wird sie sich mit der Republik Hamburg trösten müssen, die auch eine Mehrheit sozialdemokratischer Wähler aufzuweisen hat.

So laun die Sozialdemokratie den Kampf guten Mutes weiter führen, obgleich noch eine Forcierung der Kartellbrüderlichen Agitation in den nächsten Wochen zu erwarten ist. Die Sache steht gut für uns.

#### Sächsische Polizei-Hilfe.

Immer neue Blüten treibt die Einmischung der Polizei in die parteipolitische Thätigkeit der Sozialdemokratie. Diesmal hat die Polizei in Romsburg, Sachsen-Altenburg, den Vogel abgeschossen. Zu einer Volksversammlung am 14. Mai, in der Genosse Deher- Leipzig vor starkem Besuch über die Reichstagswahl sprach, hatte die städtische Behörde eine Teilerfassung zur Deckung der Tageskosten unter den Bedingungen genehmigt, daß erstens der Ertrag im Beisein des überwachenden Beamten festgesetzt werde, und zweitens ihr der Nachweis über die Verwendung des Geldes erbracht werde.

Der Vorsitzende der Versammlung acceptierte diese Bedingungen, ließ während des Vortrages die Sammlung vornehmen und nach Schluß der Versammlung sollte das Ergebnis der Sammlung festgestellt werden. Das Bureau der Versammlung begann die Kupfer-

und Nickelmünzen zu scheiden, um den Betrag dann leichter zu ermitteln. Das dauerte dem Ueberwachenden zu lange, er griff unter stürmischen Heiterkeitsausbruch der Anwesenden in die Münzen und wollte dem Bureau das Zählen lehren. Man ließ ihn denn auch tapfer zählen, aber inzwischen traten noch eine große Anzahl Personen, die noch nichts gezahlt hatten, an den Tisch heran und opferten Dollars auf Dollars, so daß das Zählen und die Heiterkeit kein Ende nehmen wollte. Darüber nicht erbaud, schrieb der Beamte, der weiteren Gaben nicht mehr achtend, den von ihm ermittelten Betrag auf und verließ unter der nicht zu bezwingenden Heiterkeit der zahlreich Zurückgebliebenen zornigen Wägen den Saal. So bringt die fürsorgliche Polizei ihre Beamten in Verlegenheit.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Mai.

### Deutsche und französische Getreidepreise.

In Frankreich haben in letzter Zeit die Weizenpreise eine beträchtliche Höhe erreicht, daß aus den unbemittelten Volksschichten lebhaft Klagen über die steigenden Brotpreise ertönen und am 14. d. M. die Deputierten der Stadt Paris in einer Zusammenkunft beschlossen haben, bei dem Ackerbauminister anzufordern, ob sich nicht in Anbetracht des gegenwärtigen hohen Preisstandes eine zeitweilige Aufhebung des Eingangszolles auf Weizen empfehle. Weicher Weizen notierte in Paris während der letzten Tage, sofort lieferbar, über 25 Franc (25,10—25,20 Franc) pro 100 Kilogramm, für Juni-Juli ungefähr 1 Fr. niedriger; es stellt sich also zur Zeit der Preis pro 100 Kilogramm auf etwas über 20 M., pro Tonne auf über 200 M. Das ist sicherlich ein hoher Preis, höher als zur Zeit in Westdeutschland, denn in Mannheim wird der rheinische und pfälzische Weizen mit 17,25, der amerikanische mit 17,50 bis 18 M. notiert. Aber der Preis, den die französische Bevölkerung als eine unerträgliche Last empfindet und dessen Herabdrückung sie fordert, das ist der Preis, den selbst die gemäßigteren Agrarier vom Schläge der Dade als normalen Durchschnittspreis für Deutschland verlangen, und der tatsächlich sich während des letzten Jahres in den meisten süd- und westlichen Gegenden nicht nur zeitweilig im Frühommer, wenn bekanntlich fast regelmäßig die Preise steigen, sondern als Durchschnittspreis ganzer Jahre behauptet hat. So stand z. B. nach amtlicher Ermittlung der Durchschnittspreis für Weizen in Bayern während drei von den letzten zwölf Jahren über 20 M. pro 100 Kilogramm, in Baden während vier Jahren, in Hessen während drei Jahren.

Dieser Vergleich zeigt schon, welchen Anspruch auf Wert die immer wieder auftauchende Behauptung der Wortführer der ostelbischen Besten der Nation hat, in Frankreich seien die Getreidepreise weit höher als in Deutschland, wie denn auch Frankreich — was die Socialdemokratie wohlweislich verschweige — weit höhere Kornzölle habe als Deutschland. In Wirklichkeit gilt das nur vom Weizen Zoll, der in Frankreich 7 Franc = 5,60 Mark pro 100 Kilogramm beträgt, während der Mindestzoll für Weizen im neuen deutschen Zolltarif bekanntlich auf 5,50 Mark festgesetzt ist; die französischen Zölle für andre Getreide-Arten (Roggen, Mais, Hafer) sind weit niedriger. Aber dieser hohe französische Weizen Zoll kommt nur zum kleinsten Teil zur Wirkung, da nämlich Getreide aus den französischen-afrikanischen Besitzungen zollfrei in Frankreich eingeführt werden kann und der Export dieser Kolonie nach Frankreich fast den ganzen Bedarf (96 Proz.) deckt, den Frankreich in gewöhnlichen Erntejahren zuzulassen genötigt ist.

Wie sich aus der amtlichen Statistik klar ergibt, haben denn auch in den Jahren 1890/1900 (der neue französische Zolltarif datiert seit 1892) die Weizenpreise in Frankreich zwar im ganzen etwas höher gestanden als in Preußen, nicht aber höher als in den süd-deutschen Staaten, wie die nachstehende Zusammenstellung der amtlich ermittelten Durchschnittspreise für Weizen (gute Mittelware) zeigt. Es kosteten im Großhandel 100 Kilogramm (Doppelcentner):

	Preußen	Bayern	Baden	Frankreich	Niederlande	England
	M.	M.	M.	M.	M.	M.
1890:	19,2	21,7	21,3	20,0	16,5	14,9
1891:	22,2	23,5	23,1	21,5	15,4	17,3
1892:	18,9	20,4	20,1	19,3	11,7	14,2
1893:	15,2	16,7	17,4	17,0	10,3	12,3
1894:	13,5	14,2	14,9	15,5	10,7	10,7
1895:	14,0	15,1	15,4	14,8	10,9	10,8
1896:	15,3	16,7	16,8	15,2	12,5	12,3
1897:	16,5	18,9	18,8	19,7	16,6	14,2
1898:	18,6	19,9	20,9	21,0	12,4	15,9
1899:	15,5	17,0	17,5	15,8	11,7	12,1
1900:	15,0	16,6	17,1	15,1	12,9	12,7

Vergleicht man die Jahresdurchschnittspreise Frankreichs mit denen der drei deutschen Staaten, so ergibt sich, daß in Bayern und Baden der Weizen durchweg höher im Preise gestanden hat, als in Frankreich. Selbst die ermittelten Preise für Preußen bleiben nur wenig hinter den französischen Notierungen zurück. Dabei kommt aber noch ein Faktor in Betracht, der das Resultat weiter zu Ungunsten Deutschlands verschleiert. Die der Berechnung zu Grunde gelegten Mittelqualitäten sind nicht überall gleichwertig; sie sind in Preußen, besonders in dessen östlichen Provinzen, geringer als in manchen Landesteilen Frankreichs, vor allem aber schlechter, als der englische und amerikanische Weizen, der auf dem englischen Getreidemarkt als Mittelqualität gilt.

Zugleich liefert die obige Tabelle einen wertvollen Beitrag zur Beantwortung der Frage, ob das Aus- oder das Inland den Getreidezoll bezahlt. Im Jahre 1894 trat bekanntlich der deutsch-russische Handelsvertrag in Kraft, durch den der Weizen Zoll auf 3,50 M. ermäßigt wurde. Berechnet man nun, um welchen Betrag von da ab bis zum Schluß des Jahres 1900 der Doppelcentner Weizen in Preußen höher im Preise gestanden hat, als in Holland und in England, so erhält man zwischen Preußen und Holland eine Durchschnitts-Differenz von 3,10 M., zwischen Preußen und England von 2,90 M.

Schon unter dem bisherigen Zoll von 3,50 M. pro 100 Kilogramm hatte also Süd- und Südwestdeutschland beträchtlich höhere Weizenpreise als Frankreich; und zugleich stand der französische Roggenpreis im letzten Jahrzehnt durchweg um 20—30 Proz. der Gerstenpreis um 10—15 Proz. der Haferpreis um 5—10 Proz. niedriger. Sobald der neue Zolltarif in Kraft tritt, werden diese Preisunterschiede sich natürlich noch erweitern. Es mag dem Zuhörer und seinen professoralen Helfern unbehagen sein, daß ihre schönen Versuche, den Nachweis zu liefern, der Zoll verteuere nicht das Getreide, durch die amtliche Preisstatistik so gründlich widerlegt werden; aber trotz allen Einwands bleibt es dabei, daß Deutschland infolge seiner reaktionären Zollpolitik schon heute das Land der höchsten Getreidepreise ist.

**Berichtigung.** Im Leitartikel der Sonntagsnummer ist der Schluß des ersten Abschnitts durch Vertilgung des Satzes verunstaltet. Er muß richtig heißen: „Niemand aber trug das Märchen mit solcher überzeugten Eindringlichkeit und so komischer Blattheit vor, wie Herr Eugen Richter: Alle Einkommen und Vermögen würden, so hat er unzählige Male beschworen, nach sozialistischer Auffassung in gleiche Portionen verteilt, und da dann — so rechnete er — eine lächerlich geringe Summe auf den einzelnen entfiel, sei der Unsinne des Socialismus bewiesen.“

Die wahren Brotmischer sind die Bäckergehilfen. Es ist, so schreibt das eben erschienene agrarische kleine Wahl-ABC, „längst

unwiderleglich nachgewiesen, daß die Höhe des Brotpreises weder von der Rohhöhe noch von der Preisgröße des Getreides entscheidend beeinflusst wird, daß vielmehr gestiegene Löhne der Bäckerarbeiter, die verteuerten Wirkungen des Zwischenhandels in Mehl und die durch Boden speculation enorm gesteigerten Lademieten die wahren Ursachen sind für die im Verhältnis zum Getreidepreise unverhältnismäßig hohen Brotpreise.“

Jetzt weiß man wenigstens, warum die Mantuffel, Leberow, Arnim und Genossen gegen die Bäckerverordnung Sturm gelaufen sind. Es galt ja den Kampf gegen die Bäckergehilfen, die Volksausbeuter und Brotverderber!

Soweit, so gut! aber, wenn der Zwischenhandel auch mit an der Schuld trägt, warum will man die proletarische Konjunktur-Bewegung, die auf die Ausschaltung des Zwischenhandels hinarbeitet, durch Steuern erdroffeln? Und warum tobt man gegen die Forderungen des Gemeindefocialismus, der die Errichtung städtischer Bäckereien verlangt?

Und wenn schließlich „die durch Boden speculation enorm gesteigerten Lademieten“ mit auf die Anlagebank gesetzt werden, so sei doch die bescheidene Anfrage gestattet, wofür denn in den Gemeindefocialisten die Boden speculation und das Hausagrarium bekämpft? Eben die Partei, die die Konservativen zum „Objekt der Gesetzgebung“ machen wollen, die Socialdemokratie.

Von den Profiteuren der Bäckereibetriebe ist in der agrarischen Kalkulation der Agrarier kein Wort zu lesen. Früher haben die Agrarier gelegentlich auch gegen die Bäckermeister den Vorwurf erhoben, daß sie das Brot verteuern. Das hat aber böses Blut gemacht. Der Mittelstand soll ja gerettet werden und die Bäckereimung hat gesunde Häufte. Wenn nun noch die Zwischenhändler und die Hausagrarier zu Worte kommen, wird's schließlich niemand gewesen sein. Wenigstens keiner von den Herren, die einen guten Rost tragen.

Der Bäckergehilfe ist das Karnikel! Er mästet sich, während der Majoratsherr hungert!

Die Krankenversicherungs-Novelle hat am 18. Mai die Zustimmung des Bundesrats gefunden. Damit hat sich der Bundesrat auf den von uns von anfang an vertretenen Standpunkt gestellt, daß der Druckfehler, der niemals der Beschlussfassung des Reichstages zu Grunde gelegen hat, auch nicht als Reichstagsbeschluss anzusehen ist, daß vielmehr der Reichstag im vorliegenden Falle lediglich dem Beschlusse der Kommission zugestimmt hat.

Zum deutsch-kanadischen Zollkonflikt. Die kanadische Regierung hat die Ausführungsbestimmungen zur Tarifnovelle veröffentlicht, durch welche den Waren deutscher Herkunft Zuschläge zollfrei aufgelegt werden. Nach dem Abdruck der betreffenden Verordnungen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ haben alle zollpflichtigen Waren, die in Deutschland hergestellt sind, bei ihrem Eingang in Kanada außer dem Zoll des allgemeinen Zolltarifs noch 33 1/2 Proz. Zuschlag zu zahlen. Denselben Zuschlag zollfreien Waren, die von einem andern Lande als von Deutschland eingeführt werden, deren Hauptwert aber in Deutschland erzeugt worden ist. Auch für aus England eingeführte Waren, die aus in Deutschland hergestellten Roh- oder Halbfabrikaten fabriziert sind, gilt diese Bestimmung, falls nicht der Wert dieser Roh- oder Halbfabrikate weniger als 50 Proz. des Wertes des eingeführten fertigen Produkts beträgt. Zum Zwecke der Durchführung der Bestimmungen wird angeordnet, daß künftig allen Fakturen über Waren, die aus nichtdeutschen Ländern in Kanada eingehen, eine Exporterklärung beigefügt werden muß, in welcher der nichtdeutsche Ursprung der betr. Erzeugnisse bestätigt wird.

Ausgenommen vom Zuschlag zoll sind deutsche Güter, die vor dem 16. April d. J. von einer Firma, Körperschaft oder Person in Kanada gekauft worden sind und die vor dem 30. Juni 1903 in Kanada eingeführt werden, falls der Einlauf vor dem ersten genannten Zeitpunkt durch zuverlässige Belege nachgewiesen werden kann.

Die deutschen Gegenmaßnahmen gegen diese Verfügungen werden nicht lange auf sich warten lassen.

Das verschleierte Endziel. Zu den fixen Ideen Eugen Richters gehört auch die ewige Wiederholung, daß die Socialdemokratie ihr Endziel verschleierte. Dabei lebt Herr Eugen Richter litterarisch davon, daß er in einer Schrift nach der andern aus socialdemokratischen — allerdings gefälschten — Beweisstellen darthut, wie der socialistische Zukunftsstaat aussehe. Wie kann er entschleiern, wenn wir verschleiern!

Reuerdings soll wieder ein Königsberger Flugblatt die Wähler über die Endziele „getäuscht“ haben, weil es programmgemäß erklärte, die Socialdemokratie werde lediglich „das kapitalistische Privateigentum“ vergesellschaften. Die „Freisinnige Zeitung“ fragt höchst ergötzlich: „Welches Eigentum ist denn nicht kapitalistisch?“ Vielleicht erwidert sich Eugen Richter mal bei dem Briefkastenonkel August Scherls, wenn er's durchaus nicht über sich gewinnt, ein nationalökonomisches Buch zu lesen. Der Fall beweist übrigens, daß die Klage über die mangelhafte Vorbildung der Juristen schon damals berechtigt war, als Herr Eugen Richter Assessor wurde.

Weiter beharrt Eugen Richter darauf, daß die Sparfassenbücher durchaus konfiszieren müßten; wenn dies nicht geschähe, „so wäre überhaupt der schöne Plan der Vergesellschaftung von vornherein undurchführbar.“ Eugen Richter meint nämlich, die 2 Milliarden preussischer Sparfassen-Einlagen — zumeist Bettelsummen unter 60 und 150 M. — seien durchaus unentbehrlich für die „Konfiskation“; die sechs Milliarden sind eine Lumperei gegen das preussische Gesamtvermögen, das allein an Werten über 6000 M. 70 Milliarden beträgt. So lange man mit einem Sparfassenbuch von 20 M. nicht die Macht erhält, einen einzigen Arbeiter auszubeuten, geschweige denn 1000 oder 50 000. So lange muß sich schon Eugen Richter gestatten, daß wir dies Sparfassenbuch für kein „kapitalistisches“ Eigentum halten und nicht „konfiszieren.“

Die socialdemokratische Wegenschrift gegen den „Socialistenpiegel“ begrüßt die „Freisinnige Zeitung“ mit folgender Notiz:

„Der „Socialistenpiegel“ wirkt offenbar der Agitation der Socialdemokratie aufs schärfste entgegen. Anfangs suchte die Socialdemokratie die Broschüre totzuschweigen. Davon ist sie jetzt zurückgekommen und kündigt eine besondere Wahlschrift gegen den „Socialistenpiegel“ an. Dabei wird schon vorläufigweise im Vorwärtigen, der die Subtile der Broschüre verfaßt habe, als Spiegelstecher der Reaktion, eklektischer, literarischer Citatensammler und beschränkter Tropf bezeichnet.“

Ein litterarischer Landsknecht des Kapitalismus ist nie verlegen. Er weiß Rat und Hilfe auch für die dickste Felle. Ignoriert die Socialdemokratie das alberne Gewäsch der freisinnigen Broschürenfabrikation, so schreit man: „Sie wissen gar nichts zu sagen, gar nichts zu widerlegen, alles ist pure Wahrheit und Weisheit, was wir Spiegelstecher gesagt.“ Entschleiert sich die Socialdemokratie denn doch, dem Unsinne ein Ende zu bereiten, so ruft der Freisinnigen-Vorwort entgegen: „Seht, seht, wie gefährlich wir sind, jetzt versuchen sie uns sogar zu widerlegen.“

Eugen Richter ist für die Sparfassen! Auch mit dem Geiß hält er Hans! Mit dem einen Kniff kräftet er schon 19 Jahrgänge der „Freisinnigen Zeitung“. Wie viel aufgeschobener Geist kam er da seinen politischen Erben einst hinterlassen! Und bei alledem verschmährt er so gründlich und energisch jede Anleihe bei der Socialdemokratie, daß er lieber verhungert als nur ein Wort von dem wiederzugeben, was ein Socialdemokrat geschrieben. Von einem langen Artikel des „Vorwärts“ existiert für die „Freisinnige Zeitung“ nichts wie eine Fußnote. Offenbar fühlte sich der Redakteur von der Kleinlichkeit seines Porträts unwiderleglich angezogen!

Wir Gallunken! Die „Dresdener Zeitung“, die ruhmvollen Entdeckerin des schlichten Mannes aus der Werkstatt als volksparteilichen Wahlkandidaten, stellt wieder einmal die Redaktion des „Vorwärts“ über den Haufen. Ihr gefüllt unser Kampf gegen Eugen

Richter nicht. Uns übrigens auch nicht; es ist uns sehr widerwärtig, uns mit dem Manne beschäftigen zu müssen, aber als Typus der neuen Bourgeoisie muß er nun einmal beachtet werden.

Die „Dresdener Zeitung“ aber findet, daß der „Vorwärts“ roh und gemein sei. Sie renonniert dabei, daß sie ein „Gefühl des Efels und der Verachtung“ aufzuwenden fähig sei, und sie fügt mit milder Freundlichkeit zu:

„Wer in so gewissloser und schmutziger Weise wider besseres Wissen einen wenn auch entschiedenen, so doch stets ehefiden und offen heraus tretenden Gegner beschimpft, der schändet die gesamte Journalistik. Er ist das, was man einen moralischen Lumpen nennt. Raffiert so etwas in irgend einem Winkelblatt, so kann man achselzuckend darüber hinweggehen, ist aber die Redaktion des Centralorgans einer großen Partei in so schmutzigen Händen, dann muß das politische Folgen haben.“

Die „Dresdener Zeitung“ versichert dann noch: es liege ihr daran, daß der „politische Kampfplatz von solchem Gefindel“, von diesen „schuldigen Gallunken“ gesäubert werde. Wir glauben es dem Manne, der durchaus würdig wäre, ein Kaplansblatt zu redigieren, aufs Wort, daß ihm an der Beseitigung der Gallunken liegt, die der schmutzigen Ansicht sind, daß ein ehrlich, aber dumm fälschender litterarischer Agitator des Kapitalismus, wie der Verfasser des „Socialistenpiegel“, kein Anrecht auf „Ehre“ habe. Die „Berliner Zeitung“ denkt naturgemäß über Fälschungen anders wie ein Socialdemokrat und deshalb hält sie den für einen Gallunken, der dies edle Handwerk entlarvt. Der Ankläger muß halt den Unwillen der Ertrappten ertragen; wir finden ihn menschlich durchaus begrifflich.

Pfälzisches Schulleid. Daß eine Gemeinde noch dafür bestraft werden kann, daß sie hohe Löhne an ihre Lehrer bezahlt, sollte man nicht für möglich halten, und doch hat sich dieses Unmöglichste in Ludwigsbafen angetragen.

Der Stadtrat hatte unlängst beschlossen, um einer Ueberfüllung der Schulklassen beim Beginn des neuen Schuljahres (1. Mai) vorzubeugen, sieben neue Schulstellen zu errichten. Doch der Stadtrat hatte die Rechnung ohne die Regierung gemacht. Diese verlangte die Genehmigung zur Berufung der erwählten Lehrer, weil diese bis auf einen auf dem Lande beschäftigt sind und durch deren Weggang auf dem Lande Lehrermangel entfiel. Der Lehrermangel auf dem Lande besteht aber nur infolge der erbärmlichen Bezahlung der Lehrer und daß diese nach den Städten streben, wo sie eine ganz andre gesellschaftliche Stellung einnehmen als wie auf dem Lande, ist nur natürlich. Gerade in der so reichen Vorderpfalz, in der unmittelbaren Nähe von Ludwigsbafen, giebt es reiche Landgemeinden, die nur ganz niedere Umlagen oder auch gar keine erheben und für Lehrer und Schule keinen Fennig mehr aufwenden als sie geschickterweise müssen. Und zu Gunsten dieser Landgemeinden wird eine große Stadt, die jährlich 552 000 M. für ihr Schulwesen ausgiebt, gezwungen, ihre Proletarierkinder in überfüllten Schulklassen unterrichten zu lassen.

## Hausland.

### Oesterreich-Ungarn.

Gemeinde- und Electricitäts-Gesellschaften. -st. Wien, 16. Mai. (Fig. Ver.) In den Straßen Wiens wird seit einigen Tagen ein seltsames Schauspiel aufgeführt: so oft Arbeiter irgendwo erscheinen und sich mit Arbeiten an den Straßen zu schaffen machen, eilt rasch die Feuerwehr herbei, und fordert sie im Namen des hochweisen Magistrats der Stadt auf, die Arbeit ungesäumt einzustellen, widrigenfalls die Männer der Feuerwehr Gewalt gebrauchen würden. Gewöhnlich protestiert der Beamte, der die Arbeiten leitet und zieht sofort ab. Manchmal wird der Angriff der Feuerwehrgente abgelenkt und die Erdbarbeit kann vollendet werden. Das ist im Augenblick der Stand des Kampfes zwischen der Wiener Stadtgemeinde und den drei privaten Electricitäts-Gesellschaften.

Die Gemeinde hat ein städtisches Electricitätswerk für Beleuchtung und Kraftübertragung errichtet und will sich natürlich dessen Entwicklung und Prosperität sichern. Deswegen zeigt sie wenig Reue, den Ausdehnungsgelüsten der drei privaten Gesellschaften Vorschub zu leisten und legt ihnen alle möglichen Schwierigkeiten bei Legung neuer Kabeln und neuer Anschlüsse an alte Kabeln in den Weg. Das ist um so leichter, als das Besitzrecht der Gemeinde an den Straßen keinem Zweifel unterliegt und auf den Straßen kein Geleise gelegt, in das Erdinnere kein Rohr oder Draht verankert werden darf ohne Zustimmung und Vereinbarung mit der Gemeinde. Wohl haben die drei in Wien bestehenden privaten Electricitätsgesellschaften mit der Gemeinde Wien einen Vertrag geschlossen, der sie gegen Zahlung einer bestimmter Gebühr und Beteiligung an dem Reinertrag der Gesellschaft berechtigt, in den Straßen die notwendigen Leitungen zu legen. Aber die Gemeinde ist berechtigt, auch für bloße Abzweigungen einer Leitung, für die Hausanschlüsse, „wenn sie es für nötig findet“ die Vorlage von Plänen zu fordern, und der Vertrag setzt für dieser Fall ausdrücklich fest, daß „in keinem Fall vor erteilter Bewilligung mit der Herstellung begonnen werden darf“. Zweifellos ist diese Bestimmung nur aus bautechnischen Gründen aufgenommen worden, aber in dem Konkurrenzstreit zwischen der Gemeinde und den Privatbetrieben erweist sie sich als das sichere Mittel, die Gesellschaften an der Erweiterung ihres Geschäftsbetriebes zu hindern.

Die verschiedenen Phasen dieses Krieges sind nicht ohne Nutzen zu lesen. Die Gemeinde hatte zuerst den Fehler gemacht, den Gesellschaften eine allgemeine Verpflichtung auferlegen zu wollen: indem sie sie durch den Magistrat anwies, jeder Anzeige ohne Ausnahme Pläne beizulegen. Da sie dazu zweifellos nicht berechtigt war — weil sie eben zu der Forderung nur in einem bestimmten Falle befugt ist, was freilich nicht ausschließt, daß sie es in allen Fällen „für nötig finden“ kann — so ignorierten die Gesellschaften die Weisung und führten die Anschlüsse auch weiterhin gegen die laufende schriftliche Anzeige durch. Die Gemeinde rief hierauf die Gerichte an; sie erhob gegen die Gesellschaften die Klage, daß sie von ihnen in dem ruhigen Besitze ihres Straßennetzes gestört worden ist, wurde aber mit der Klage bei allen Gerichten abgewiesen. Daraufhin trat der Magistrat in Aktion. Der Wiener Magistrat ist eine Behörde mit mannigfachen Kompetenzen: für die Angelegenheiten des sogenannten übertragenen Wirkungskreises — die Angelegenheiten, die der Staat den Gemeinden überträgt, richtiger zuzuschreiben — die politische Behörde erster Instanz, und zweitens die Behörde der Gemeinde, das behördliche Organ des autonomen Wirkungskreises der Gemeinde. Als solcher hat er die Befugnisse der Lokalpolizei und ist berechtigt, „allgemeine“ Anordnungen und Verbote zu erlassen. Als nun die Gemeinde in den Besitzförderungsprozessen abgewiesen worden war, trat der Magistrat in Aktion und erließ einfach eine „Kundmachung“, worin er, als Lokalpolizei, den Gesellschaften auftrug, sich bei Strafe jedes eigenmächtigen Eingriffes in den Straßennetz der Stadt zu enthalten. Daß der Magistrat hier einen Mißbrauch begeht, ist zweifellos, denn seine Gewalt als Lokalpolizei darf nicht benutzt werden, um privatrechtliche Interessen der Gemeinde durchzusetzen, und Verbote wider drei Erwerbsgesellschaften sind nicht Verbote allgemeiner Natur. Obwohl nun die staatliche Polizei verpflichtet ist, dem Magistrat, wenn er als Lokalpolizei auftritt, die erforderliche Hilfe zu leisten, so lehnte doch, wohl angefaßt der Bedenkenlichkeit jenes Verbots, die Polizei die Intervention ab. Und nun ereignete sich das für einen Rechtsstaat wirklich Merkwürdige: sowohl die Gesellschaften als der Magistrat griffen zur Selbsthilfe. Die Gesellschaften kümmern sich nicht um das behördliche Verbot und graben lustig weiter, und die Gemeinde vergißt dabei, daß es in Wien eine l. l. Polizei giebt und schickt ihre Feuerwehrgente aus, Polizei zu spielen! Und Statthaltereie und Ministerium des Innern sehen gemächlich zu! Vorläufig ist in dem „lustigen Krieg“ ein gewisser Stillstand eingetreten — die Gemeinde verlangt nämlich die Vorlegung der Pläne und die Gesellschaften wollen abwarten, wie und wann sie sie erledigt — aber der Schlusssatz ist noch keineswegs ausgespielt.

**Ungarn und Kroaten.** Wien, 16. Mai. (Fig. Ver.) In Kroatien ist die Stimmung wie am Vorabend einer Revolution. In einem Bezirk wurde schon das Standrecht verhängt; Gerichtsverhandlungen, Auflosungen von Versammlungen und Vereinen sind an der Tagesordnung. Das „Königreich“ Kroatien steht zu Ungarn in einem besonderen Verhältnis. Gegenüber Desterreich ist Ungarn und Kroatien eine Einheit, und der berühmte Ausspruch wird also für alle Länder „der Krone des heiligen Stephan“ — das ist keine Redensart, sondern eine staatsrechtliche Bezeichnung! — geschlossen. Auch darüber hinaus gibt es zwischen Ungarn und Kroatien gemeinsame Angelegenheiten, die auf dem Reichstage in Budapest entschieden und beschlossen werden; deshalb entsendet der kroatische Landtag aus seiner Mitte in das ungarische Abgeordnetenhaus vierzig Mitglieder, die jedoch nur in den beiden Ländergebieten gemeinsamen Angelegenheiten mitstimmen können. Was nicht gemeinsam ist, gehört in die Berechnung des autonomen kroatischen Landtages, dem auch der Banus, die Spitze der autonomen Verwaltung, verantwortlich ist. Daß aus diesem wunderlichen Verhältnis Fraktionen entspringen müssen, ist nur zu erklärlich. Die Ungarn treiben es an, Kroatien als Provinz zu behandeln, in Kroatien träumt man von der Errichtung des kaiserlichen Königreiches, das Kroatien, Dalmatien und die Okkupationsländer umfassen und zu Ungarn und zu Desterreich als dritter selbständiger Staat treten soll. Nach dem grundsätzlichen Uebereinkommen vom Jahre 1868 sollte Kroatien wirklich ein ziemlich unabhängiges Land sein, aber da der gegenwärtige Banus, der Graf Khuen-Hedervary, ganz im Sinne der ungarischen Regierung steht, so werden die autonomen Rechte Kroatiens — so soll im kroatischen Gebiet die Amtssprache auch der gemeinsamen Behörden die kroatische sein, wogegen die Regierung auf der ungarischen Staatsbahn nur ungarische Aufschriften gestattet, was von Zeit zu Zeit zu Kravallen führt — mißachtet und verkleinert. Dazu kommt noch die finanzielle Misere des Landes: Ungarn läßt sich nämlich zu den gemeinsamen Angelegenheiten — den „allgemein gemeinsamen“ zwischen Desterreich und Ungarn — von Kroatien eine zu große Quote zahlen und schenkt ihm dann, „mit Rücksicht auf die Erneuerung des brüderlichen Verhältnisses“, wie es in dem Uebereinkommen heißt, einen Bruchteil zurück, was aber nicht geeignet ist, das Gefühl der Dankbarkeit, sondern nur der Zurücksetzung zu erwecken. Das schlimmste ist freilich die Mißwirtschaft des gegenwärtigen Banus, eines ebenso unfähigen als verkommenen Menschen, dessen Regierung zu einer Serie von Gewalttaten und Lumpereien ward. Unter der Hand flüchtete die Empörung immer, aber die Unruhen in Macedonien haben rückwirkend eine wahrhaft revolutionäre Stimmung erzeugt, die sich in Baneremonien, in heftigen Flugschriften, kurz mit dem ganzen Apparat der Verschwörerart äußert. In Kroatien ist nun eine ganze Armee zusammengezogen und die Hand ist nur mit Gewalt zu erhalten. Der alte Haß zwischen Ungarn und Kroaten — der die letzten in Revolutionsjahren zu Helfern der Wiener Reaktion machte — ist wieder lebendig geworden und so mag Europa staunend sehen, wie dieses Oesterreich-Ungarn, das am Balkan Ordnung machen will, in den eignen Grenzen vor der Gefahr des Aufruhrs steht.

**Frankreich.**

**Polizeistandale.** Paris, 16. Mai. (Fig. Ver.) Zwei Polizeistandale ereignen seit Kurzem die gesamte Öffentlichkeit. In der Stadt Rennes hat die Polizei fünf streikende Arbeiterinnen, Frauen und Mädchen, verhaftet und einer „sanitären“ körperlichen Untersuchung unterworfen, wie dies mit öffentlichen Dirnen geschieht. . . . „Grund“: Die Streikenden (es sind Vorsten-Arbeiterinnen) waren abends geworden und mühten in Hausfluren übernachteten. Der städtische Arzt soll über das Vorgehen der Polizei empört gewesen sein, aber die Untersuchung führte er doch aus.

Seit der Unthat ist schon einige Zeit verstrichen. Man hört noch nichts von einem sühnenden Eingreifen der Regierung. Bileicht geschieht dies jetzt, nachdem das Centralkomitee der „Liga der Menschenrechte“, in dem früher auch Ministerpräsident Combes saß, sich mit einem Protest an die Regierung gewendet hatte.

Uebriqen können die verwegentlichsten Krenner Arbeiterinnen von Glück sagen, daß fast gleichzeitig ein zweiter Polizeistandal in Paris selbst vorgekommen ist, der so einen Teil der Pariser Aufmerksamkeit und Empörung auch ihnen zu Gute kommen ließ. Der hiesige Standal war nämlich viel geeigneter, die große Öffentlichkeit aufzuregen, da es sich hier nicht um Streikende handelte. Die Opfer der Polizeivillkür sind hier die Schwester und die Braut eines Redakteurs der „Lanterne“ und dieser Redakteur selbst. Die beiden Mädchen wurden auf der Straße von der berüchtigten „Sittenpolizei“ verhaftet und in der üblichen Weise mißhandelt — unter dem Vorwand, sich als aufrichtige Dirnen benennen zu haben! Der Redakteur, der ihnen zur Hilfe herbeigeeilt war, wurde ebenfalls ins Polizeirevier geschleppt und dort, wie üblich, durchgeprügelt (passé à tabac).

Die „Sittenpolizei“, die die Prostituierten zu überwachen hat, besteht selbstverständlich aus „Nicht-Gelehrten“. Sie wird aus dem Abhub der polizeilichen Elemente rekrutiert und benutzt ihre disziplinäre Gewalt über die Prostituierten zu deren finanzieller und fleischlicher Ausbeutung. Das ist seit langem bekannt. Davon muß auch der Polizeipräsident Dupuy wissen. Und die neueste Ausschreitung seiner Untergebenen war besonders trasser Natur. Trotz alledem aber scheute er nicht davor zurück, die Schuldbücher zu „deden“. Er verließ sich einfach auf ihre eynisch-lügnerischen Aussagen, die bekräftigt wurden durch die erzählten Aussagen einer eingeschüchterten Dirne. . . . Erst ein paar Tage später gab der Präfect seine „nusterhaften“, mit vielen Medaillen geschmückten Beamten preis. Er mußte sie des Amtes entheben, nachdem die Untersuchung die Falschheit ihrer Aussagen und die durch sie erfolgte Anwerbung jener Falschzeugin ergeben hatte.

Auf die Klage der Opfer werden die beiden Polizisten gerichtlich verfolgt, zunächst wegen willkürlicher Verhaftung und Gewaltthätigkeit.

Der Pariser Gemeinderat hat einstimmig ein scharfes Tadelvotum gegen den Präfecten und eine Resolution zu Gunsten einer gründlichen Reform der „Sittenpolizei“ votiert. Aber der Präfect bleibt und mit ihm wie ohne ihn die Willkür der Polizei, die in der Bourgeoisrepublik einen Staat im Staate bildet.

**Klerikale Tumulte in Paris.** Am Sonntagnachmittag kam es in einer Kirche des Bezirks Belleville zu einer Schlägerei, bei der etwa zehn Personen Verletzungen davontrugen. In dem Augenblick, wo der Geistliche seine Predigt begann, erhob sich aus einer Gruppe von Antiklerikalen, die unmittelbar unter der Kanzel Platz genommen hatten, der Ruf: „Genug!“ Sofort fielen mehrere Klerikal gestunzte junge Leute mit Stockhieben und Faustschlägen über die Antiklerikalen her. Das Handgemenge wurde schnell allgemein. Es wurde mit Stühlen geworfen. Die Polizei griff ein und trennte die kämpfenden. Sie führte etwa 50 Personen, die an der Ausschreitung teilgenommen hatten, hinaus und nahm etwa fünf Verhaftungen vor.

Auch am Ausgange der Kirche Notre Dame de Misance, wo ein ehemaliges Mitglied einer aufgehobenen Kongregation eine Predigt gehalten hatte, kam es am Abend zu Tumulten. Beim Verlassen der Kirche schlossen sich die Teilnehmer des Gottesdienstes zu einem Zuge zusammen und durchzogen das Stadtviertel, wobei sie die Kirchenmusik sangen und Huldrufe auf die Freiheit und die Priester ausbrachten. In der Avenue du Maine kam es zu einem Zusammenstoß mit Antiklerikalen, welche mißhandelt und zum Rückzuge gezwungen wurden. Weiterhin fanden wieder Schlägereien statt. In der Rue de la Gaite schritt die Polizei ein und nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Bei den Aufbejörungen wurden mehrere Personen verletzt.

**Marzelle, 17. Mai.** Etwa 5000 Personen zogen heute vor die hiesige Präfektur, um dort eine Adresse niederzulegen, in welcher Trennung von Kirche und Staat gefordert wird.

**England.**

**Klassengegensätze.** London, 16. Mai. (Fig. Ver.) Die tiefe Wandlung, die sich in den Anfängen Englands über das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit vollzogen, beginnt jetzt klareren Ausdruck zu finden. Bei der Beratung des Entwurfs über gewerbliche Streitigkeiten sagte der Premierminister Mr. Walfour: „... In den letzten dreißig Jahren haben sich die Organisationsformen von Kapital und Arbeit bedeutend verändert. Es entstanden machtvolle Verbindungen auf beiden Seiten, wie man sie in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts gar nicht kannte. Machtvolle Kräfte, antagonistische Interessen, „Klassengegensätze“ — Walfour verbeistete sich sofort und fügte hinzu: „Kein, sie werden in einen feindlichen Gegensatz gebracht“. Am selben Abend hielt er eine Rede beim Jahresfest des Instituts der Stahl- und Eisenproduzenten und erklärte: „... Der Interessenkonflikt zwischen Unternehmer und Arbeiter hat eine reale, thatsächliche Grundlage.“ Aber auch in dieser Rede folgte ein Nachsatz, der den Vorderatz einigermaßen abschwächte.

Selbstredend jubiliert die kapitalistische Presse Londons über die Niederlage der Eisenbahner in Victoria. Die „Times“ senden Mr. Irvine, dem Premierminister Victorias, ihre „herzlichsten Glückwünsche zu seiner Weisheit und seinem Mute“; gleichzeitig sprechen sie die Hoffnung aus, „daß sich auch auswärts Staatsmänner finden möchten, die in ähnlichen Dagen ähnlich handeln würden“. Bei dieser Gelegenheit sei hier die Ansicht der socialdemokratischen „Justice“ über den Streik mitgeteilt. Der Artikel wurde noch vor dem Eintreffen der letzten Nachrichten aus Victoria veröffentlicht. Er sagte: „Man darf wohl fragen, ob die Arbeiter in Victoria nicht besser gethan hätten, ihre Verbindung mit der Trades Hall aufrechtzuerhalten und die Maßregelung ihrer Führer in der politischen Agitation mit aller Kraft auszuweichen.“

Aus Wellington (Neuseeland) bringen die „Times“ heute folgende Kabeldepesche: „Beträchtliche Unzufriedenheit herrscht hier über das (von der Regierung erlassene) Verbot gegen die aktive Teilnahme der Staatsarbeiter an der politischen Bewegung. Es wird an das Parlament petitioniert, das Verbot zurückzuziehen.“ Neuseeland galt bis jetzt als das demokratisch und socialpolitisch am meisten fortgeschrittene Land der Welt.

**Schweden.**

**Abtretung Wismaran Mecklenburg.** Die erste wie die zweite Kammer haben am Sonnabend den Antrag, betreffend die Abtretung Wismars, angenommen.

**Rußland.**

**Judenverfolgungen.** Wie und aus Rußland geschrieben wird, hat die blutige Dege in Rischneiw alle Ortschaften, wo Juden wohnen, in die größte Aufregung gebracht. Aus Rischneiw berichtet, daß die Stadt einen Einbruch mache, als ob eine feindliche Invasion zu erwarten wäre. Auch dort werden Kravalle erwartet. Gerüchte über Vorbereitungen, wie sie in Rischneiw der Dege vorangegangen sind, tauchten auf und jetzt wird über den bevorstehenden Kravall als über eine unabweisbare Thatsache gesprochen. Die reicheren Juden liefen selbstverständlich gleich zu den Behörden, sie haben aber eine wenig befriedigende Antwort erhalten. Der Gendarmenchef General Rowiok hat ihnen zu versetzen gegeben, daß er nur dann für ihre Sicherheit garantiere, wenn sie dafür auch ihrerseits sorgen, daß keine Maidemonstration in Rischneiw stattfindet. Aus den Stadtvierteln, wo die jüdische Bevölkerung wohnt, findet ein massenhafter Wegzug statt. Die reicheren Juden flüchten in die Hotels über, die ärmeren suchen Schutz in den nächsten Dörfern. Die jüdischen Pfandhäuser nehmen keine Sachen mehr entgegen. Es haben sich kleinere Gruppen gebildet, die bei einem Kravall die jüdische Bevölkerung schützen wollen, doch die Polizei hat sie verboten und die angekauften Waffen konfisciert.

**Türkei.**

**Kampf bei Djalowa.** Türkischerseits wird über das Gefecht, welches am 13. Mai bei Debat, 10 Kilometer nordwestlich von Djalowa, stattfand, noch berichtet: Das Truppenlager Marschall Omar Ruschdi Paschas wurde aus großer Entfernung beschossen, worauf die Truppen vorgingen und den Albanesen einen Verlust von ungefähr 120 Toten und Verwundeten beibrachten. Hieraus zerstörten die Truppen in sieben Dörfern der Umgebung die Häuser oppositioneller Albanesen, welche unter Führung Hassan Status stehen. Die Wohnsitz der Christen wurden geschont. Der Einzug der türkischen Truppen in Ipef ist erfolgt.

**Konstantinopel, 17. Mai.** Nach antiken Erhebungen befinden sich von den Opfern der Vorfälle in Monastir derzeit noch 13 schwer ver wundete Christen im Spital und 11 leicht verwundete im Gefängnis. Die Mehrzahl sind Griechen. Alle waren, als sie verwundet began, arretiert worden, unbewaffnet. Drei verwundete Mohammedaner wurden erwiefernemachen im Tumult von ihren eignen Glaubensgenossen verletzt.

**Vulgarien.**

**Ministerkrisis.** Fürst Ferdinand nahm die Demission des Kabinetts Danens an und betraute den General der Reserve Petrov mit der Bildung des neuen Kabinetts.

Aus gut unterrichteten Kreisen in Sofia wird bestätigt, daß die Ministerkrisis durch einen Geheimrath des Fürsten hervorgerufen wurde, der sich auf den Minister Radew bezog. Der Fürst beabsichtigt, ein Koalitions-Kabinet zu bilden. Sadowo dürfte Minister bleiben und der Deputierte Vobischew neu in das Kabinet eintreten.

**Rumänien.**

**In Bukarest hat, wie uns von dort geschrieben wird, der Finanzminister Costinescu in einer dieser Tage gehaltenen Rede die Beschuldigung zu entkräften versucht, daß Sturdza 1887 Rententitel im Betrage von 408 000 Fr. auf betrügerische Weise habe auslösen lassen. Es ist sehr interessant, mit welcher Sophistik er diese Verteidigung führt. Jene Rententitel seien nämlich nicht ausgelöst, sondern bei der Ziehung nur als ausgelöst in das Ziehungsprotokoll vermerkt worden, das sei also bei Weide nicht eine betrügerische Auslösung, sondern nur eine etwas außerordentliche Amortisation! Selbstverständlich habe auch der brave Pallade 1901 in seiner Eigenschaft als Finanzminister keine Kenntnis von den damals zu Gunsten des Staates vorgenommenen Betrügereien bei der Rentenauslösung gehabt; diese Betrügereien seien vielmehr von Victorian, dem damaligen Chef der öffentlichen Schuld, aus eigener Initiative und ohne Eigennutz veranlaßt worden. Wertwüdig ist nur, daß als Costinescu dieses Geständnis Victorians — im September vorigen Jahres — empfang, er später denselben noch für würdig befand, ihn zum Generalsekretär im Finanzministerium avancieren zu lassen, von welcher Stelle Victorian zwar jetzt demissionieren mußte, dafür aber mit dem noch besser dotierten Posten eines Direktors der Depositionen entschädigt und auch vor gerichtlicher Verfolgung durch Ministeratsbeschuß geschützt wurde. Ungläubige Thomase wollen hierin eine Belohnung Victorians dafür erblicken, daß er die Schuld Pallades so bereitwillig auf sich nimmt.**

Großen Unwillen hat das Vorgehen der Polizei hervorgerufen, welche Studenten, die nach einer in Sachen der Unterdrückung einer in Hermannstadt erscheinenden rumänischen Zeitung abgehaltenen Protestversammlung in die Via Nationala gehen wollten, von dem Wege dahin abdrängten und den Studenten, als dieselben friedlich einen andren Weg einschlugen, mit gezückter Waffe nachsetzten und sie von hinten angriffen, so daß viele Verwundungen stattfanden.

**Afrika.**

**Aufstand in Marokko.** Einem Telegramm aus Mekka zufolge griffen die Truppen des Sultans Tazza an und nahmen es im Sturm. Vorher hatten sie die Umgegend des Ortes geplündert und in Brand gesteckt. Zahlreiche Personen büßten hierbei das Leben ein.

**Verammlungen.**

Die Steinseher hielten am Freitagabend bei Rilmann eine vom Gesellenauschuß einberufene Versammlung ab, die sich eines ungemein starken Besuches zu erfreuen hatte. Zu den Differenzen bei der Firma O. Baumann teilte der Gesellenauschuß mit, daß der Firmeneinhaber sowohl die wegen angeblich zu geringer Leistung Entlassenen als auch diejenigen wieder eingestellt habe, welche sich mit den Entlassenen solidarisch erklärt hatten. Weiter hat derselbe die Erklärung abgegeben, daß er keine Weisung gegeben habe, bestimmte Arbeitsquanten zu verlangen, auch hat Herr Baumann dem betreffenden Polier im Weisern eines Gesellenauschuß-Mitgliedes und aller Arbeiter eine Rüge wegen der unständigen Behandlung der Arbeiter erteilt und endlich sich dafür verbürgt, daß der betreffende Polier die heutige Versammlung besuchen müsse. Von der Forderung der Entlassung des Poliers hat Herr Baumann aus geschäftlichen Rücksichten für ihn absehen zu wollen, da er sein Ehrenwort dafür verpfänden wolle, daß irgend welche Maßregelungen derjenigen Arbeiter, die an der Sache beteiligt waren oder sich fernerhin an dem bei der Firma belichteten raffinierten Antreibesystem nicht mehr beteiligen würden, nicht stattfinden sollen.

Die Versammlung erklärte sich nach langer Debatte mit diesen Abmachungen des Gesellenauschusses einverstanden; dieselbe erklärte aber weiter, daß man in künftigen ähnlichen Fällen stets die Entlassung solcher Poliere fordern würde, die sich in solcher Weise die Ausbeutung der Arbeiter noch besonders angelegen sein lassen würden. Aber auch das Verhalten des Firmeneinhabers wurde in das gehörige Licht gestellt, der seine gezeuften Werkzeuge und Helfer in dem Augenblick rücksichtslos bloßstellte, wo es sich um eine Schmälerung seines Profits handelte.

Von ganz besonderem Interesse waren aber die von Knoll gemachten weiteren Mitteilungen in der Sache. Derselbe führte aus, man habe in weitesten Unternehmenskreisen über die Sperrung der Firma Baumann die ungetrübteste Schadenfreude empfunden. Von dem Inhaber einer großen Firma im Norden sei es bekannt, daß derselbe einigen Polieren ein ansehnliches Trinkgeld gegeben habe mit der Weisung, dafür zu sorgen, daß „morgen die Sperre über die Firma Baumann verhängt werde“. Andre Unternehmer haben ebenfalls direkt und indirekt dazu aufgefunden. Und warum das? Die Sache hat folgenden Grund: Gleich nach dem Steinseher-Streit 1899 haben die Steinsehermeister Berlins und Umgegend einen Ring geschlossen und eine Erhöhung der Pflasterpreise vereinbart, die teilweise 100 bis 200 Proz. über die früheren Preise hinausging, trotzdem die durch die Lohnerhöhung erfolgte Verteuerung allensfalls vielleicht 80 Proz. betragen habe. Neben den offiziell geforderten Preisen hätten dann aber die Steinsehermeister noch bestimmte Grundpreise vereinbart und sei der diese überschneidende Betrag unter alle Steinsehermeister, je nach der Größe des Betriebes und der Dauer ihrer Mitgliedschaft in der Zunft, gleichmäßig verteilt worden. Auf diese Weise habe allein eine einzige Firma, die event. namhaft gemacht werden könnte, im vorigen Jahre den Betrag von 24 000 M. erhalten. Hieran könne man ermaßen, welche ungeheuren Summen alle Firmen eingesackt haben müssen, ohne dafür auch nur einen Stein zu sehen! Da sei es denn freilich auch kein Wunder gewesen, daß die Behörden so wenig Arbeit herausgegeben und daß infolgedessen die Arbeitslosigkeit im Berliner Steinsehergewerbe seit zwei Jahren eine so ungeheuer große gewesen sei. Und nun sei es Herr Baumann gewesen, der — freilich aus purem Egoismus — diesen Ring als erster durchbrochen und nun allerdings die Arbeiter zu Preisen übernommen habe, bei denen die Arbeiter auf ärge ausgerechnet werden müssen, wenn der in den Unternehmenskreisen des Steinsehergewerbes als üblich geltende Profitsatz herauskommen soll. Wenn wir uns als Arbeiter nun auch gegen solche maßlose Ausbeutung zu wehren haben, so haben wir doch auch andererseits keine Ursache, aus den von den übrigen Unternehmern gewünschten Gründen die Firma länger zu sperren, da unferseits schon darüber gewacht werden würde, daß die Arbeiter für die Kosten des Konjunkturkampfes zwischen Herrn Baumann und den übrigen Firmen nicht mehr in der Weise herangezogen werden können, wie sich Herr Baumann das vielleicht gedacht hat. Diese Ausführungen entsetzten in der starken Versammlung einen Sturm der Entrüstung.

Mit der Annahme einer Resolution, in der sich die Versammlung mit der erfolgten Regelung der Angelegenheit einverstanden erklärte und die nichtorganisierten Steinseher auf ihre Organisationspflicht hingewiesen wurden, wurde die Versammlung geschlossen.

**Letzte Nachrichten und Depeschen.**

**Der Kolonialrat.**

**Berlin, 18. Mai. (W. Z. V.)** In seiner Nachmittagsitzung beschäftigte sich der Kolonialrat mit dem Etat für das südwestafrikanische Schutzgebiet. Geh. Reg. Rat Simon regte die Frage an, ob nicht die Eingeborenen allgemein zu einer Besteuerung in irgend welcher Form herangezogen seien und machte gegen die neue Zollverordnung eingeleitete Bedenken geltend. Der Vorsitzende erklärte, daß die Verhältnisse in Deutsch-Südwestafrika für eine Besteuerung der Eingeborenen noch nicht reif seien und daß insbesondere der Umfassung der Besteuerung in eine Arbeitsleistung die geringe Zahl und die geringe Erzhäftigkeit der Bevölkerung im Wege stehe. Die Zollverordnung sei auf das eingehendste geprüft und bringe erhebliche Verbesserungen. Von den zuständigen Referenten der Kolonialabteilung wurden über diese Fragen noch weitere Aufschlüsse gegeben, worauf Herr Bömann bemerkte, daß die Zollserhöhungen seiner Ueberzeugung nach dem südwestafrikanischen Handel keinen Eintrag bringen würden. Auf eine Anfrage erklärte der Vorsitzende, daß die Kolonialverwaltung eine Verbesserung der Bahnstrecke Swakopmund—Karibib im Auge behält, diese Aufgabe zur Zeit jedoch nicht für dringend hält; die neue Otavibahn werde dem Schutzgebiete neue Vorteile bringen. Dr. Scharlach machte über die geplante Otavibahn eingehende Mitteilungen. Die Bahn solle in längstens 2 1/2 Jahren fertig sein und eröffne für die Weiterentwicklung des Schutzgebietes die besten Aussichten.

Herrzog Johann Albrecht zu Mecklenburg regte die Entsendung eines bergmännischen Sachverständigen an, während Geh. Bergrat Schmeißer die Entsendung eines Geologen befürwortete. Demgegenüber legte der Vorsitzende dar, daß die bergmännischen Fundstätten im Schutzgebiete durchaus nicht mehr unbekannt, zu ihrer Erforschung vielmehr seit einer Reihe von Jahren bedeutende Mittel von privater Seite aufgewandt seien.

**Die Wandschurci.**

**Peking, 18. Mai. (Melbung des Reuterschen Bureaus.)** China macht den amerikanischen und japanischen Vertretern die Mitteilung, es sei wegen des Widerspruchs Rußlands unmöglich, die Defnung von Städten der Wandschurci als Bestimmung in die Handelsverträge aufzunehmen. Die Vereinigten Staaten schlagen vor, Mulden, Charrier und einen kleinen Hafen an der Mündung des Jaluflusses zu öffnen.

**Efeg, 18. Mai. (W. Z. V.)** Wegen der jüngsten Broder Ereignisse wurde der Broder Bürgermeister Maras zeitweilig von seinem Amte suspendiert.

**Reh, 18. Mai. (W. Z. V.)** Durch allerhöchste Kabinetts-Border von heute werden dem Generaloberst Grafen Haeseler unter Stellung zur Disposition die Brillanten zum Schwärzen Adlerorden verliehen. Graf Haeseler bleibt Chef des zweiten Wandschurcischen Manen-Regiments Nr. 11.

**Madrid, 18. Mai. (W. Z. V.)** Die Bevölkerung von Barcelona, Salamanka und Gijon hat die Gendarmerie boykottiert, weil sie anlässlich der letzten Unruhen 21 Personen erschossen hat. In den meisten Cafehäusern und Geschäften werden die Gendarmen nicht mehr bedient. Um der Gefahr von Anfallen zu entgehen, sind sie genötigt, oft in Civil auszugehen.

# Genossen, nehmt Einsicht in die Wählerlisten!

Die Wählerlisten liegen nun noch bis zum Sonntag, den 25. Mai, aus. Spätestens bis zu diesem Tage sind auch Beschwerden wegen Nichtertragung schriftlich bei dem Berliner Magistrat oder in einer der unten folgenden achtzehn Auslagestellen vor den dazu ernannten Kommissarien zu Protokoll zu geben!

Zur Begründung der beantragten Nachtragung in die Wählerliste ist — abgesehen von sonst etwa erforderlichen Urkunden — entweder der Mietkontrakt, die letzte Steuerquittung oder die polizeilich bescheinigte Anmeldung für die zur Eintragung angegebene Wohnung vorzulegen.

**Zu welchem Stadtbezirk jeder Wähler gehört, ersieht er aus seiner Steuerquittung!**

Die Auslegung aller Listen erfolgt in dem städtischen Wahlbureau, Poststraße 16 — II Treppen — und gleichzeitig gesondert in den nachstehend bezeichneten Räumlichkeiten:

## Für den ersten Wahlkreis,

umfassend die Stadtbezirke:

1 bis 20, 283 und 284 und von Stadtbez. 144: Kleine Kurstraße 9, Niederwallstr. 24 und 25, Spittelmarkt 14 und 14a; mit Ausschluß von Alexanderstr. 18 (Stadtbez. 3), Kleine Präsidentenstraße 6 und 7 und Neue Promenade 9 und 10 (Stadtbez. 5); ferner scheiden aus: Kurfürsten-Platz, der nordwestliche Teil des Tiergartens, begrenzt im Süden von der Charlottenburger Chaussee und im Westen vom Spreeweg, Felten-Allee (Stadtbez. 283), Bellevue-Ufer, der nördlich der Charlottenburger Chaussee zwischen dem Großen Stern und der neuen Reichsbild-Grenze belegene Teil des Tiergartens, einschl. Schloß und Park Bellevue (Stadtbez. 284), welche für den Wahlkreis „Teltow-Beeslow-Storkow“ zu wählen haben,

in der Turnhalle der 21./24. Gemeindefschule, Hinter der Garnisonkirche 2.

Wenn es durchaus an Zeit mangelt, die Listen selbst einzusehen, für den sind folgende Personen bereit, dies zu thun:

- |                                |                                     |
|--------------------------------|-------------------------------------|
| Emil Gänther, Bischoffstr. 12; | Gustav Glawe, Krausenstr. 18;       |
| Aug. Hahn, Stralauerstr. 48;   | Fritz Köhler, Französischer Str. 6; |
| Hans Hoff, Klosterstr. 101;    | Angel, Dorotheenstr. 69;            |
| Koch, Neue Friedrichstr. 20;   | Otto Wolff, Mauerstr. 50;           |
| Georg Weichardt, Grünstr. 21;  | Gustav Radtke, Hagenburgerstr. 24;  |
| Wilhelm Reuen, Kurstr. 25;     | Julius Wagner, Cugbaenerstr. 4;     |
| Jacob Ege, Köhlerstr. 23;      | Jul. Hofes, Bräuden-Allee 4, pt. r. |

## Für den zweiten Wahlkreis,

umfassend die Stadtbezirke:

21 bis 78 und 114 bis 117; mit Ausschluß: des südöstlichen Teiles des Tiergartens, begrenzt im Norden von der Charlottenburger Chaussee, im Westen von der Hofjägerallee, einschließlich dieser Allee und der Chaussee, des Gärtneregrundstücks an der Großen Duer- und Bellevue-Allee (Stadtbez. 33), Berlinerstraße 152 (fiskalisches Grundstück an der Charlottenburger Chaussee, Schweizerhaus, Tiergartenförsterei, Tiergartenufer, des südwestlichen Teils des Tiergartens, begrenzt im Norden von der Charlottenburger Chaussee, mit Einschluß derselben, und im Osten von der Hofjäger-Allee, diese ausgeschlossen, Stadtbahnbogen 488 bis 506 (Stadtbez. 34), Garten-Ufer, Hippodrom und Wasserwerke im Tiergarten, Bülow-Ufer 39, Schleusenmeisterhaus des Zoologischen Gartens, Stadtbahnbogen 507—530 (Stadtbez. 35), welche für den Wahlkreis „Teltow-Beeslow-Storkow“ zu wählen haben,

und zwar:

- a) für die Stadtbez. 21—30 und 50—78 in der Turnhalle der 131./169. Gemeindefschule, Tempelhofer Ufer 2;
- b) für die Stadtbez. 31—49 und für den zum Wahlkreise Teltow-Beeslow-Storkow gehörigen, aus den Teilen der Stadtbez. 83, 84, 85, 283 und 284 gebildeten Wahlbez. 724 in der Turnhalle der 99. Gemeindefschule, Steinmehlfstraße 79;
- c) für die Stadtbez. 74—78C und 114—117 in der Turnhalle der 83./93. Gemeindefschule, Dieffenbacherstr. 60/61.

Zur Einsichtnahme für behinderte Wähler sind bereit:

- |  |  |
|--|--|
| Oskar Kramke, Villowstr. 59;                           | Wilhelm Bruns, Wilhelmstr. 146;          |
| Jul. Fischer, Voedchstr. 7;                            | Hermann Bartel, Hakenheide 68;           |
| Paul Sack, Gräferstr. 31;                              | Friedrich, Köpplerstr. 4;                |
| Ferd. Gweld, Schönleinstr. 6;                          | Schäfer, Varnsdorferstr. 1;              |
| Paul Scholz, Paruthstr. 22, Ede Joffenerstr. 1;        | Rieburg, Urbanstraße 68;                 |
| Fritz Bredt, Bellevueallee 74a;                        | D. Werkmann, Grimmstr. 3;                |
| Borgfeld, Landstr. 35;                                 | Schaller, Gräferstr. 4;                  |
| Heinrich Schröder, Kreuzbergstr. 15;                   | Wassmann, Kottbuser Damm 8;              |
| Otto Katrik, Steinmehlfstr. 60;                        | Hof Räder, Steinmehlfstr. 35;            |
| E. Lindemann, Rochstr. 9;                              | Otto Wörster, Steinmehlfstr. 29;         |
| Fritz Reichenbach, Hagelbergerstr. 22;                 | E. Homath, Bülowstr. 51;                 |
| Fritz Ohnesorge, Markgrafstr. 102;                     | Otto Berke, Bülowstr. 7;                 |
| Emil Seidel, Mittenwalderstr. 16;                      | H. Ulrich, Bülowstr. 107/8;              |
| Joh. Thomsen, Gneisenaustraße. Ede Mittenwalderstraße; | A. Schulz, Corneliusstr. 4;              |
| Karl Werner, Hagelbergerstr. 2;                        | Klose, Namenthalstr. 8;                  |
| Richard Augustin, Lindenstr. 60;                       | H. Kerschauer, Horststr. 49;             |
| Hugo Lehmann, Friedrichstr. 16;                        | Herm. Fiebelkow, Horststr. 37;           |
| Ed. Schulz, Wasserthorstraße 14;                       | Schulz, Villowstr. 21;                   |
| Sch. Hornstr. 2;                                       | Domschke, Kurfürsten- und Frobenstr. 40. |

## Für den dritten Wahlkreis,

umfassend die Stadtbezirke:

79 bis 82, 87, 118 bis 144, mit Ausschluß von Oranienstraße 31—41 und 165—175 (Stadtbez. 81), Priegerstr. 25, Kottbuserstr. 7 und 8 (Stadtbez. 87), Kleine Kurstr. 9, Niederwallstraße 24 und 25 und Spittelmarkt 14 und 14a (Stadtbez. 144) in der Turnhalle der 62. Gemeindefschule, Schmidtstr. 38.

Zur Einsichtnahme für behinderte Wähler sind bereit:

- |  |  |
|--|--|
| Gotfr. Schulz, Admiralstr. 40 (Kottbuser Thor);  | Heinrich Wörner, Annenstr. 26;         |
| Herm. Schreiber, Admiralstr. 21;                 | Jacob Benz, Alte Jakobstr. 69;         |
| Max Schönmann, Skaliherstr. 7;                   | Ernst Mer, Alte Jakobstr. 119;         |
| Karl Schneider, Oranienstr. 171;                 | Gustav Ladewig, Kommandantenstraße 65; |
| Franz Krüger, Raunstr. 54;                       | Adolf Fried, Simeonstr. 23;            |
| Martin Weisha, Adalbertstr. 24 (Ede Engel-Ufer); | Emil Gütte, Brandenburgstr. 18;        |
| Franz Richter, Franzstr. 1;                      | Wilhelm Wörner, Ritterstr. 15;         |
| Max Meyer, Köpplerstr. 55a;                      | E. Hahn, Sebastianstr. 2;              |
|  | Gustav Manzen, Dresdenerstr. 18.       |

## Für den vierten Wahlkreis,

umfassend die Stadtbezirke

83 bis 86, 88 bis 113, 145 bis 191, ferner von 3: Alexanderstr. 18, von 81: Oranienstr. 31—41 und 166—175, von 87: Priegerstr. 25, Kottbuserstr. 7 und 8, von 192 und 193B: Arnswalder Platz, Böyowstraße von Straße 2 bis Elbingerstraße, Elbingerstraße von Greifswalderstraße bis Aniprobestraße, auschl. der Edgrundstücke an der Greifswalderstraße (Nr. 70 und 71), Friedbergerstr. 1—8 und 11—18, Platz C, Straßen 3, 8, 10 und 11, sowie Straßen 2, 4, 7, 9, 12, 13 und 14 auschl. der Edgrundstücke derselben an der Greifswalderstraße und der Straße 15 von Greifswalderstraße bis Aniprobestraße auschl. der Edgrundstücke an der Greifswalderstraße, Straße 88, sämtlich Abt. XIII<sup>1</sup> b. Ver.-Bl. Woldenbergerstr. 2—31; dagegen mit Ausschluß von Landwehrstr. 1 (Stadtbez. 183); ferner scheiden aus: Baltenplatz östlicher Teil, Hübnerstr. 1—6 und 9—13, Tharstr. 14a—24, Weidenweg 35—47 und 50—62 (Stadtbez. 180A und B), Petersburgerstr. 5—10 und 82—85, Rigaerstraße 1—10 und 130—138, Tharstr. 9—14 (Stadtbez. 180B), Eldenaerstr. 12, Frankfurter Allee 65—68, Liebigstraße, Mirbachstraße 1, Petersburgerstr. 1, Rigaerstr. 11—12 und 128—129, Weidenweg 48 und 49 (Stadtbez. 180C), Dolzigerstraße 2—50, Frankfurter Allee 1—64, Gabelsbergerstraße, Mirbachstr. 15—77, Proslauerstr. 1—2 und 40, Rigaerstraße 25—115, Samariter-Platz, Samariterstraße 1—20 und 23—42, Schreinerstraße 2—70, Straßen 66 A und 67 A ausschließlich der Edgrundstücke an der Eldenaerstraße, Straße 66 B und 67 (sämtlich Abteilung XIII<sup>2</sup> des Bedammungs-Planes) (Stadtbez. 181 A und C), Dolzigerstraße 1 und 51, Eldenaerstraße ausschließlich Nr. 12, Jordanbedplatz, Hübnerstr. 7 und 8, Landsberger Allee von Hausburgstraße bis Ringbahn, Mirbachstr. 2—14 und 78, Proslauerstr. 3—39, Rigaerstr. 13—24 und 116—127, Samariterstr. 21 und 22, Schreinerstraße 1 und 71—72, Edgrundstücke der Straßen 66 A und 67 A (Abt. XIII<sup>2</sup> b. Ver.-Bl.) an der Eldenaerstraße, Tharstr. 25—28, Jellestraße (Stadtbez. 181B), welche für den Wahlkreis „Nieder-Varnim“ zu wählen haben,

und zwar:

- a) für die Stadtbez. 83, 84 und 95 bis 109 in der Turnhalle der 115./170. Gemeindefschule, Skaliherstraße 55/56;
- b) für die Stadtbez. 85, 86, 88 bis 94 und 110 bis 118B einschließlich der zum 81. und 87. Stadtbez. gehörenden Grundstücke: Oranienstr. 31—41 und 166—175, Priegerstr. 25, Kottbuserstraße 7 und 8, welche hier dem 86. bezw. 88. Stadtbez. zugeteilt sind, in der Turnhalle der 145./151. Gemeindefschule, Reichenbergerstr. 131/132;
- c) für die Stadtbez. 145 bis 159, 162 bis 165 und 182—188 einschließlich des zum 3. Stadtbez. gehörenden Grundstückes Alexanderstr. 18, welches hier dem Stadtbez. 148 zugeteilt ist, in der Turnhalle der 23. Gemeindefschule, Straußbergerstr. 9;
- d) für die Stadtbez. 160, 161 und 166 bis 176 in der Turnhalle der 138./158. Gemeindefschule, Wälfenstr. 50;
- e) für die Stadtbez. 177 bis 181C und 189 bis 191 einschl. der zu den Stadtbez. 192 und 193B gehörenden Teile, welche hier den Stadtbez. 190A/191 bezw. 189A zugeteilt sind und zwar: von Stadtbez. 192: Platz C, Straßen 10 und 11 von Ringbahn bis Straße 15, Straßen 12, 13 und 14, sowie Straße 15 von Greifswalderstraße bis Aniprobestraße, auschl. der Edgrundstücke an der Greifswalderstraße, Straße 88 und von Stadtbez. 193B: Arnswalderplatz, Böyowstraße von Straße 2 bis Elbingerstraße, Elbingerstraße von Greifswalderstraße bis Aniprobestraße, auschl. der Edgrundstücke an der Greifswalderstraße (Nr. 70 und 71), Friedbergerstraße 1—8 und 11—18, Straße 3, Straßen 2 und 4 auschl. der Edgrundstücke derselben an der Greifswalderstraße, Straßen 7 und 9 auschl. der Edgrundstücke an der Greifswalderstraße, Straße 8, Straße 11 von Straße 9 bis Ringbahn, sämtlich Abteilung XIII<sup>1</sup> des Ver.-Planes, Woldenbergerstr. 2—31, sowie für die zum Wahlkreise Nieder-Varnim gehörigen, aus den Teilen der Stadtbez. 180A bis 181C gebildeten Wahlbezirke: Nr. 360, 361, 364, 366, 367, 369, 370, 372 und 373 in der Turnhalle der 81./109. Gemeindefschule, Lütznerstr. 4/5.

Zur Einsichtnahme für behinderte Wähler sind bereit für den Osten:

- |  |                                    |
|--|------------------------------------|
| A. Ull, Stralauer Allee 36, Vordiergeschloß; | H. Thiele, Ballisadenstr. 52;      |
| A. Strass, Bödikerstr. 6;                    | Wafewitz, Friedrichsbergerstr. 19; |
| E. Werner, Stralauer Allee 17b;              | Schulze, Blumenstr. 88;            |
| S. Wolf, Capriowstr. 15;                     | Misch, Koppentstr. 13;             |
| B. Pitsin, Warichauerstr. 61;                | Burkhardt, Krautstr. 36;           |
| Wagner, Rigaerstr. 127;                      | D. Schulze, Weberstr. 40a;         |
| Deuze, Petersburgerstr. 41;                  | Hafeloff, Landsbergerstr. 8;       |
| Kott, Strahmannstr. 23;                      | Evaer, Weinstr. 28;                |
| D. Krante, Rindorferstr. 8;                  | Waskinsch, Grüner Weg 6;           |
| D. Blume, Gubenenerstr. 6;                   | Werkowski, Andreasstr. 26;         |
|  | Gorn, Martusstr. 23.               |

Für den Südosten:

- |                                 |                                 |
|---------------------------------|---------------------------------|
| W. Mertens, Cudrystr. 34;       | Schick, Rantenuffelstr. 74;     |
| W. Erbe, Eichenstr. 25;         | Richter, Mariannenstr. 41;      |
| H. Gensch, Faldensteinstr. 5;   | Wählich, Adalbertstr. 4;        |
| H. Toltzberg, Göcklerstr. 58;   | Grundmann, Raunhufstr. 78;      |
| H. Bachmann, Eisenbahnstr. 36a; | Wäde, Brangelstr. 126;          |
| Gräfe, Lausitzerplatz 13;       | Lucatis, Reichenbergerstr. 183; |
| Schäfer, Reichenbergerstr. 96a; | Weker, Köpplerstr. 101.         |
| Ed. Frechland, Oranienstr. 8;   |                                 |

## Für den fünften Wahlkreis,

umfassend die Stadtbezirke

192 und 193B, mit Ausschluß der vorstehend genannten zum vierten Wahlkreise gehörigen Teile derselben, ferner 194 bis 217, 279 bis 282 mit Ausschluß von Alexander-Ufer, Friedrich Karl-Ufer von der Kronprinzen- bis zur Alsenbrücke und Invalidenstr. 80 bis 83 (Stadtbez. 282); von 5: Kleine Präsidentenstr. 6 und 7 und Neue Promenade 9 und 10; von 183: Landwehrstr. 1 in der Turnhalle der 8./63. Gemeindefschule, Gipsstr. 23a.

Zur Einsichtnahme für behinderte Wähler sind bereit:

- |                                  |  |
|----------------------------------|--|
| Hans, Christburgerstr. 29;       | Albrecht, Grenadierstr. 12;  |
| Krüger, Christburgerstr. 31;     | Wolter, Wuladstr. 29/30;   |
| Reimann, Greifswalderstr. 220;   | Dreißer, Liniestr. 218;  |
| Krämer, Greifswalderstr. 196;    | Thiel, Liniestr. 52;   |
| Wendland, Marienburgerstr. 32;   | Batt, Dragonerstr. 15;   |
| Kohle, Marienburgerstr. 3/4;     | Kant, Auguststr. 51;   |
| Schick, Immanuelkirchstr. 12/13; | Jüdel, Oranienburgerstr. 91;   |
| Wölke, Immanuelkirchstr. 37;     | Wittchow, Al. Hamburgerstr. 27, Eingang Wasserstraße;  |
| Dimke, Wilsstr. 56;              | Emil Wiese, Lützenstr. 20;   |
| Rausch, Wilsstr. 12;             | Schlich, Lützenstr. 26;  |
| Dierbach, Heinersdorferstr. 6;   | Jersyn, Charitestr. 3;   |
| Schrode, Landwehrstr. 3;         | Brühning, Philippstr. 1;   |
| Dennier, Meyerbeerstr. 7;        | sowie das händige Wahlbureau des V. Berliner Wahlkreises im Restaurant Gängel, I. Eing. Rothenb. 57, II. Eing. Gormannstr. 28. |
| Köhler, Landsbergerstr. 35;      |  |
| Kühnig, Dierstr. 10;             |  |
| Wahmann, Liniestr. 29;           |  |
| Walburg, Koblankstr. 15;         |  |
| Krafer, Reibestr. 40;            |  |
| Fritz, Lothringenstr. 68;        |  |

## Für den sechsten Wahlkreis,

umfassend die Stadtbezirke

218 bis 278, 285 bis 326 und von 282: Alexander-Ufer, Friedrich Karl-Ufer von der Kronprinzen- bis zur Alsenbrücke und Invalidenstr. 80—83, und zwar:

- a) für die Stadtbez. 218 bis 226 und 287 bis 250 in der Turnhalle der 110./174. Gemeindefschule, Schönhauser Allee 166a;
- b) für die Stadtbez. 227 bis 236 und 251 bis 258 in der Turnhalle der 132./142. Gemeindefschule, Demminstr. 27;
- c) für die Stadtbez. 259 bis 278 in der Turnhalle der 17. Gemeindefschule, Kaserstr. 67;
- d) für die Stadtbez. 285 bis 287 und 298 bis 304 einschl. der zum 282. Stadtbez. gehörenden Grundstücke des Alexander Ufers, Friedrich Karl Ufer 1—6 und Invalidenstr. 80—83, welche hier dem Stadtbez. 285 zugeteilt sind, in der Turnhalle der 113./128. Gemeindefschule, Turmstr. 86;
- e) für die Stadtbez. 288 bis 297 in der Turnhalle der 82./90. Gemeindefschule, Turmstr. 75;
- f) für die Stadtbez. 305 bis 326B in der Turnhalle der 118./127. Gemeindefschule, Panstr. 8.

Zur Einsichtnahme für behinderte Wähler sind bereit:

- |                               |   |
|-------------------------------|---|
| Roabit:                       | G. Jäger, Swinemünderstr. 21;                 |
| Joh. Farr, Rutilierstr. 10;   | L. Kohn, Ruppinerstr. 42;                     |
| Karl Anders, Salzweberstr. 8; | Reckering, Schwedterstr. 227;                 |
| E. Becker, Wredowstr. 11;     | L. Bertels, Ruppinerstr. 49;                  |
| Reich, Streit, Kirchstr. 23;  | Geißler, Peteranstr. 4;                       |
| Karl Fischer, Waldstr. 8;     | Müller, Bergstr. 10;                          |
| Dewitz, Sidingenstr. 48;      | Korf, Eisfabrikstr. 18;                       |
| Otto Fischer, Weisstr. 66;    | Wente, Brunnenstraße 51 (Ede Bernauerstraße); |
| Karl Han, Kottbuserstr. 18;   | Greth, Watzstr. 1.                            |
| Max Haber, Stephanstr. 11;    |   |
| W. Grunwald, Al-Roabit 46.    |   |

Wedding:

- |                                      |                                  |
|--------------------------------------|----------------------------------|
| Jul. Krause, Müllerstr. 7a;          | Abendroth, Badstr. 42/43;        |
| W. Mattner, Müllerstr. 102a;         | Regefer, Pringener-Allee 14;     |
| Aug. Depe, Müllerstr. 32a;           | K. Brand, Stettinerstr. 17;      |
| J. Friede, Ragstr. 13b;              | G. Löhrig, Panstr. 32d;          |
| Ad. Hebert, Reinickendorferstr. 35;  | H. Kahlke, Müggenerstr. 24;      |
| H. Arden, Reinickendorferstr. 23;    | G. Bräse, Ruffenstr. 21;         |
| Aug. Plath, Reinickendorferstr. 60c; | Rollenhauer, Swinemünderstr. 65; |
| Oskar Alcinan, Wiesenstr. 29;        | Kosfinger, Graunstr. 26;         |
| Karl Johrow, Ravensstr. 6.           | H. Harsch, Dronidenerstr. 1c;    |
|                                      | G. Hermann, Kottbuserstr. 45;    |
|                                      | Knoblich, Soldnerstr. 66;        |
|                                      | Waal, Stettinerstr. 17.          |

Oranienburger Vorstadt:

- |  |                                |
|--|--------------------------------|
| B. Abendroth, Kaserstr. 104;                 | Schönhäuser Vorstadt:          |
| G. Diele, Kaserstr. 123;                     | Gobin, Brenzlauer Allee 292;   |
| Hagenfeld, Bergstr. 62;                      | Kamprecht, Wörtherstr. 39;     |
| J. Kaiser, Flugstr. 6;                       | Riesel, Weihenburgerstr. 53;   |
| B. Ludau, Boyenstr. 40;                      | Ward, Kattameniallee 95/96;    |
| A. Seidel, Hochstr. 38;                      | Steding, Weinbergweg 15b;      |
| Czewowski, Gartenstr. 40, Cigarren-Geschäft; | Loderling, Schliemannstr. 38;  |
| S. Joseph, Friedstr. 34;                     | Horf, Lützenstr. 18;           |
| Reichenbach, Kaserstr. 1.                    | Kaulow, Schönhäuser Allee 185; |

Rosenthaler Vorstadt:

- |                                   |                             |
|-----------------------------------|-----------------------------|
| D. Bahgänger, Swinemünderstr. 34; | Garth, Brenzlauer Allee 43; |
| J. Döring, Ruppinerstr. 21;       | Pinner, Treedowstr. 30;     |
|                                   | Fiedler, Saandorferstr. 6;  |
|                                   | Dijsste, Chorinerstr. 55.   |

**Erfülle jeder seine Pflicht und überzeuge sich, ob sein Recht gewahrt und er eingetragen ist. Wer nicht in den Wählerlisten steht, besitzt kein Wahlrecht!**

# Erster Genossenschaftstag des Gesamt-Verbandes der deutschen Konsumvereine.

Dresden, 17. Mai 1903.

Gegen 600 Vertreter deutscher Genossenschaften traten heute im großen Saale des „Arianon“ zusammen. Der Saal ist reich und geschmackvoll dekoriert. Bezeichnend für das Arbeiten der Genossenschaften ist der Spruch, der unter anderem an den Wänden angebracht ist: „Letzter nur Schritt für Schritt bergan; Wer mit Mühe den Gipfel gewann, hat die Welt zu Füßen liegen.“

Die Vorgänge, welche zu dem Zusammenschluß der Konsumvereine geführt haben, dürften noch in aller Erinnerung sein: der brutale Vergewaltigungsversuch gegen 98 Konsumvereine auf dem Allgemeinen Genossenschaftstage in Kreuznach im August vorigen Jahres. Die dort Ausgesprochenen und die Vertreter zahlreicher anderer Vereine, welche sich mit ihnen solidarisch erklärten, ernannten sofort eine Kommission zur Vorbereitung eines neuen Verbandes, der nimmehr ins Leben getreten ist. Der Vorsitzende jener Kommission, zugleich Vorsitzender des Sächsischen Verbandes, Herr Kadeßoda-Dresden, eröffnete die Versammlung um 1 1/2 Uhr. Auf seinen Vorschlag wurde die Vorbereitungs-Kommission auch mit der Leitung des Genossenschaftstages betraut, dessen Bureau demnach besteht aus den Herren: Kadeßoda-Dresden, Barth-München, Ahmann-Braunschweig als Vorsitzende und den Herren: Schmidgen-Harburg, Bringmann-Elberfeld als Schriftführer.

Nachdem der Vorsitzende die Erschienenen mit warmen Worten begrüßt hat, teilt er mit, daß die sächsische Regierung auf die ersuchte Einladung hin mit ihrer Vertretung den Assessor Dr. Adolf betraut hat, dagegen ist aus dem Reichsamt des Innern die Antwort eingegangen, daß die Lage der Dienstgeschäfte dem Staatssekretär nicht gestatte, der Einladung Folge zu geben oder einen Vertreter zu entsenden. Der Oberbürgermeister von Dresden hat lediglich ein Dankschreiben für die Einladung gefandt.

Sehr zahlreich sind die Genossenschaften des Auslandes vertreten; England, Dänemark, Holland, Italien, die Schweiz, Oesterreich haben Abgesandte geschickt, die von dem Vorsitzenden herzlich willkommen geheißen werden. Mehrere derselben, z. B. England, Duffoli-Italien, Hansen-Kopenhagen u. a., überbringen von ihren Auftraggebern die herzlichsten Glückwünsche für das Gedeihen der deutschen Genossenschaften; eine Bemerkung des dänischen Redners, welche sich gegen den Kornzoll richtet — es ist ein Glück für Dänemark, daß wir freieimport Landwirte haben, die nicht wie die deutschen wollen, daß ihren Mitbürgern die Lebensmittel künstlich verteuert werden —, erweckt den impulsiven, stürmischen Beifall der Versammlung.

Mit großem Beifall wird auch Schulki-Berlin begrüßt, welcher 28 000 organisierte Handels- und Transportarbeiter vertritt, welche dem Gedanken der genossenschaftlichen Organisation besondere Sympathie entgegenbringen.

Von Konsumvereins-Verbänden sind auf der Tagung sieben vertreten (der brandenburgische, mitteldeutsche, nordwestdeutsche, rheinisch-westfälische, sächsische, süddeutsche, thüringische), denen 635 Vereine angehören; von diesen haben 490 statistische Daten eingefandt. Danach haben sie 439 588 Mitglieder, die in 1165 Verkaufsstellen bei einem Umsatz von 103 455 615 M. einen Reingewinn von 11 889 123 M. erzielt.

Nach der Begrüßung und den Erörterungen der Gäste erhielt das Wort Herr Rauffmann-Hamburg, der Redakteur des „Wochenberichts“ der Großhandels-Gesellschaft, zu einem Referat über den Stand der Konsumgenossenschaftsbewegung Deutschlands. Redner giebt einen Ueberblick über die Entwicklung der Genossenschaftsbewegung, die ihren Ursprung in England gehabt hat. Die moderne Periode beginnt mit der Gründung des Vereins in Rochdale Ende 1843 durch 28 arme Weber, die als „die redlichen Pioniere von Rochdale“ bekannt sind. In den Aufgaben und Zielen, welche sie sich setzten, finden wir bereits sämtliche Aufgaben, die auch die modernen Konsumvereine ins Auge fassen. Sehr bald traten englische Konsumvereine auch zu gemeinsamem Einkauf zusammen und gründeten die britische Großhandels-Gesellschaft, die sich gewaltig entwickelt hat. Die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung ist mit der englischen wesenstgleich; allerdings wurde sie in den sechziger Jahren nicht von den Arbeitern, sondern von dem liberalen Bürgertum getragen. Aber seit den achtziger Jahren und nach dem Fall des Sozialistengesetzes traten die Arbeiter in stärkerer Maße den Konsumvereinen, deren Vorteil sie erkannten, bei; zur richtigen Würdigung der Konsumvereine trug auch die 1899 erfolgte Gründung der Genossenschaft „Produktion“ in Hamburg bei. Mit der Entwicklung der Konsumgenossenschaften traten in dem Allgemeinen Verband seit zehn Jahren Bestrebungen zur Trennung der Kredit- und Konsumgenossenschaften hervor. Der Anwalt bekämpfte sie damals, indem er ausführte, die Konkurrenz der Konsumvereine gegen die Kleinhandlerrischen Mitglieder der Kreditvereine würde außerhalb des Verbandes eine viel schärfere werden. Das reine Konsumenten-Interesse mußte in Verbandsinnerem in der Minderheit bleiben; die Konsumvereine sollten darin gehalten werden, um ihre Entwicklung zu hemmen. Als sie trotzdem gediehen, kam es zu dem schimpflichen Tage von Kreuznach, dessen Folge die hier bevorstehende Gründung des Gesamtverbandes der Konsumgenossenschaften ist. Offenlich entwickelt er sich wirklich zu einem Gesamtverband aller Vereine, deren es etwa 2000 mit 900 000 bis 1 Million Mitglieder und einem Umsatz von 200 bis 250 Millionen Mark giebt. Redner geht des weiteren auf die Ueberlegenheit des Konsumvereins über den Kleinhandlerrischen Betrieb ein und weist die Kleinhandlerrische Verelendungstheorie, wonach die ausgeschalteten Zwischenhändler auf den Arbeitsmarkt drücken, zurück; weil die Lebenshaltung der Arbeiter durch die Genossenschaft steigt, entfällt vielmehr eine erweiterte Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Während die Arbeiter von ihrer Feindschaft gegen Maschinen längst zurückgekommen sind, wollen die Krämer die arbeitssparende Maschine Konsumverein zerbrechen, und es giebt Behörden und Professoren, welche es an nationalökonomischer Einsicht auch nicht weiter gebracht haben. Redner schließt mit dem Wunsche, daß auf den Frühling, in welchem die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung siehe, ein fruchtbarer Sommer und ein segensreicher Herbst folgen mögen. (Stürmischer Beifall.)

Der Vorsitzende teilt mit, daß 7 Verbände, 302 Konsumvereine mit 621 Delegierten und die Großhandels-Gesellschaft vertreten sind. Dann werden die Verhandlungen auf Montagvormittag um 9 Uhr vertagt.

## Partei-Nachrichten.

### Polnische Parteilitteratur zur Wahltagation.

Im Verlage des Posenener Parteiblattes „Gazeta Ludowa“ ist soeben in polnischer Sprache „Der Katholismus des polnischen Arbeiters“ erschienen, eine freie, zweckentsprechende Bearbeitung der „Socialdemokratischen Antworten auf jesuitische Fragen“. Die kleine Schrift eignet sich vorzüglich zur Massenverbreitung unter der polnischen Arbeiterschaft in allen Wahlkreisen. 500 Exemplare kosten 20 Mark, 1000 Exemplare 30 Mark usw. Bestellungen können an die Expedition der „Gazeta Ludowa“, Posen, Breitestraße 21, gerichtet werden.

Außerdem werden als polnische Wahltagations-Material empfohlen:

Die kommenden Reichstagswahlen, Webels Rede auf dem Münchener Parteitag. Bezugsbedingungen wie oben.

Die „Gazeta Ludowa“, die der Wahltagation angepaßt ist und bei größerer Abnahme zum Selbstkostenpreis abgegeben wird.

Das polnische Wahlflugblatt, herausgegeben vom deutschen Parteivorstand. Bestellungen sind an denselben zu richten.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eine Klausurleistung polizeilicher Spezialität vollbrachte nach dem „Volkswillen“ zu Hannover in einer dortigen Wahlvereins-

versammlung der überwachende Polizeikommissar. Die Leistung stellt alles bisher Dagewesene weit in den Schatten; Sächsischen Polizeigenossenschaft, die bisher in Bezug auf Originalität von Polizeilustprüfungen einzig dastanden, sind den Capriolen des betreffenden Kommissars noch lange nicht gewachsen. Als z. B. der Vorsitzende sich auf wenige Minuten entfernte und dem Schriftführer die Leitung der Versammlung übertrug, erkannte die Polizeigenossenschaft des Kommissars darin einen Verstoß gegen das Vereinsgesetz und fragte, wo der Vorsitzende sei, der müsse da sitzen bleiben!! Einige Minuten später hatte die Versammlung dem Redner stürmisch Bravo zugerufen. Der Kommissar sah diesen Beifall als Unruhe an. Nach Erwiderung des Vorsitzenden auf diese kühne Auffassung meinte der Kommissar, jeder Praxoruser sei ein selbständiger Redner und der Vorsitzende müsse eben Namen, Stand und Wohnung dieses selbständigen Redners angeben. Die Redner hätten sich zum Wort zu melden!! — In Hannover ist eine Schupmannschule errichtet. — Sollte das der erste Erfolg dieser Neu-Einrichtung sein?

## Sociales.

Die Arbeitszeit im Fleischergerwerbe. Der Verband der Fleischer-Gesellen hat die Absicht, eine Bundesrats-Vorordnung über den Maximal-Arbeitstag für das Fleischergerwerbe, ähnlich wie sie für das Bäckergerwerbe besteht, zu veranlassen. In Berlin wird außerdem zur Zeit von den Fleischer-Gesellen eine Enquete veranstaltet, um die Aufhebung der Werkstätten und Schlafräume in den Kellern durchzusetzen. Das gesamte Material soll der Regierung zugänglich gemacht werden. Die „Allgemeine Fleischerzeitung“ glaubt dadurch den Profit bedroht und schreibt:

Wir glauben aufs bestimmteste, daß der Herr Reichskanzler auf diese Angelegenheit nicht eingehen wird, denn angesichts der durch die von Reichs wegen veranfaßten Erhebungen festgestellten Thatsache, daß die Arbeitszeiten von über 12 Stunden (nach Abzug der Pausen) nur in einem Fünftel (im Winter) bis einem Drittel (im Sommer) der Fleischerbetriebe vorkommen, hauptsächlich in Berlin, Nordost- und Mitteldeutschland in den Großbetrieben, die nur saisonweise arbeiten, bezw. Wurstfabrikation und dabei Labengerichte betreiben und gewöhnlich sind, auf meist weit entfernt gelegenen öffentlichen Schlaftböden zu schlachten ist kein Grund zu einem gesetzgeberischen Einschreiten vorhanden, besonders deshalb nicht, weil einerseits die im Fleischergerwerbe angestellten Hilfskräfte fast ausschließlich aus jungen, kräftigen und gesunden Personen bestehen, die durch eine außerordentlich reichliche, kräftige und ausgezeichnete Verpflegung bei familiärer Behandlung im Hause des Meisters und zum weitaus größten Teil in der Hoffnung auf baldige Selbstständigkeit befaßt sind, ohne Beschwerde ein volles Maß Arbeit zu verrichten, zumal die Lohnverhältnisse günstig sind, kleinere und größere Urlaube stets ohne Lohnabzug bewilligt werden, die Arbeit in frischer Luft sich überwiegend unter denkbar günstigsten Bedingungen vollzieht und ein Weg zur Arbeitslosigkeit gänzlich wegfällt, was bei anderen Arbeitern die durch gewerthätige Beschäftigung thätig in Anspruch genommene Zeit wesentlich erhöht, die Arbeiter erschläft und in Verbindung mit lager Selbstverpflegung, ungünstigen Wohnungsverhältnissen und anderen Mängeln ihrer Los bei weitem weniger beneidenswert erscheinen läßt, andererseits die schwierige wirtschaftliche Lage des Fleischergerwerbes (geringe Ertragsfähigkeit bei großer Konkurrenz, ungünstige Viehwirtschafts-Verhältnisse) der durch unberechenbaren Bedarf ständig und meist plötzlich herbeigeführte Wechsel des Arbeitspensums und das rasche Verderben der Waren eine Schablonisierung der Arbeit nicht zulassen.

Wenn in der That der Anflug der überlangen Arbeitszeit nur in einem geringfügigen Teil der Schlägereien und noch dazu in den Großbetrieben herrscht, liegt erst recht keine Veranlassung vor, die Ausdehnungsfreiheit gerade dieser Unternehmer zu konvertieren. Es ist in der That eine sonderbare Handwerkskammer, wenn man den Großbetrieben erlauben will, nicht nur ihre wirtschaftliche Ueberlegenheit der kleineren Konkurrenz gegenüber ins Treffen zu führen, sondern außerdem auch noch Schmutzkonkurrenz durch übermäßige Ausbeutung der von ihnen beschäftigten Arbeitskräfte zu üben. Diese Großbetriebe sind es übrigens schärflich, für welche die Klagen über die „schwierige wirtschaftliche Lage“ des Fleischergerwerbes berechtigt sind, abgesehen davon, daß die verhungerten Schlächtermeister womöglich noch rarer sind als ihre in gleicher Lage befindlichen Kollegen vom Baufach. Und wie es mit den Wohn- und Verhältnissen der Schlächtergesellen steht, zeigt ja ihre Forderung der Veseitigung von Keller-Schlafstätten und Werkstätten.

Gegen die Ruhezeit im Gastwirtsgerwerbe, wie sie durch die zahme Bundesratsvorordnung festgelegt ist, wird von einem nicht geringen Teil der Prinzipalitäten ebenso Sturm gelaufen, wie von den nothleidenden dicken Bäckermeistern gegen die mit vielen Ausnahmebestimmungen durchlöchernte Bäckerordnung. Hier wie dort verlangt man zur Aufrechterhaltung des patriarchalischen Verhältnisses“ unbeschränkte Ausdehnungsfreiheit. Bei der Bäckerordnung wurde zunächst die Rechtsgültigkeit derselben bezweifelt, womit man allerdings nicht durchgedrungen ist. Die Herren im Gastwirtsgerwerbe operieren daher anders, indem sie als „Realpolitiker“ die nicht ganz geordnete Fassung der Verordnung zum Angriffspunkt auswerten haben, um derselben ein Schnippchen zu schlagen. In der Verordnung heißt es, daß den Gehilfen und Gehilfinnen eine bestimmte Ruhepause gewährt werden muß. Den Ausdruck „gewähren“ verstehen nun einzelne Prinzipale dahin, daß sie ihren Angestellten die Ruhepausen zu gewähren haben, das ist zur Verfügung stellen, und daß es sie nichts weiter angehe, ob die Angestellten auch thätig von den Ruhepausen Gebrauch machen. Das Oberlandesgericht Breslau hat am 18. November 1902 eine Entscheidung getroffen, die in diesem Sinne gehalten ist, die aber seitens des Vertreters der Reichsregierung im Reichstage als der Tendenz der Verordnung widersprechend bezeichnet worden ist. Einen andern Standpunkt als das Breslauer Gericht hat nach dem „Hamburger Echo“ der Straffenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts eingenommen: „Die Verordnung wolle im öffentlichen Interesse die mit übermäßiger Arbeitszeit in gewissen Betrieben verbundenen gesundheitschädlichen Gefahren bekämpfen durch gesetzliche Einschränkung der Arbeitszeit. Dieser Zweck würde durch jene mißbräuchliche Auslegung des Wortes „gewähren“ unerreicht bleiben. Derselben Gründe, die unter dem früheren Rechtszustande zu den jetzt vom Gesetz bekämpften gesundheitschädlichen Gefahren geführt haben, insbesondere die Abhängigkeit der Einkünfte der Gastwirtsangestellten von der in diesem Gewerbe herrschenden Sitte des Trinkgelbens und die durch das Verhältnis von Angebot zur Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt beeinflusste Neigung der Angestellten, sich den Bedingungen der Arbeitgeber zu fügen, würden unverändert bestehen bleiben. Daß der Gesetzgeber eine derartig unwirksame Bestimmung habe treffen wollen, dürfte jedenfalls so lange nicht angenommen werden, als der Wortlaut des Gesetzes eine solche Auslegung nicht als eine zwingende erscheinen lasse. Daß durch das Gesetz allerdings auch erwachsene Arbeiter gegen ihren Willen gezwungen werden können, von gebotenen Erwerbsgelegenheiten keinen Gebrauch zu machen, bilde keinen Gegenstand. Die gleiche Konsequenz ergebe sich aus den Bestimmungen der Sonntagsruhe. Die Frage ihrer inneren Berechtigung greife in das Gebiet der socialpolitischen Erwägungen des Gesetzgebers hinüber, deren Zweckmäßigkeit nachzuprüfen nicht Aufgabe der Gerichte sei.“

## Aus der Frauenbewegung.

Eine von über 200 Frauen besuchte öffentliche Frauenversammlung fand am Dienstag, den 12. Mai, im „Kaiserhof“ zu Köpenick statt. Auch Männer hatten sich in der Versammlung sehr zahlreich

eingefunden. Frau Anna Gradnauer sprach über das Thema „Die Frau im Wahlkampf“. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Die rege Diskussion verlief völlig im Sinne der Referentin. Auf Vorschlag des Genossen W o i t wurde Frau T i n i u s, Elisabethstr. 2, als Ortsvertrauensperson gewählt. Ferner machte die Vorsitzende Frau T h i e l bekannt, daß für den Kreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg ein socialdemokratischer „Frauen-Wahlverein“ besteht und forderte die antwortenden Frauen auf, dem Verein beizutreten, um den Männern im Wahlkampf zur Seite zu stehen. Zur Aufnahme neuer Mitglieder haben sich bereit erklärt: Die Vertrauensperson Frau T i n i u s, Elisabethstr. 2, und Frau K u h r i n, Wilhelmstr. 70. Nach einer Aufforderung, den „Vorwärts“ und die „Gleichheit“ zu abonnieren, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale, völkervereinende Socialdemokratie geschlossen.

Socialdemokratischer Wahlverein der Frauen für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. Dienstag, den 19. Mai 1903, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung im Volkshaus, Charlottenburg, Rohrenstr. 3. Tagesordnung: Vortrag der Genossin Gradnauer über: „Die Frauen und die Reichstagswahlen“ und Diskussion. — Gäste, Männer und Frauen, willkommen. Der Vorstand.

Lichtenberg. Am Dienstag, den 19. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet eine Frauenversammlung im Kronprinzengarten, Frankfurter Chaussee 86 (S. West) statt. Frau T h i e l wird einen Vortrag halten über: „Die Reichstagswahl und das Frauen-Stimmrecht.“

## Aus Industrie und Handel.

Ueber die Lage des rheinisch-westfälischen Eisenmarktes heißt es im Situationsbericht der „Industrie“:

Das Roheisengeschäft bleibt ein recht flottes und bis Ende des dritten Jahresviertels sind die Hochöfen gut besetzt, wenigstens in Rheinland und Westfalen. Die Siegerländer Hütten können noch neue Aufträge gebrauchen. Und obwohl unlängst die bekannte Nachricht von niedrigeren Roheisenpreisen aus Amerika kam, gehen doch noch immer Anfragen von drüben ein. Inzwischen sind auch mehrfach neue Abchlüsse zu stande gekommen. Der Ausgleich zwischen Erzeugung und Nachfrage ist also offenbar noch nicht eingetreten und der Bedarf besteht bisher fort. Aber wie lange noch? Das ist die große Frage, über die sich die deutschen Roheisenleute genug den Kopf zerbrechen, denn von ihrer befriedigenden Lösung hängt viel ab.

Der Verkehr und Absatz in Halbzeug hält sich auf der bisherigen Höhe, und die Werke sind stark angefüllt thätig, einzelne für nächstes Jahresviertel bereits bis zur vollen Leistungsfähigkeit. Ins Ausland gehen noch immer große Posten, wofür jetzt etwas bessere Preise erzielt werden.

Auf dem Walzeisenmarkt hält der stärkere Frühjahrsbedarf zwar im allgemeinen an, doch hört man von manchen Seiten Klagen, daß es in jüngster Zeit ruhiger geworden sei. Die Nachfrage trete weniger dringend auf und der Eingang neuer Bestellungen lasse etwas nach. Man wird abzuwarten haben, ob man dieser Erscheinung eine tiefere Bedeutung beimessen hat oder ob es sich um eine zeitweilige vorübergehende Stodung handelt, wie sie auch in den besten Zeitaltern vorkommt.

Im Stabeisengeschäft ist es auch etwas stiller. Spezifikationen gehen schwächer ein und die Werke sind sehr ungleich besetzt. Die großen Stahlwerke arbeiten mit flottem Betrieb, während die reinen Walzwerke, welche den damaligen Preissturz nicht mitmachen konnten, denselben noch immer eingeschränkt haben und zufrieden sind, hierfür Arbeit zu 110—112 M. zu finden. In Schwabach ist der Verbrauch so zurückgegangen, daß die Walzwerke in Sandeisen sowohl Fluß- wie Schweißstabeisen liefern müssen, wenn sie ihre Strahlen betreiben wollen. In Sandeisen will man eine leichte Abchwächung des Bedarfs bemerken, doch sind die Werke durchweg in befriedigender Thätigkeit.

In Trägereisen besteht ein reger Verkehr und die Händler geben flotte Spezifikationen, so daß die Trägertwerke gut besetzt sind. Allerdings ist jetzt auch die Hauptbedarfzeit für Bauweisen, und der Verbrauch ist in diesem Jahre stärker als in den beiden letzten Jahren.

Vom englischen Eisenmarkt. London, 16. Mai. Nach der heute ausgegebenen „Labour Gazette“ zeigte der Arbeitsmarkt im Monat April nur ganz unbedeutende Änderungen gegen die letzten Monate. Dagegen weist er einen Niedergang im Vergleich mit April 1902 auf. In den berichtenden 226 Trades-Unions mit einer Mitgliedschaft von 552 001 waren 22 665 (4,1 Proz.) außer Arbeit, gegen 4,3 Proz. im vorigen Monat und gegen 3,9 Proz. im April 1902. Die Arbeitslosigkeit in den letzten zehn Jahren betrug durchschnittlich 4,1 Proz. In gewerblichen Streitigkeiten waren 10 861 Arbeiter beteiligt, gegen 19 665 im vorigen Monat und 8236 im April 1902. Im Laufe des Berichtsmontats wurden 23 Streiks beendet, die 4715 Arbeiter betrafen. Davon nahmen 6 mit 1473 Personen einen günstigen Verlauf für die Arbeiter, 11 mit 1931 Personen endigten zu Gunsten der Arbeitgeber, der Rest schloß durch Kompromisse ab. Von Lohnänderungen wurden 24 700 Arbeiter betroffen, davon erhielten 350 eine Lohnaufbesserung, 24 350 eine Lohnherabsetzung.

## Wahlversammlungen.

Im zweiten Wahlkreise fand am Freitagabend eine sehr gut besuchte Wählerversammlung in der Dennenwihstraße bei Zieste statt, in welcher Genosse R. F i s c h e r über: „Die Stellung der gegnerischen Parteien zur Socialdemokratie und Arbeiterklassenbewegung“ unter großem Beifall sprach.

Die Gastwirtsgehilfen und die Reichstagswahl. In einer Versammlung von Gastwirtsgehilfen, die am Freitag stattfand, sprach Genosse Leo Schmidt über die bevorstehenden Reichstagswahlen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die Versammelten erkennen an, daß die Interessen der erwerbsfähigen Bevölkerung nur von der Socialdemokratie wirksam vertreten werden und sie verpflichten sich deshalb, bei den bevorstehenden Wahlen mit aller Energie und gemeinsam mit der übrigen organisierten Arbeiterschaft, dafür zu wirken, daß die Kandidaten der Socialdemokratie als Sieger hervorgehen. Im weiteren verpflichten sich die Versammelten, soweit dies noch nicht geschehen ist, sich der politischen Organisation anzuschließen und für die Verbreitung der Arbeiterpresse Sorge zu tragen.

## Sociale Rechtspflege.

Rechtsanhängigkeit der Invalidentarte bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses begründet einen Schadenersatzanspruch. Der Steinbruder C. hatte erst vier Tage nach Lösung seines Arbeitsverhältnisses von dem Druckermeister Schloß seine Invalidentarte erhalten, obwohl er sich genügend darum bemüht hatte. Er klagte deshalb gegen Schloß beim Gewerbegericht auf 20 Mark Entschädigung und machte geltend, er habe ohne die Karte andere Arbeit nicht erhalten können. Der Vertreter des Beklagten wandte dagegen ein, daß sich die Arbeitgeber der graphischen Gewerbes von der Einstellung eines Arbeiters nicht dadurch abhalten ließen, daß nicht die Invalidentarte gleich zur Stelle sei. Im übrigen habe Kläger auch schon deshalb keinen Entschädigungsanspruch, weil er in der fraglichen Zeit noch bei Schloß hätte arbeiten können. — Der Kläger erwiderte darauf, daß ihm Beklagter nach Ablauf der Kündigungsfrist, also als die Lösung des Arbeitsverhältnisses perfekt war, gesagt habe, er könnte noch ein paar Tage bleiben und sich inzwischen nach anderer Arbeit umtun. Kläger habe aber ohne eine Kündigungsfrist nicht länger bleiben mögen und so sei die Lösung des bereits 14 Tage früher gekündigten Arbeitsverhältnisses erfolgt. — Die Kammer VIII des Gewerbegerichts, unter Vorsitz des Herrn le Vieuxer, beurteilte den Beklagten, dem Kläger wegen verspäteter Ausstellung der Invalidentarte die geforderte Entschädigung zu zahlen.

15537\*

**Gelegenheits-Partie**

# Gardinen

abgepasste Fenster, weiss und creme

Shawllänge pro 3 Mtr. Fstr. **N. 250**

Shawllänge pro 3,20 Mtr. Fstr. **N. 235**

Shawllänge pro 3,65 Mtr. Fstr. **N. 485**

Eleg. Secess.-Tüll-Stores **N. 200**

Gestickte echte Spachtel-Stores **N. 600**

Goldfarb. echte Band-Stores **N. 650**

Nach auswärts per Nachnahme.

**Gardinen-Special-Haus**

## Emil Lefèvre

Oranienstr. 158, Berlin S.

Gardinen-Katalog mit ca. 450 Abbildungen gratis und franco.

Achtung! Neu

### Fritz Linkes Fleck-Stube

8. Neue Ross-Str. 8.

1/10 Ausficht Dr. Doppelt 1/10 10 Pf.

Einem merkten Publikum bestens empfohlen. 1303L\*

### Schleppige

Räumung der Lagerbestände in Herren-Stoffen

für Anzüge, Paletots, Kinderanzüge ufm. benötigten 15272\*

**Koch & Seeland**

Tuchfabrik-Niederlage

Berlin C., Rossstr. 2.

### Land 2 Mark

schmweizerischer Borori, Wochenabgabe, Verz. 60 Pf. 300 Kart, nur mündlich, verkauft

**Hinsche, Wilmannstr. 1.** 10132\*

Kopfkäufe nebst Brut der Schwinder sofort d. Puff. Unschädlich. Erfolg überauschend. In Drog. 50 Pf. En gros Norris Zahn & Comp.

Verfallene Pfänder! Zum Fest! Goldschmuck wie Brillanten jeder Art, gold u. silb. Uhren, Ketten, Ringe, lauder u. schön, werd. spottl. verl. Alles Gold, Silber u. gef. u. in Zahl. gen. in Pfandl. Pringstr. 28, L. Ude Ritterstr.

**Kranz- und Blumenbinderei** von **Robert Meyer**, nur **Mariannen-Strasse 2.**

Bereits-Kränze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Girlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.

**Kranz- und Blumenbinderei** von **H. Rodewald**, Alexandrinenstrasse 1a.

Kränze mit Widmungsschleifen, Arrangements zu Festlichkeiten, Bouquets, Topfgemache jeder Art u. preiswert. 7605\*

**Dr. Schünemann**, Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9. 1/12-1/3, 1/6-1/8, Sonnt. 9-11.

**BLUTARMEN. KRANKEN**

ärztlich empfohlen in Flasche 1-50 und 2 Mark.

**FEURIG SÜSSER KRAFT-ROTHWEIN**

## Santa Lucia

steht unter ständiger Kontrolle des Gerichtschemikers Dr. C. Bischoff. (1568L)\*

Für 50 Pfg. liefert gegen Eins. d. Betrages 1 Stempel-Medallion vernickelt, mit Name u. Ort vergoldet 40 Pf. mehr. Stempelfabrik u. Graviranstalt Franz Krüger, Berlin C. Stralauerstr. 60, B.

### 5 1/2 Pfund Brot 50 Pf. Backware

6 Stück für 10 Pf. Albrechts Bäckereien: Brangelstraße 9, Straußstraße 19, Waldenstraße 28, Sauerstraße 2, Rortstraße 11, Stand 222/23, Rortstraße 11, Stand 16/18

**Marienburg Geld-Lotterie**

Ziehung 25. bis 27. Mai.

Gewinne 60 000, 50 000 Mk. etc.

Originallose à 3 Mk. (Porto und Liste 30 Pf. extra) empfiehlt die Glückskollekte

### J. Rosenberg

51. Kommandantenstrasse 51.

Sofortige Auszahlung v. Gewinnlosen aller Lotterien.

### Herren-Moden

elegante Ausführung geringe Teilzahlung

**J. Kurzberg, Neue Königstr. 47** direkt am Alexanderplatz.

### Großes Garten-Lokal

mit Saal, zwei Vereinszimmern, Regeltbahn, einziges Parteilokal am Ort, in einem Borort Berlins, ist umhändelbar sofort zu verkaufen. 15512\*

Offerten unter A. 4 an die Expedition d. „Vorn.“.

Speck, mager, a Pfd. 70, bei 5 Pfd. 65 Pf. Delikatesschinken, ohne Knochen, a Pfd. 95 Pf. 14452\*

Rohschinken . . . a Pfd. 115 Pf. Landschinken . . . 95 Zwiebelleberwurst . . . 55 Feine Leberwurst . . . 85 Pomme. Randleberw. . . 90 Thür. Rottwurst . . . 55 Fleischwurst . . . 65 Pomme. Landrotwurst . . . 90 Salami u. Schladw. . . weiche, 95 Weiß. Schladwurst a Pfd. 125 Thür. . . 145

**E. Klähn, Lindenstr. 10, Oranienstr. 154.**

### Neuen 1903er Matjeshering

versendet das 10-Pfund-Jah franco Postnachnahme, Inhalt ca. 40 Stück, 4 Mark 105/15\*

**Max Brotenz**, Heringsalgerel. Greifswald.

### Bruch-Pollmann

empfehl. sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankengpflege.

**Eigene Werkstatt.**

Elektantf. Cris- u. Hilfs-Strankentaffen.

Berlin C., 10732\*

**30. Finien-Strasse 30.**

NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Belotten, angenehm und weich am Körper.

### 15. Marienburger Geldlotterie

Ziehung 25., 26. u. 27. Mai 1903.

8840 Geldgewinne bar ohne jed. Abzug-zahl. v. Mark

**355 000** Hauptgewinn: Mark

**60 000**

**50 000**

**40 000**

usw. 1442L\*

Originallose a 3,00 Mk. Porto u. Liste 30 Pfennig extra empfiehlt und versendet

### Graff's Glückskollekte

BERLIN NW.

Perleberger-Strasse 68 an der Halde-Strasse.

### Preiswerthe Artikel.

Speck, ff. geräuch. fett od. mager, Pfd. 65 Pf. Bauchspeck mit Rippen . . . 70 Schweinefleisch, gar. rein, hochf. . . 60 Speckleib, nach sehr beliebt . . . 53 Vorderfleisch, gut geräuchert, 6-10 Pfd. schwer . . . 75 Margarine, gute Qualität . . . 47 hochf. m. Säuregehalt . . . 60 Kaffee, rein, schmeck. gelb. Santos . . . 55 Diese Sorte fein geröstet . . . 65 Kaffee, feiner blauer Santos . . . 65 Diese Sorte fein geröstet . . . 80 Guatemala-Kaffee, fröhliche hochfein schmeckende blaue Sorte . . . 85 Diese Sorte mit anderen edlen Sorten gemischt u. fein ger. . . 100 Java liberia, extra großer gelb. hocharomat. Kaffee, a Pfd. 63, 90, 100 Diese Sorte fein ger. . . 90, 100, 115 Cacao, gar. rein, sehr angenehm. Pfd. 135 Sejaner geröstet u. feinst od. Sahne gegen Nerven, von 30 Pfd. jebe franco u. Bahn. Wih. Lüdeking, Vlotho p. Westf.

### Gardinen - Fabrik

Lager

### Grosser Rester-Ausverkauf

zu 1 bis 3 Fenster passend, neueste Muster, billig und elegant, in dem seit 34 Jahren bestehenden 15552\*

Special-Geschäft von

### Bruno Güther

Berlin O., 80. Grüner Weg 80. parterre. Eingang vom Plaz. Rein Laden.

### Charlottenburg. F. Kunstmann

Wallstr. 1. Uhrmacher und Goldarbeiter. Grosses Lager, billige Preise. - Reparaturen schnell, billigst.

**Auf allerbequemste Art Teilzahlung!!!** (mögenschl. 1 Mark)

Herrn-, Damen- u. Wecker-Uhren, Regulateure, Broschen, Ringe, Ketten.

**Jahre & König**, 3652\* Warschauerstr. 72.

**Dr. Simmel**, Prinzen-Str. 41. 198/14\* Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4

# Grosse Marienburger Geldlotterie

Einmalige Ziehung am 25., 26. und 27. Mai d. J.

Genehmigt durch allerhöchsten Erlass vom 17. Dezember 1899 und unter dem Protektorate Sr. Maj. des Kaisers und Königs.

**Preis eines Loses Mk. 3,00.**

Für Porto und Franco-Zusendung der Gewinnliste 30 Pf. extra. Originallose versende gegen Einsendung des Betrages mittels eingeschriebenen Briefes oder Postanweisung; auf Wunsch auch gegen Nachnahme. In letzterem Fall genügt Bestellung durch Postkarte. 140/2\*

**8840 Gewinne zahlbar ohne jeden Abzug.**

GEWINN-PLAN:

1 Gewinn	Mark	60 000
1 Gewinn	"	50 000
1 Gewinn	"	40 000
1 Gewinn	"	30 000
1 Gewinn	"	20 000
1 Gewinn	"	10 000
4 Gewinne	"	2 500
10 Gewinne	"	1 000
20 Gewinne	"	500
100 Gewinne	"	100
200 Gewinne	"	50
1000 Gewinne	"	20
7500 Gewinne	"	10

**Georg Flaschner**, Hamburg, Holstenplatz 2.

### Obergrund

bei Bodenbach an der Elbe, Mittelpunkt der böhmisch-sächsischen Schweiz, Bade-, Terrain- u. klim. Kurort, Koch's Pensionen, Hotel und Villa Stark, altberühmte herrliche Wald- und Gebirgs-Sommerfrische (eine der prächtigsten), Fluss-, Eisen-, Dampf- u. andre Bäder. Man verlange Prospekte. Brief- und Telegramm-Adresse: Koch, Obergrund Bodenbach.

**Luft- und Sonnenbad Dr. Walser (1,00). Hämorrhoiden u. Heilung Dr. Struch (0,60). Fettleibigkeit u. Heilung Dr. Struch (0,60). Nervosität u. Heilung Dr. Walser (1,00). Hautausschläge u. Heilung Dr. Walser (1,00). Schlaflosigkeit u. Heilung Dr. Paczkowski (0,60). Stuhlverstopfung u. Heilung Dr. Paczkowski (0,60). Frauenleiden u. Heilung Dr. Paczkowski (0,25). „Blutreinigung“ von Dr. Paczkowski (0,50). Halskrankheiten u. Heilung Dr. Koldegg (0,75). Edm. Demme, Buchhandlung, Leipzig.**

### Sportshaus zur Gr. Krampe in Müggelheim

Bestes Lokal für Land- und Wasserpation, gr. Tanzsaal - ganz neu - zwei grosse Säle, schattiger Garten, direkt an Wasser und Wald, zwei Stunden Dampferfahrt von Berlin. 1477L\*

Inhaber: **W. Troppens.**

**Fritz Leisegang**, Chausseestrasse 123, am Oranienburger Thor. **Brennabor- u. Möwe-Räder** billigst. - Grosse Reparatur-Werkstatt. Sämtliche Zubehörteile zu konkurrenzlosen Preisen.

### H. & P. Uder

Berlin 80. 16. Engel-Ufer 5. Tabakfabrik. 630L\*

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer in **Cigarren, Cigaretten, Rauch-, Kau- und Schnupftabaken.**

Amt 7. 1851.

### Achtung! Gewerkschaften und Vereine!

Satz zu Versammlungen und Festlichkeiten, mit großer Bühne, bis 700 Personen fassend, und **Vereinszimmer** verschiedener Größe stets zur Verfügung. 12972\*

**Ritterstraße 75**, 2 Minuten von der Lindenstraße.

Bequeme Verbindung nach allen Richtungen der Stadt. **Rönigshof**, hell und blendend 1/2 Liter 10 Pf. Prima Weisbier 10 und 20 Pf. Speisen und andere Getränke in vorzüglicher Qualität zu soliden Preisen.

Um geneigten Zutritt bittet **Robert Voigt, Ritterstr. 75.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**

**Todes-Anzeige.**

Den Vereingenen zur Nachricht, daß unter altes Mitglied, der Borzealandreder **Julius Hoffmann** im Alter von 74 Jahren plötzlich am Herzschlag verstorben ist. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 19. d. M., nachmittags 5 Uhr, vom Rämmer-Stechenhaus, Schönhauser Allee 59, aus nach dem Friedhof der Vereingenen Gemeinde in der Pappel-Allee statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.** 248/1

Allen Freunden, Kollegen und Bekannten die tieftraurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Cigarrenmacher **Adolf Köppen** nach kurzem aber schwerem Leiden am Sonntag, den 16. Mai, verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Gesehmans-Gemeinde in Nieder-Schönhaufen aus statt. 14590

Um stilles Beileid bittet **Auguste Köppen.**

**Deutscher Tabakarbeiter-Verband.** Verwaltungsbüro Berlin.

**Todes-Anzeige.**

Am 16. Mai verstarb nach kurzen, schweren Leiden unter langjähriges, treues Mitglied, d. Cigarrenarbeiter **Adolf Köppen** im 45. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, 20. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Friedhofs der Gesehmans-Gemeinde in Nieder-Schönhaufen aus statt.

Rege Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Allen Genossen und Kollegen zur Kenntnis, daß meine liebe Frau **Elisabeth Herzlieb** geb. Hüge nach langen schweren Leiden am 17. d. Mts., früh 2 1/2 Uhr, verstorben ist. 1438b

Dies zeigt tiefbetrubt an **Der trauernde Gatte G. Herzlieb.**

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 20. d. Mts., vorm. 1/12 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofs aus statt.

**Danksagung.**

Sage hiermit allen Freunden und Bekannten, sowie dem Verbands der Bau-, Erb- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands, Jährl. Mariendorfer und Umgebung, für die rege Beteiligung bei dem Begräbnis meines lieben Mannes **Wilhelm Röwer** meinen besten Dank. 1446b

Bitte **Anna Röwer** nebst Sohn.

**Danksagung.**

Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Köpffalters **Franz Marg.** sage ich allen, besonders meinen Kollegen von der Firma **Wiganow** und der freien Vereinigung meinen herzlichsten Dank. 1434b

Die tiefbetruhte Witwe **Frau Marg** nebst Kindern.

**Danksagung.**

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, meines guten Vaters und Schwiegeraters **Heinrich Giessel** sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, den Vereingenen des 554. Bezirks des letzten Berliner Reichstags-Wahlkreises und dem Gesangsverein **Nordwacht** unseren herzlichsten Dank. 1506L\*

Um Namen der Hinterbliebenen **Wwe. Louise Giessel.**

In den Cigarren-Spezialgeschäften erhältlich:

# ASSIM-CIGARETTEN

- 10 Stück 30 Pf. - mit wertvollen Coupons

Georg A. Jasmazi Akt.-Ges. • Grösste Deutsche Cigaretten-Fabrik.

**Versandhaus Germania, Berlin W., Unter den Linden 21, II fahrrstuhl**

## Bis Pfingsten täglicher Verkauf

unsrer hocheleganten vorjährigen fertigen Herrengarderoben.

**25 bis 40 Mark Herrenanzüge und Sommerpaletots. 9 bis 12 Mark Herrenbeinkleider.**

Feinste Stoffe. Vornehmster Sitz. 2116L\*

## II. Wahlkreis.

Mittwoch, den 20. Mai, abends 8 Uhr, im Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53:  
**Öffentliche Wählerversammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Redakteur Fritz Kunert: „Die Reichstagswahl und die arbeitenden Klassen“. 2. Freie Diskussion.  
Die Gegner werden durch Säulenanschlag eingeladen.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

## 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 19. Mai, abends 8 Uhr:  
**Öffentl. Wähler-Versammlung**

im Lokale Sanssouci, Kottbuser-Strasse 4a.  
Tages-Ordnung: 1. Wer erhält am 16. Juni unsere Stimme? Referent: Genosse Wilhelm Pfannkuch. 2. Diskussion.  
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht  
Das Wahlkomitee.

## V. Kreis!

Mittwoch, den 20. Mai, abends 8 1/2 Uhr:  
**2 grosse öffentl. Wähler-Versammlungen**

bei Seydewitz, Sophienstr. 34, und im Schützenhaus, Linienstr. 5.  
Tages-Ordnung:  
1. Der Aufmarsch der Parteien zur Reichstags-Wahl.  
Referenten:  
Reichstags-Abgeordneter **Wolfgang Heine**, Stadtverordneter **Dr. Friedeberg**.  
2. Diskussion. — Wähler aller Parteien sind eingeladen.  
Das ständige Wahlbureau des Kreises befindet sich Rosenthalerstrasse 57, zweiter Eingang Hermannstrasse 28. Jede Auskunft die Wahl betr. wird dort erteilt. Auch kann die Wählerliste eingesehen werden.

## VI. Wahlkreis.

Dienstag, den 19. Mai, abends 8 1/2 Uhr:  
**3 Volks-Versammlungen**

in folgenden Lokalen:  
1. In der „Kronen-Brauerei“, Alt-Moabit 47/49.  
Referent: Der Kandidat des Kreises Genosse G. Ledebour.  
2. Bei **Bernhard Raabe**, Colbergerstrasse 23.  
Referent: Rechtsanwalt Genosse **Victor Fränkl**.  
3. Im „Swinemünder Gesellschaftshaus“, Swinemünderstrasse 42.  
Referent: Genosse **Waldeck Manasse**.  
Tages-Ordnung in allen Versammlungen: 1. Die Reichstags-Wahlen. 2. Freie Diskussion.  
Alle Wähler sind hierzu freundlichst eingeladen. Zahlreiches Besuch der Genossen und Genossinnen erwarten  
Die Vertrauensleute.

## Achtung, Töpfer!

Dienstag, den 19. Mai, abds. 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal I):  
**Vertrauensmänner-Versammlung.**  
Jeder Bau muß vertreten sein!

## Grosse öffentliche Versammlung

aller zum Organisations-Gebiet gehörenden Kollegen.  
Tages-Ordnung: 1. Die Anschuldigungen des Innungs-Vorstandes gegen Mitglieder des Gesellen-Ausschusses. 2. Gewerkschaftliches.  
Sämtliche Arbeiter sind hiermit zu dieser Versammlung eingeladen. Der Innungs-Vorstand wird schriftlich aufgefordert zu erscheinen.  
Der Vorstand der Filiale Berlin.

Fordern Sie **Dänischen**  
**Anker-Kautabak**  
feinste Marke, 5 u. 10 Pf. Schleifen u. Rollen.  
Echt nur, wenn in jedem Stück d. Anker-Zettel liegt.  
Niederlage: **Carl Röcker**, Grüner Weg 8, Amt 7, 3861.  
Hauptniederlage: Nordhäuser Kautabake,  
Schnupftabake — Rauchtabake.

**Wilhelmsberg, Hohen-Schönhausen**  
und Umgegend.  
Mittwoch, den 20. Mai 1903, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Kuhle (Paradies-Garten), Berlinerstrasse 14:  
**Öffentliche Wähler-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen und unsere Gegner.  
Referent: Der Reichstags-Kandidat des Kreises **Arthur Städtgen**.  
2. Freie Aussprache.

Das beste Metall-Putzmittel  
ist und bleibt  
**Amor**  
Metall-Putz-Glanz  
Überall zu haben in  
Dosen a 10 Pf.  
Achtung auf Schutzmarke  
„Amor“ 992L\*

**Rixdorf!**  
**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Rixdorf.  
Mittwoch, den 20. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Thiel, Bergstrasse 151—152:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verchiedenes. Der Wichtigkeit wegen ist ein zahlreiches Erscheinen notwendig.  
Der Vorstand.

**Achtung! Rixdorf! Achtung!**  
Dienstag, den 19. Mai 1903, abends 8 Uhr:  
**Öffentliche Metallarbeiter-Versammlung**  
für Rixdorf  
im Lokale des Herrn Gröpler, Bergstrasse 147.  
Tages-Ordnung:  
1. Die Reichstagswahlen und die Metallarbeiter, die das Recht verschneiden. Referent: Genosse **Dr. Alberty**. 2. Diskussion.  
Kollegen Rixdorfs! Erscheint in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung vollständig in dieser Versammlung.  
Der Einberufer.

**Möbel-Fabrik** und Lager kompletter  
Wohnungs-Einrichtungen  
**Julius Apelt**, Skalitzerstr. 6.  
Verantwortlicher Redakteur: Carl Veid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts

## III. Wahlkreis.

Dienstag, den 19. Mai, abends 8 Uhr, im großen Saale der „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:

## Wähler-Versammlung

Tages-Ordnung:  
1. Die Wichtigkeit der bevorstehenden Reichstagswahl.  
Referent: Rechtsanwalt **Wolfgang Heine**,  
Kandidat für den dritten Wahlkreis.  
2. Diskussion.  
Rege Beteiligung von Wählern aller Parteien erwartet  
Das Wahlkomitee.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.  
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt VII, 853.

## Versammlung

der Gürtler, sowie aller in Gürtlereien beschäft. Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.  
Tages-Ordnung:  
1. Ist es möglich, in unserm Stande zum Herbst Forderungen zu stellen? Referent: Kollege **Cohen**. 2. Diskussion.

## Versammlung der chirurgischen Branche.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn **Dr. Wollheim** über: „Natur-Erkennnis und Weltanschauung“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

## Versammlung der Elektromonteur.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Ingenieurs **P. H. Grempe** über: „Die Technik im Verlehdienst“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

## Konferenz der Vertrauensleute des Südens.

Tages-Ordnung:  
1. Verwaltungsbereich. 2. Neuwahl des Bezirksleiters.  
Zahlreiches Besuch erwartet  
Die Ortsverwaltung.

## Verband der Portefeuller und Ledergalanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.  
Mittwoch, den 20. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei **Graumann**, Raunynstrasse 27:

## Außerordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Victor Fränkl**: „Aus der Geschichte des Feilitzismus“. 2. Diskussion. 3. Beratung über die in der letzten Generalversammlung verfassten Anträge zum Verbandstag. 4. Verbandsangelegenheiten und Diverses.  
Kollegen! Es liegt in Eurem Interesse, diese Versammlung recht zahlreich zu besuchen, denn es werden Fragen von höchster Wichtigkeit behandelt, darum benutzt Euer Recht, an dieser Beratung teilzunehmen.  
Die Ortsverwaltung.

## Central-Verband der Maurer Deutschlands

Sektion der Rabitzputzer.  
Mittwoch, den 20. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:  
**Mitglieder-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Die Aufgaben der Gewerkschaften zu den bevorstehenden Reichstagswahlen. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verchiedenes.  
Das pünktliche Erscheinen aller Kollegen erwartet  
Der Vorstand.

## Fachverein der Tischler Berlins u. Umgegend.

Dienstag, den 19. Mai 1903, abends 8 Uhr, bei **Zöls**, Köpckeinstr. 137:  
**Außerordentl. Mitglieder-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Vorsitzenden der Geschäfts-Kommission **Gen. Heinrichsen**.  
2. Erledigung verschiedener Anträge des Vorstandes. 3. Verchiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Der Vorstand.

## Central-Krankenkasse der Maurer (Grundstein zur Einigkeit), Zahlstelle Charlottenburg.

Donnerstag, den 21. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3:  
**Mitglieder-Versammlung mit Frauen.**

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. Referent **Dr. Alberty**. 2. Abrechnung vom 1. Quartal 1903. 3. Anwesenheitsliste.  
Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.  
Die Ortsverwaltung.

## Achtung! Fliesenleger.

Umständehalber kann die  
**öffentliche Versammlung der Fliesenleger Berlins**  
nicht am Mittwoch stattfinden, sondern am  
Freitag, den 22. Mai, bei **Ratt**, Dragonerstr. 15, abends 8 1/2 Uhr.  
Der Einberufer. **W. Schulz**, Fliesenleger.

## Wo machen wir unsern Ausflug hin?

**E. Dörings Restaurant,**  
**Joersfelde-Tegelort bei Tegel.**

Direkt an der Havel und am Walde.  
Circa 1000 Personen fassend. Den Berliner Parteigenossen und Ausflüglern bestens empfohlen.  
Vereinigen bei vorheriger Anmeldung Ermässigung der Preise.  
Telephonanschluß Amt Tegel Nr. 21.  
Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

## Vorwärts-Buchhandlung

SW., Lindenstrasse 69.  
Unentbehrlich für Ausflügler!

## Spezialarten

der näheren Umgebung Berlins.  
Bernau-Biesenthal, Lanke, Klepzig- und Wandlitz-See 1,00 M.  
Buckow am Schermügel-See (Märkische Schweiz) nebst Führer 0,75 M.  
Cöpenick-Friedrichshagen, Waltersdorf-Erster-Schmölling-Rögnitzmüsterhausen-Mittenwalde 0,75 M.  
Eberwalde, Freiwald-Deerberg 1,25 M.  
Eberwalde, Jagdschloß Subertus-Hof, Kloster Gortin 1,00 M.  
Freienwalde und nächste Umgebung nebst Führer 1,00 M.  
Freienwalde, Weitzen, Oberberg 1,00 M.  
Grünwald und westliche Vororte Berlins 1,00 M.  
Potsdam, Stadtplan mit nächster Umgebung nebst Tourenverzeichnis 0,75 M.  
Potsdam und Werder 1,00 M.  
Spreewald m. praktischem Tourenführer 0,75 M.  
Strausberg und der Rummelthal 1,00 M.  
Tegel-Heiligensee, Schulzendorf, Hermsdorf, Haselhorst und Hufensfelde 0,75 M.  
Ferner empfohlen als sehr praktisch:  
Taschenatlas von Berlin und Umgebung, enthaltend 21 Karten und Pläne mit Führer, leinwandbindes Formate 2,00 M.  
Wanderbuch für die Mark Brandenburg, 3 Bände, Zusammen 5,00 M.  
I. Teil: Nähere Umgebung Berlins, umgibt die Gegend von Potsdam, Spandau u. Dramenburg, Königs-Wusterhausen 1,50 M.  
II. Teil: Westliche Hälfte der Umgebung Berlins bis Brandenburg a. H., Stendal, Tangermünde, Neu-Magden, Neu-Strelitz 1,50 M.  
III. Teil: Ostliche Hälfte der Umgebung Berlins bis Eberwalde, Rantkau a. D., Schwedt, Rätzin, Rübden, Spreewald, Müllau 2,00 M.  
Diese Wanderbücher bieten prächtige Schilderungen der Mark, viele detaillierte Karten und Pläne und sind so dem Wanderer ein zuverlässiger Führer und Berater.

## Carl Schmidt,

Büsten-Fabrik,  
BERLIN W.,  
Taubenstr. 23,  
empfiehlt seine  
weltberühmten  
Stoffhüsten  
für jede Körperform.  
Figur wie nebensteh.  
von 7 Mk. bis 50 Mk.  
Unentbehrlich zur Anfertigung der Kostüme.  
Katalog V gratis und franco.  
Man hüte sich vor wertlosen Nachahmungen. 488L\*

## Fludern

frisch aus dem  
Rauß  
60 Stück franco incl. 3 Pf.  
Fischer-Exp. P. Napp,  
Swinemünde Nr. 102, 140L\*

## Honig!

Unverfälscht. Deutscher  
Bienenhonig, best. Qualität,  
versch. die 10 Pfundbottle zu 7,00 M., 5 Pf. 4,30 M. franco. Garant. Rücknahme.  
**E. Reil**, Bahnhof  
Auguststr. 1, Döberitz.



Vom dummen August.

Die Anzahl der konservativen Traktäten, die die königliche Hofbuchhandlung E. S. Mittler u. Sohn zur Belehrung der „einfachen Wähler aus dem Volke“ massenhaft in die deutschen Gauen hinaussendet, wächst mehr und mehr an. Qualitativ lassen diese Werke konservativer Geistesarbeit allerdings vieles zu wünschen übrig. Ihr anonymes Herausgeber betreibt sein Geschäft anscheinend nach dem industriellen Grundsatze, daß die Quantität die Qualität ersetzen muß. Weist es es nichts als ein leichter Abfüllt agrarischer Nationalökonomie, angepaßt dem Verständnis ländlich-konservativer Wähler, der darin feilgeboten wird; langweilige Wiederholungen der bekannten Ceteris-Paribus-„Weisheit“, daß der Zoll nicht die Preise steigert, daß, wenn der Bauer Geld hat, er mehr Industriewaren kaufen kann, also auch der Industrie-Arbeiter ein Interesse an hohen Getreidepreisen hat usw.

Nur vereinzelt findet sich unter den Schriften ein Geistesprodukt, das wegen seiner besonders original-blühenden Darstellung Anspruch auf einige Beachtung hat. Zu diesen gehört die Broschüre: „Warum muß auch der Industrie-Arbeiter für Agrarzölle stimmen? Gespräch zwischen dem Fabrikarbeiter August und dem Kleinbauernsohn Wilhelm.“

Fabrikarbeiter August verdient zwar einen Wochenlohn von 30 bis 40 M., hat aber über Lebenslohn von Verstand nicht zu klagen. Pfliffiger ist Wilhelm; er argumentiert, als wäre er Redakteur der „Deutschen Tageszeitung“, allerdings hat er diese tiefe Wissenschaft nicht aus sich selbst, sondern vom Sohn seines Nachbarn, einem Professor der Volkswirtschaft, anscheinend Adolf v. Wendt.

August ist für Industriezölle, aber nicht für Agrarzölle, selbst nicht mal für die „vernünftigen“ des neuen Zolltarifs. Wilhelm schiebt ihm den Star. Zunächst erzählt er dem August, daß früher in den siebziger Jahren, vor dem Zoll, der Roggen ja noch teurer gewesen sei wie jetzt; dann wäre der Zoll gekommen, zuerst 1, dann 3, dann 5, dann 3/4 M.; der Roggenpreis wäre aber nicht höher, sondern niedriger geworden, folglich trüge Rußland den ganzen Zoll.

August ist, wie gesagt, nicht allzureichlich mit Verstandeskräften gesegnet. Er würde sonst den Wilhelm darauf hingewiesen haben, daß, seitdem der Kreis der getreidebauenden Länder sich erweitert, der Anbau sich ausgedehnt hat, daß diese Länder geringere Produktionskosten haben und dadurch auf dem Weltmarkt der Preis fallen mußte. So geschieht aber ist August nicht, er giebt einfach die Möglichkeit der Wilhelmischen Folgerung zu und wagt nur schüchtern einzurufen, wenn der Zoll aufgehoben werde, dann würde doch auch in Deutschland durch die ausländische Konkurrenz der Preis herabgedrückt. Nein, erklärt Wilhelm, dann würden einfach die Russen mehr verdienen — und August glaubt's.

Indes manchmal findet auch ein blindes Huhn eine Erbse, und selbst August hat manchmal Augenblicke. Er fragt Wilhelm: „Wenn der Zoll nun aber gar keinen Einfluß auf die deutschen Preise hat, was nützt er dann den Landwirten?“

Eben erst hat Wilhelm aus dem Mähdang der Getreidepreise bewiesen, daß der Zoll niemals den Getreidepreis steigert. Was soll er jetzt antworten? Aber er steht auf der stolzen Höhe konservativer Agrartheorie. Er beweist also flugs, daß der Zoll doch den Getreidepreis steigert. Seine Beweisführung ist folgende:

„Es braucht ja nicht immer so zu kommen, daß der ganze Zoll den Russen usw. vom Preise abgezogen werden kann. Es kann auch ein Teil des Zolles vom Inlande getragen werden. In Jahren, wo kein großer Ueberschuß an Getreide ist, macht sich die Sache ungefähr so: der Ausländer läßt sich nicht den ganzen Zoll mit 3/4 M. vom Preise abziehen, sondern nur den kleineren Teil davon, sagen wir 1/4 M., d. h. er bekommt nicht 10, sondern 12 M. Die andern 2 M. muß der Inländer tragen, d. h. er muß 13/4 statt 13 M. zahlen.“

Wenn August nun nicht von Mittler u. Sohn in einer Idiotenanstalt erzogen worden wäre, so würde er Wilhelm antworten: „Das ist ja eine teuflische Einrichtung, dieser Zoll. Du sagst, in Jahren, wo kein großer Ueberschuß an Getreide ist, da verteuert er das inländische Getreide. Aber in solchen Jahren schlechter Ernte ist der Preis ohnehin hoch; der Zoll steigert also gerade den Preis in Jahren der Teuerung, während er in Zeiten niedriger Preise wirkungslos bleibt. Der Zoll hat nach Deiner Darstellung mithin gerade die umgekehrte Wirkung, wie er vernünftigerweise haben sollte: Er steigert den hohen Zoll und läßt die niedrigen Preise unberührt. Er wirkt auf eine Verschärfung der Not in jeder Hinsicht!“ Mittler's August aber spricht nicht so, sondern er ist sofort von Wilhelm Mal überzeugt; nur kann er noch nicht so recht fassen, warum die Arbeiter den Landwirt aus ihrer Tasche unterstützen und „einen Teil“ der Agrarzölle tragen sollen.

Auch dieses Bedenken weist jedoch Wilhelm zu zerstreuen. Er behauptet schlanke: Die Getreidepreis-Steigerung bedeutet noch keineswegs eine entsprechende Erhöhung des Vrotpreises; die Differenz würde unterwegs bei den Mältern und Bäckern hängen bleiben, und wenn wirklich beim Fortfall der Zölle August ein „paar Pfennige“ spare, so mache das bei einem Wochenlohn von 30 bis 40 M. doch nur recht wenig aus. Schließen aber die Landwirte die Zölle nicht, dann könnten sie auch keine Industriewaren kaufen. Außerdem aber würden sicherlich ein paar Millionen Bauern in die Städte ziehen, dort sich nach Arbeit umsehen und auf die Löhne drücken. August würde also künftig keine 30 bis 40 M. mehr pro Woche verdienen.

Das leuchtet dem August ein. Er ist befehrt. Er wird künftig keinen Votgegner mehr wählen, sondern nur noch einen Agrarhühner aus den Reihen der Limburg-Strom, der Ranige oder Henschke.

Die Belehrung geht also recht flott von statten, wenigstens in der Broschüre. Im wirklichen Leben dürfte sie etwas schwerer vor sich gehen — schon aus dem einfachen Grunde, weil nur recht wenige sozialdemokratische Industrie-Arbeiter mit jener überreichen Dosis Einfaltigkeit und Leichtgläubigkeit ausgestattet sind, wie der Phantasia-August.

Vielleicht würde ein oder der andre dieser Arbeiter sogar auf den Einfall kommen, sich noch einige der andern bei Mittler u. Sohn erschienenen Zolltraktäten anzusehen, und dann würde die Sache heller; denn diese erbaulichen Schriften sind derart „festlich gearbeitet“, daß sie einander selbst widerlegen. Wenn z. B. in der obigen Broschüre, Seite 5, behauptet wird, daß die Aufhebung der Zölle keinen Preisfall des Getreides zur Folge haben würde, daß vielmehr dann die Russen und Amerikaner nur den Zoll, den sie heute angeblich bezahlen müssen, sparen würden, so heißt es in einer andern Broschüre („Die Wahlparole: Schutz der deutschen Arbeit in Stadt und Land“), Seite 10: „Die Getreidezölle bedeuten also gegen frühere Zeiten keine Belastung der Käufer. Die Bevölkerung würde nur ohne die Zölle infolge noch stärkeren Preisfalles vielleicht etwas billigeres Brot haben.“

Hier wird also direkt zugegeben, daß ohne den Zoll der Getreidepreis ein niedrigerer wäre. Und noch deutlicher heißt es Seite 11:

„Wenn die Getreidezölle bisher nicht im Stande gewesen sind, die frühere Höhe der Getreidepreise wiederherzustellen, so haben sie doch vermocht, einen noch weiteren Preisfall zu verhindern, wie er in den zollfreien Ländern, z. B. in England, eingetreten ist.“

Auf derartige Widersprüche läßt man bald hier, bald dort beim Lesen der Schriften. Fast scheint es, als ständen die Verfasser jener Traktäten selbst nur bedenklich wenig über dem „festigen Niveau“ ihres einfältigen Augusts. —

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Heute Dienstag, den 19. Mai, abends 8 Uhr spricht Genosse Kronz in einer Wählerversammlung des ersten Kreises bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75.

Zweiter Wahlkreis. Heute Dienstag, finden zwei Wähler-Versammlungen statt: eine bei Gräber, Schwerinstr. 13, in welcher Genosse Bernhard, und die andre bei Habel, Bergmannstr. 10, in der Genosse Dr. Bernstein über: „Der Wahlkampf und die Parteien“ referieren werden. Ferner spricht Reichstags-Abgeordneter Kunert am Mittwoch im „Hofjäger-Palast“, Hasenheide 52/53. Selbstverständlich findet in allen Versammlungen freie Diskussion statt. Die Parteigenossen werden zu zahlreichem Besuch eingeladen.

Dritter Wahlkreis. Achtung, Parteigenossen! Heute Dienstag, den 19. Mai, abends 8 Uhr, spricht unser Kandidat Wolfgang Heine im großen Saale der Arminkalle über: „Die Wichtigkeit der bevorstehenden Reichstagswahl“. Außerdem Diskussion. Für regen Besuch der Versammlung zu agitieren, ist Pflicht jedes Parteigenossen. Das Wahlkomitee.

Achtung! Dritter Berliner Reichstags-Wahlkreis! Donnerstag, 21. Mai (Himmelfahrtstag): Familien-Ausflug nach dem Restaurant „Pferdebucht“ bei Köpenick.

Schöneberg. Heute, Dienstagabend, findet bei Obst eine Wählerversammlung statt. Eduard Bernstein spricht über: „Die Sozialdemokratie und die Reichstagswahlen.“ Die nächste Wahlvereinsversammlung findet daher am Dienstag, den 20. Mai statt. Der Vorstand.

Schmargendorf. Am Mittwochabend 8 Uhr referiert Genosse G. Ledebour im „Wirtshaus Schmargendorf“, Warnemünderstr. 6, in öffentlicher Wähler-Versammlung zu Schmargendorf, Grunewald und Dahlem über das Thema: „Auf zur Reichstagswahl“. Zahlreicher Besuch wird erwartet. — Die Wählerlisten für Schmargendorf liegen wochentäglich im Rathause, Zimmer 3, von 8 1/2—3 Uhr und am Himmelfahrtstag und Sonntag von 10—12 Uhr aus. Abdrücken der Wählerlisten sind zu jeder Tageszeit im „Wirtshaus Schmargendorf“ und im Restaurant „Café Jockey“ einzusehen.

Grunewald. Die Wählerlisten können wochentäglich von 8 bis 3 Uhr sowie am Himmelfahrtstag von 8—9 und von 11—1 Uhr im Antehaus, Bernerstr. 8, eingesehen werden. Wer die Liste nicht selber einsehen kann, gebe seine Adresse bei Herrn Gastwirt Hilper in Galensee, Kurfürstendamm 128, ab.

Romared-Neuendorf. Mittwoch, 20. Mai, abends 1/2 9 Uhr, im Bernhardschen Lokal, Priesterstraße: Öffentliche Volksversammlung. Referent: Stadtdr. Silberstein-Rigdorf über: „Von senden wir als Vertreter unsres Kreises in den Reichstag?“ Die Genossen werden ersucht, für den Besuch dieser Versammlung kräftig zu agitieren.

Rigdorf. Heute Dienstag, den 19. Mai, finden zwei Wählerversammlungen statt: bei Bauer, Hermannstr. 20, Referent Dr. Silberstein, und bei Ziel, Bergstr. 151/152, Referent Gen. Böcke. Tagesordnung in beiden Versammlungen: Die bevorstehende Reichstagswahl.

Treptow-Baumhauenseweg. Morgen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Ackermanns Restaurant regelmäßige Wählervereins-Versammlung. Tagesordnung: 1. Die Pflichten der Parteigenossen während der Wahlbewegung. 2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Lichtenberg. Heute, Dienstagabend, findet in dem Lokale von Gürsch, Kronprinzen-Garten, Frankfurter Chaussee 80, eine öffentliche Frauenversammlung statt, in der Genossin Fiebig über das Thema: „Das Frauenstimmrecht und die Reichstagswahl“ sprechen wird. Genossen und Genossinnen, sorgt für zahlreichen Besuch!

Hohen-Schönhausen. Am Mittwoch, den 20. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet eine Wählerversammlung im Paradiesgarten (Kuhle) in Hohen-Schönhausen, Berlinerstraße, dicht an Wilhelmshagen, statt. Reichstags-Kandidat Stadthagen wird einen Vortrag halten über: „Hat der Großgrundbesitz Vorteil von der Zollherabsetzung?“ Der Kandidat der „Nationalen“, Herr Ringel, und der Landrat v. Tredow sind eingeladen.

Rummelsburg. Heute Dienstag, den 19. Mai, abends 8 1/2 Uhr, öffentliche Wählerversammlung im Café Bellevue. Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin Frau Jhrer: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen.“ 2. Diskussion. Pflicht eines jeden Einwohners ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Besonders die Frauen sollten es sich nicht nehmen lassen, an dieser Versammlung teilzunehmen. Gegner sind hierdurch besonders eingeladen. Freie Aussprache und freie Diskussion wird jedermann zugesichert.

Wahlverein Tegel. Am Mittwoch, den 20. Mai, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Julius Klippenstein (Seeschlöcher): Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Schulz über die Entwicklung des Sozialismus bis Lassalle. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheit und Verschiedenes. Unter andern Verlegung des Diskutierabends auf den Dienstag; Abrechnung der Willets vom Stiftungsfest; Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste, Männer wie Frauen, haben Zutritt. Am zahlreiches Erscheinen erucht Der Vorstand.

Köpenick. Heute, Dienstagabend 8 Uhr, hält der Sozialdemokratische Wahlverein im Lokale des Herrn Seidel, Grünauerstraße, keine Vereinsversammlung ab, in welcher Genosse Ströbel-Verlin über „Wegenerische Wählagen“ referieren wird. Die Parteigenossen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen; auch haben Frauen als Gäste Zutritt.

Prozeß gegen die Pommerbank.

Zwölfter Tag.

Zu der heutigen Sitzung war als Bankfachverständiger Bankdirektor Geheimerat Hecht erschienen. In der Beweisführung wird noch einmal auf die Panower Terrainverhältnisse zurückgegriffen. Wie in der vorigen Sitzung Oberbürgermeister Bobbin über die Rixdorfer Verhältnisse Auskunft geben mußte, so wird heute der Ortsvorsteher von Panow, Gottschalk, über die bauliche Entwicklung seiner Gemeinde vernommen. Der Bau eines neuen Amtsgerichts in Panow habe, so behauptet der Zeuge, in der dortigen Gegend die hochgepannten Erwartungen erweckt. Es habe ein förmliches Rennen nach Bauplänen stattgefunden, und dementsprechend sei auch eine Preissteigerung eingetreten. Die Entwicklung Panows sei eine dauernd günstige, die Einwohnerzahl betrage bei einer jährlichen Vermehrung von 1600—2000 Köpfen gegenwärtig etwa 24000. Panow werde als Wohnort stark von Professoren, Großkauleuten, Fabrikanten bevorzugt, und es herrsche erhebliche Nachfrage nach größeren Wohnungen von 4—6 Zimmern. In den günstiger gelegenen Gegenden zahle man für derartige Wohnungen 1000—2000 Mark, im Durchschnitt rechnet man in Panow für ein Zimmer auf 200 Mark Mietbetrag.

Staatsanwalt Veed meint, daß die Bauverhältnisse für das hier in Frage stehende Terrain auf dem früheren Wollankischen Gut doch wohl nicht so besonders günstig zu liegen scheinen. — Nach der Ansicht des jetzigen Direktors der Immobilien-Verkehrsbank dürfte

man auf eine Bauperiode von mindestens 20 Jahren zu rechnen haben, bis die sämtlichen projektierten 500 Häuser auf diesem Wollankischen Terrain gebaut sein werden.

Der Zeuge glaubt, daß die Bau-Entwicklung doch wohl etwas schneller vor sich gehen dürfte, wenn man die bisherige Entwicklung Panows berücksichtigt.

Der Angeklagte Hanel bemerkt, daß ihn die Errichtung des Güterbahnhofs, der Bau des dritten und vierten Vorortgleises, der Bau des Amtsgerichts und viele andre Umstände zu einer höheren Bewertung des Terrains um 14 Millionen Mark in seiner zweiten Tage gegenüber der früheren Abschätzung bezogen hätten.

Staatsanwalt Veed: Das scheint mir denn doch Zukunfts-mußt zu sein. Die Gemeinde Panow hat das gesamte Terrain mit 10 Millionen Mark eingeschätzt, so daß die von Herrn Hanel vorgenommene Bewertung von 21 Millionen Mark doch nichts weiter als einen Zukunftsverlust bedeuten dürfte.

In längeren Darlegungen sucht der Angeklagte Hanel seine Tagen für die Einzelgrundstücke zu rechtfertigen.

Am Nachmittag wird die Erörterung der Rixdorfer Terrain-spezulationen fortgesetzt. Es dreht sich hierbei immer wieder um dieselben Verhältnisse. Da diese Dinge noch erhebliche Zeit die Verhandlungen ausfüllen werden, ohne daß irgend welche neue Gesichtspunkte über die bereits seit 14 Tagen nach allen Richtungen hin beleuchtete Lagemethode der Angeklagten Wohl und Hanel zu erwarten sind — so werden wir erst wieder mit der Berichterstattung fortfahren, wenn die Beweisaufnahme in ein neues Stadium von allgemeinem Interesse eingetreten sein wird.

Lokales.

Eine Flugblattverbreitung

hat am Sonntag in Berlin und den beiden angrenzenden Landkreisen Nieder-Barnim und Teltow-Beeslow stattgefunden. In einer Auflage von 900 000 trugen unsere Genossen die Blätter von Wohnung zu Wohnung, von Haus zu Haus. In Berlin hatten die stärkeren Kreise den schwächeren eine Anzahl Kräfte zur Bewältigung dieser Riesenarbeit zur Verfügung gestellt, so daß Berlin in kurzer Zeit mit Agitationsmaterial besetzt war. Außerdem waren noch eine Anzahl Berliner Genossen in einigen Landkreisen, die die Agitation nicht selbst besorgen können, tätig.

Dieser Genossen, denen auf dem Lande entfernt gelegene Orte zur Agitation zugewiesen waren, konnte man in den ersten Morgenstunden per Bahn oder zu Fuß ihrem Wirkungskreis zu eilen sehen; andre wieder waren, um ja rechtzeitig zur Stelle zu sein, bereits am Sonnabendabend, ihre Nachtruhe zum Teil opfernd, nach ihrem Verbreitungsbezirk abgedampft. Von einzelnen Fällen abgesehen, fanden unsere Genossen überall gute Aufnahme. Es „knappte“ mit einem Wort wieder einmal vortrefflich. Die wochen- und jahrelange Organisationsfähigkeit hatte vermocht, daß am Sonntag in Berlin und Umgegend gering gerechnet mindestens 10 000 Genossen auf den Beinen waren. Ungenannt und ungelammt, nicht Wind und Wetter scheuend, übten sie ihre Ehrenpflicht im Dienste der Partei aus. Schon längst hat dieser Opfermut unsrer Genossen den Reiz des Bürgertums erregt. Der Bourgeois muß sich die Leute kaufen, er öffnet höchstens denbeutel, um einen Betrag zum Wahlfonds zu zeichnen, der häufig noch recht gering ausfällt, wie die Vettelzirkulare der bürgerlichen Parteien zur Genüge beweisen. Er giebt das Geld zur Förderung des nackten Klasseninteresses und möchte am liebsten auch gleich klingende Erfolge sehen. Anders der Arbeiter. Lediglich aus Idealismus vollbringt er Mienenleistungen im Dienste seiner Sache. Das hat der Sonntag wieder bewiesen. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß dieselben Genossen, die am Sonntag so pflichtgemäß zur Stelle waren, auch in den nächsten Wochen, wenn die Partei ruft, wieder in Reih und Glied treten, und daß auch diejenigen, die bisher noch fehlten, die Reihen füllen und somit diese agitatorische Tätigkeit erleichtern helfen. Je mehr Kräfte sich in den Dienst unsrer großen Sache stellen, desto intensiver, desto schneller kann die Arbeit erledigt werden, desto sicherer ist aber auch der Sieg!

Freistellen in den städtischen Heimstätten für Gesehnde. Der Stadtgemeinde Berlin ist im Jahre 1892 von Herrn Dr. jur. Schlösser ein Betrag von 100 000 M. zur Begründung einer Stiftung unter dem Namen: „August Emilie Schlösser-Stiftung“ überwiesen worden. Zweck dieser Stiftung ist, aus den Zinsrücklagen des Kapitals bedürftigen Personen beiderlei Geschlechts ohne Ansehung der Religion Freistellen in den städtischen Heimstätten für Gesehnde zu beschaffen. Personen, die auf diese Stiftung reflektieren, haben ihr Gesuch an das Bureau der städtischen Heimstätten für Gesehnde, hier, Neue Friedrichstr. 9—10, 2 Treppen, anzubringen. Den Gesuchen ist ein ärztliches Urteil über den Gesundheitszustand des Bewerbers beizubringen. Formulare hierzu werden von dem Bureau kostenfrei verabfolgt.

Die Heimstätten haben den Zweck, Personen, die eine Krankheit überstanden haben, auf einige Wochen zur Pflege und Wiederherstellung ihrer Erwerbsfähigkeit aufzunehmen. Der Aufenthalt daselbst ist also nur vorübergehend. Dagegen Geldunterstützungen werden aus der Stiftung nicht gewährt.

Die städtischen Frau-, Bade- und Schwimmanstalten sind wieder eröffnet worden und zwar: a) für männliche Personen die acht Anstalten: an der Cuvrystraße; hinter dem Hause Wühlensstr. 50; an der Schillingstraße; an der Waisenstraße; im Berderschen Wühlengraben an der Jungfernbrücke; an der Oberlöbstraße; an der Moabiterrstraße und im Nordhafen. b) für weibliche Personen die sieben Anstalten: an der Cuvrystraße; hinter dem Grundstück Wühlensstr. 50; an der Schillingstraße; an der Waisenstraße; an der Oberlöbstraße; im Nordhafen und an der Lessingstraße. Die Schwimm-Anstalt an der Schillingstraße, welche früher von beiden Geschlechtern abwechselnd benutzt wurde, ist von jetzt ab nur noch für männliche Personen bestimmt. Kinder unter zehn Jahren werden in allen Anstalten nur in Begleitung Erwachsener zugelassen.

Ein Einbruch in einer Uhren- und Goldwarenhandlung hat schon wieder den Spitzbuben eine ansehnliche Beute gebracht. In dem Hause Charlottenstr. 83, an der Ecke der Kronenstr. befindet sich seit vielen Jahren das Geschäft von A. Voelde, das seinen Eingang für die Kundenschaft von der Charlottenstraße hat und einen zweiten für das Geschäftspersonal vom Hausfur. Diese Thürhür stand gestern, Sonntagmorgen, auf und vor ihr lag ein Handtuch, das dem Geschäftsinhaber gehört. Ein Friseur im Hause, dem das auffiel, klopfte an, erhielt aber keine Antwort. Er benachrichtigte mit den Verkäufer und dieser sah bald, daß der Laden erbrochen und ausgeplündert war. Die Diebe hatten von der Thürhür, die mit einem starken Eisenblech und guten Schlössern versehen war, diese mit einem Stemmeisen abgebrochen und sie unter die Treppe gelegt. Da die Thür innen keine Rinne hat, so legten sie das Handtuch auf die Schwelle und klemmten sie so fest, daß kein Lichtstrahl mehr durch den Spalt dringen konnte. Da an der Straße die Jalousien auch fest geschlossen waren, so konnten sie nun ohne Gefahr die Gasse anzuhen und bei Licht alles, was sie Mitnahmenswertes im Schaufenster und auf den Ausstellbrettern fanden, als gute Beute einpacken. Für 9000 M. Uhren und Schmuckwaren fielen ihnen in die Hände. Als sie den Laden und das Haus wieder verlassen, drehten sie nicht einmal das Gaslicht ab und das Handtuch liegen sie liegen. Eine Spur der Thäter ist noch nicht gefunden. Daß sie zu der Bande, die durch die Dedden eingedrungen pflegt,

gehören, ist nicht wahrscheinlich, denn im Gegensatz zu dieser, die stets eine sorgfältige Auswahl trifft, nahmen sie auch unechte Sachen mit.

#### Vier Personen auf dem Müggelsee ertrunken.

Gestern Sonntagmittag kenterte auf dem Müggelsee die braune Segelyacht Wandt II des Fabrikanten C. Hipp aus Zeuthen. H. hatte Sonntag früh in seinem Segelboot von Zeuthen in Begleitung seiner achtzehn Jahre alten Schwefter und zweier Freunde eine Segelpartie nach Rahndorf unternommen. Als sich das Boot zwischen den Berliner Wasserwerken und der königlichen Försterei etwa dreihundert Meter vom Ufer auf dem See befand, überraschte es mittags gegen 1 Uhr ein Gewittersturm, welcher das Boot umwarf und sämtliche Insassen ins Wasser stürzte. Hilferufe wurden nicht vernommen, trotzdem es auf dem See, auf welchem gerade die Frühjahrsregatta stattfand, von Dampfern und Booten aller Art wimmelte. Von der Rettungsstation am Rahndorfer Müggelgumme und von den am Ufer stehenden Personen wurde das Kentern des Bootes gesehen und sogleich Alarm geschlagen, worauf der Touren-Dampfer der Sternengesellschaft an die Unfallstelle eilte, wo außer einigen schwimmenden Kleidungsstücken der Ertrunkenen nichts mehr zu sehen war. Rettungsversuche waren ohne Erfolg. Da sich in der Nähe die Berliner Wasserwerke befinden, ist von diesen dort der Grund der Müggel tief ausgebagert. Das auf dem Wasser treibende Boot wurde von dem Dampfer ins Schleppboot genommen und nach der Bootswerft des Herrn Hermann Schulze in Friedrichshagen gebracht. Die Ertrunkenen müssen durch drei Meter hohen Wellenschlag sogleich von ihrem Boot fortgetrieben sein, da sie sich sonst an demselben hätten festhalten können, bis ihnen Hilfe gebracht wurde. Die Leichen konnten noch nicht geborgen werden.

**Eine Ehetragödie.** Aus Liebe zu ihrem Manne hat sich die 65 Jahre alte Schlosserfrau Auguste Hay, geb. Friedrich, aus der Herderstraße 15 zu Charlottenburg das Leben genommen. Frau Hay heiratete vor 15 Jahren ihren 20 Jahre jüngeren Mann und lebte mit ihm in kinderloser glücklicher Ehe. Nach und nach aber bildete sie sich ein, daß sie für ihn zu alt sei und daß sie ihm zur Last falle. Um ihm die Möglichkeit zu verschaffen, eine jüngere Frau zu nehmen, machte sie schon seit einer Reihe von Jahren wiederholte Versuche, sich aus der Welt zu schaffen. Einmal wollte sie sich mit Kohlendunst, ein andres Mal mit Leuchtgas vergiften. Dann versuchte sie, sich in der Badewanne zu ertränken, einmal auch sich zu erhängen. Jedesmal wurde sie von ihrem Manne bei dem Versuch überrascht und gerettet. Vorgestern, Sonnabendmittag kam sie zu einer Nachbarin, um sich mit ihr etwas zu erzählen und ließ dann ihren Korridor Schlüssel bei ihr „für den Fall, daß sie den andren einmal vergähe“. Abends kam ein junger Mann, um ein möbliertes Zimmer zu mieten, fand aber keinen Einlass. Als nun die Nachbarin mit dem zurückgelassenen Schlüssel öffnete, fand man Frau Hay als Leiche an der Küchentür hängen. In einem hinterlassenen Briefe schrieb sie ihrem Manne, daß sie sterben müsse, weil sie ihm nicht länger zur Last fallen wolle und machte ihm eine Frau namhaft, an die er sich wenden möge, um sich bald wieder zu verheiraten. Auch Nummer und Aufbewahrungsort eines Sparkastenbuches, das sie heimlich besaß, teilte sie ihm mit und bot ihm, der Aufbewahrerin für ihre Mühe zehn Mark zu geben. Als Hay um 3 Uhr nachts heimkehrte, fand er seine Wohnung verschlossen und verriegelt. Die Polizei hatte die Leiche seiner Frau bereits nach dem Schauhause abgeholt.

**Ein unheilbares Leiden** hat den 28 Jahre alten Kaufmann Breslauer aus Warschau, der in einem Pensionat in der Kleiststraße wohnte, in den Tod getrieben. Breslauer war der Sohn sehr vermöglicher Eltern. Er hielt sich schon längere Zeit hier auf und nahm die Hilfe verschiedener Nervenärzte u. a. auch den Professor Mendel in Anspruch. Am Sonnabendmittag war er ungewöhnlich aufgeregter und heiter, bis er plötzlich wieder sehr heftige Kopfschmerzen bekam und auf sein Zimmer ging. Hier fand man ihn nach einigen Stunden erhängt auf. Ein Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

**Gelände Hilferufe** verursachten Sonntag früh, kurz vor 1 Uhr, am Charlottenburger Bahnhof eine große Aufregung. Als Beamte und Privatleute, die über den Stuttgarter Wag kamen, ihnen nachgingen, fanden sie am westlichen Ausgang des Bahnhofes zwischen den Schienen der Stadtbahn den 24 Jahre alten Kohlenarbeiter Karl Schwarz aus der Knobelsdorffstr. W schwer verletzt daliegen. Beide Unterarmen waren ihm vollständig abgefahren, auch am Gesicht war der Verwundete schwer verletzt. Schwarz sollte nach dem Bahnhof in dem Kohlenkäppchen, der in der Nähe des Liegensees liegt, zur Auslieferung arbeiten. Er benutzte dabei den westlichen Ausgang, um von dort mit einem Werkzeug nach dem Schuppen zu fahren. Wie er unter die Räder gekommen ist, weiß man nicht, da der Verunglückte selbst noch nicht vernunftfähig ist. Die Beine mußten ihm gestern unter dem Arme abgenommen werden. Der Unglückliche dachte in seinem Jammergeschrei nur an seine junge Frau, die er erst vor kurzem geheiratet. Er liegt im Krankenhaus zu Charlottenburg sehr schwer darnieder.

**Einen plötzlichen Tod** fand am Sonnabend der erste Pfarrer der St. Johannes-Gemeinde Superintendent a. D. Gieseler. Der einundsechzigjährige Herr befand sich am Sonnabendabend in seiner Wohnung Alt-Moabit 25 im Kreise seiner Familie und plauderte lebhaft. Plötzlich sprang er auf und brach im nächsten Augenblick leblos zusammen. Ein sofort hinzugerufener Arzt vermochte nur den infolge Gehirnschlag eingetretenen Tod festzustellen. Herr Superintendent Gieseler, welcher in seiner Gemeinde außerordentlich beliebt war, bekehrte die Pfarre bereits seit 16 Jahren. Er hinterläßt außer seiner Frau zwölf zum Teil noch unerwachsene Kinder.

**In einem Anfall von Verfolgungswahn** nahm sich heute, Montagmorgen, der 46 Jahre alte Tischler Emil Ruffin aus der Landbergerstraße 123 das Leben. Der Mann war schon länger leidend, bekam heute morgen wieder einen heftigen Anfall und stürzte sich aus dem Küchenfenster auf den Hof hinab, wo er mit schweren inneren und äußeren Verletzungen tot liegen blieb. Die Leiche wurde von der Revierpolizei beschlagnahmt.

**Aufheinen Selbstmord** verübt hat das aus Herzberg (Mark) stammende sechszehnjährige Dienstmädchen Emma Richter, die bei einem Kaufmann in der Brunnenstraße Nr. 100 in Stellung war. Die A. entfernte sich in der Nacht vom Montag, den 11., zum Dienstag, den 12. Mai, heimlich unter Mitnahme ihrer Driestücken und eines Ansichtskarten-Albums, während die übrigen Sachen zurückließ. Die polizeilichen Nachforschungen nach dem Verbleib des Mädchens waren bisher vergeblich, und es wird angenommen, daß die A. verumtlich aus Liebesgram sich das Leben genommen hat.

**Das goldene Rad von Friedenau.** Wenngleich es gestern in den ersten Nachmittagsstunden dem Himmel geh und wohl so mancher von den unzähligen Tausenden, die nach Friedenau pilgerten, um dem großen sportlichen Ereignis beizuwohnen, besorgte zum Himmel blickten, an dem sich immer wieder schwarze Wollen zusammenballten, so hatte doch Jupiter Pluvius ein Einsehen. Gegen 4 Uhr lüftete sich der Himmel auf, die Sonne brach durch die Wollen und das schönste Wetter hielt während des ganzen Rennens vor. Es wurden in ganzen nur drei Rennen gefahren: Niedererad-Hauptfahren für Herrenfahrer, das keine goldene Rad von Friedenau und das große goldene Rad von Friedenau. Im Niedererad-Hauptfahren für Herrenfahrer, 4 Vorläufe über 2000 Meter je, kamen im ersten Vorlauf Willy Lodevald-Berlin als erster in 3 Minuten 54 Sekunden, Karl Barta-Berlin als zweiter, Fritz Richter-Berlin als dritter durchs Ziel. Im 2. Vorlauf erster Max Göge-Berlin in 3 Min. 4 Sek., zweiter R. P. Carlsen-Densee, dritter Otto Kupperling-Berlin. Im 3. Vorlauf erster And. Hansen-Berlin in 3 Min. 26 Sek., zweiter J. Andemars-Benf, dritter Max Radogies-Berlin. Im 4. Vorlauf erster Walter Engelmann-Leipzig in 3 Min. 35 Sek., zweiter Arthur Ziegler-Berlin, dritter Bruno Schreiber-Berlin.

Im Endlauf dieses Rennens, 5000 Meter, siegte Walter Engelmann aus Leipzig in 7 Min. 33 Sek. und erhielt den Ehrenpreis im Werte von 80 M. Im „kleinen goldenen Rad von Friedenau“, Dauer-Rennen über eine Stunde mit Motor-Schrittmachern, errang den ersten Preis, bestehend aus einer goldenen Medaille und 500 M. bar, Henry Cornet aus Paris, der 66 Kilometer 310 Meter zurücklegte; den zweiten Preis, 300 M., erhielt Bruno Dente-Berlin, der ebenfalls ganz vorzüglich fuhr; den dritten Preis, 200 M., Bruno Salzman-Heidelberg; und den vierten Preis, 100 M., Karl Käfer-Basel. Nun begann der Clou des Tages, das mit großer Spannung erwartete Rennen um das „Große goldene Rad von Friedenau“. Klassisches Rennen über 100 Kilometer mit Motor-Schrittmachern. Hier übernahm Thaddäus Nohl aus München, der Sieger des goldenen Rades 1902, gleich die Führung, und kam auch, wie es vorauszu sehen war, als erster durchs Ziel. Er fuhr wirklich großartig, mit ungemeiner Eleganz und Sicherheit wechselte er seine Schrittmacher. Endloser Jubel begleitete ihn auch während des Rennens und als er nachher mit einem Lorbeerkranz geschmückt nochmals die Bahn umfuhr. Auch Alfred Görnemann aus Berlin, der zweiter wurde, bot eine ausgezeichnete Leistung. Das Resultat war folgendes: erster: Thaddäus Nohl-München in 1 St. 27 M. 48<sup>10</sup> S. erhielt das goldene Rad (eine goldene Medaille im Werte von 500 Mark und 2000 Mark in bar); zweiter: Alfred Görnemann-Berlin minus 2630 Meter in 1 St. 30 M. 0,43 S., erhielt 1200 M. in bar, dritter Jimmy Michael Aberaman, minus 3350 Meter in 1 St. 30 M. 52<sup>10</sup> S., erhielt 800 M. in bar; vierter Emil Bonhours-Paris, der öfter auch mit seinen Schrittmachern hatte, sonst aber auch ausgezeichnet fuhr, minus 8120 Meter in 1 St. 35 Min. 023 S.; und fünfter schließlich Fritz Nyfer-Bern mit 8700 Meter. Die Tribünen waren überfüllt, Kopf an Kopf gedrängt stand die Menge und überhäufte ihre Lieblinge mit Beifall. Auch auf den Dächern der umliegenden Häuser standen große Mengen von Menschen, welche das Schauspiel gratis genossen.

**Ermäßigte Eintrittskarten zur Ausstellung der Seceffion** können durch die Vorstände der Organisationen im Bureau des Gewerkschaftshauses in Empfang genommen werden. Der Preis beträgt 25 Pf. statt 1 M. Diese Eintrittskarten sind sowohl Sonntags als auch wochentags gültig.

**Ein angeblicher Mordversuch** beschäftigt seit einigen Tagen die Kriminalpolizei. In einer Bijouteriewarenfabrik in der Oranienstraße sind außer zwei Männern vier Mädchen beschäftigt, unter diesen eine 19 Jahre alte Arbeiterin L., die bei ihrer Mutter im Südosten der Stadt wohnt. Frühe in L. schmiedete am Dienstag nachmittag die Milch, die sie in der Fabrik zum Verkauf gebracht, auffallend bitter. Nach dem Gemüß stellte sich auch ein Unwohlsein ein, das aber nicht gefährlich war und auch weiter keine nachteiligen Folgen hatte. Diese Erscheinung wiederholte sich im Lauf der Woche noch zweimal; das eine Mal hatte wieder die Milch, das andre Mal der Kalas diesen eignen Geschmack. Auf eine Anzeige, die das Mädchen nun erstattete, wurde der Rest des Getränkes chemisch untersucht. Dabei ergab sich, daß er Chankali enthielt, aber nur in einer Menge, von der ein Mensch nicht sterben kann, aber es gelang noch nicht, festzustellen, wie und durch wen das Gift in die Getränke gekommen ist. Die Ermittlungen werden noch fortgesetzt. Das Mädchen befindet sich wohl und arbeitet weiter.

**Feuerbericht.** Sonntagnachmittag wurde ein großes Löschungsgebot nach dem Kottbuser Ufer 44a gerufen, weil hier beim Kochen von Chemikalien eine Explosion erfolgt war. Glücklicherweise konnte jedoch die Gefahr bald beseitigt werden, so daß größerer Schaden nicht entstanden ist. Zur selben Zeit gingen in der Dorosteenstr. 91 Kleidungsstücke und Möbel in einer Wohnung in Flammen auf, während in der Dreiecksstraße Dedden und Wäschestücke durch Feuer beschädigt wurden. Nach der Brunnenstraße 154 wurde die Wehr gerufen, weil hier ein Wasserrohr geplatzt war und dadurch der Keller förmlich unter Wasser gesetzt war. Die Gefahr konnte bald beseitigt werden. In der Eisenbahnstraße 4 waren in einem Keller Rifen, allerlei altes Gerümpel und Verpackungsmaterial in Brand geraten, dessen Ablösung längere Zeit in Anspruch nahm. Gärten und Kleidungsstücke brannten kurz darauf in der Reindendorferstraße in einer Wohnung. Außerdem hatte die Wehr in der Zwischenzeit noch von der Mollenstraße 2, Flemingstraße 14, von dem Kottbuser Ufer 61 und noch von einigen andren Stellen Alarmierungen zu verzeichnen. In allen diesen Fällen handelte es sich aber um ganz unbedeutende Anlässe.

### Aus den Nachbarorten.

**Treptow-Baumshulenweg.** Endlich ist auch für unseren Ort bekannt gemacht, daß die Reichstags-Wählerlisten acht Tage lang, und zwar vom 18. Mai bis 25. Mai d. J. an den Wochentagen von vormittags 9 bis nachmittags 3 Uhr und am Samstagvormittag und Sonntag von 12 bis 5 Uhr nachmittags im hiesigen Gemeindehaufe, Neue Krug-Allee Nr. 5, Zimmer 6 ausliegen. Versäume kein Wahlberechtigter die Listen einzusehen! Wahlberechtigt ist jeder Deutsche männlichen Geschlechts, welcher spätestens am 16. Juni 1878 geboren ist. Für diejenigen, welche verhindert sind, selber die Listen einzusehen, sind folgende Genossen bereit die Listen einzusehen: 1. Dente, Lohmühlenstraße 25 v. II; 2. Wiese, Riefholzstr. 21; 3. Sühr, Neue Krug-Allee 62, 1. Gartenhaus I; 4. Krohne, Behringstr. 7 v. I; 5. Hackbarth, Ernststr. 1 part; 6. Karow, Riefholzstr. 257 part; 7. Road, Baumshulenstr. 36 part.

**Steglich.** Der Sammelkandidat unfres Kreises, Malermeister Hammer, entwickelte am Sonnabend in öffentlicher Versammlung, zu der die Konservativen ihre Anhänger durch christliche Einladungen zusammengetrommelt hatten, sein „Programm“, aus welchem nicht viel zu entnehmen war, wenn man sich nicht gerade für die persönlichen Angelegenheiten des Malermeisters interessierte. Die Sozialdemokratie kämpfte er außer mit zusammenhängenden Citaten mit unauflösbaren Zeitungsnachrichten, unter welchen die Notiz der „Deutschen Tageszeitung“ über die in der Sonntagnummer des „Vorwärts“ erwähnte Rede unfres Genossen Ledebour nicht fehlte. Von hiesigen Genossen war eine Anzahl anwesend, sie hielten es jedoch nicht für angebracht, auf dieses Verbot zu antworten. Ein gewisser Fenzel (oder ähnlicher Name) von außerhalb unternahm es, die Sozialdemokratie mit möglichstem Ungeheiß zu verteidigen. Wir möchten hierzu bemerken, daß wir eine derartige unerbetene Hilfe mindestens überflüssig finden.

Am letzten Freitag hat nun doch unfre Gemeinde-Vertretung die Polizeiverordnung betreffend das Verbot des Straßenhandels für eine Reihe von Straßen angenommen. Die Verordnung war vom Amtsvorsteher aus „verlehrs- und polizeilichen Gründen“ vorgelegt worden, nachdem vor längerer Zeit der Haus- und Grundbesitzer-Verein um Beseitigung des Straßenhandels petitioniert hatte. Daß mittlerweile auch zwei von gut besuchten Volksversammlungen einstimmig angenommene Resolutionen gegen das Verbot eingegangen waren, hatte bei der bürgerlichen Mehrheit wenig Gewicht, zumal sich zu den Hausbesitzern auch noch einige anständige Geschäftsleute gestellt hatten, welche aus Konkurrenzrücksichten das Verbot wünschten. Daß der Amtsvorsteher nochmals betonte, daß für ihn nur Verlehrs- und polizeiliche maßgebend gewesen seien, kann uns nicht imponieren, besonders, da er zugegeben hat, daß augenblicklich zwar noch keine besonderen Mißstände vorhanden seien, dieselben aber „zweifellos sich in der Zukunft einstellen dürften“. Die Sorge um die Zukunft gerade in dieser Frage, wo es sich um einen Wunsch der Hausbesitzer handelt, ist rührend. Die letzteren werden denn auch die einzigen sein, welche einen Vorteil von dem Verbot haben; mit Rücksicht auf die beseitigte Konkurrenz wird sich bald Gelegenheit finden, die Ladenmetten in den vom Verbot betroffenen Straßen zu erhöhen; dann werden hoffentlich auch die betreffenden Geschäftsleute einsehen, wer der Verlierer ist.

## Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

**Der Stultateursstreik ist beendet.** Nach den resultatlos verlaufenen Einigungsverhandlungen vom Montag voriger Woche hatten die Streikenden nunmehr das Einigungsamt um Fällung eines Schiedsspruchs ersucht. Am Sonnabend wurde über die Angelegenheit vor dem Einigungsamt endgültig verhandelt.

Nach zwölfstündiger Verhandlung vermittelte das Einigungsamt seinen Schiedsspruch. Demnach ist der zwischen den Unternehmern und den Maßbereinern geschlossene Vertrag fernerhin unglücklich. (Letztere hatten sich, nachdem ihre Führer telephonisch herbeigerufen waren, mit der Ungültigkeitserklärung einverstanden erklärt.) Das Schiedsgericht begründete diese Maßregel folgendermaßen: Es könne den Mitgliedern der „Freien Vereinigung der Stultateure“ zwar nicht verwehrt werden, eine eigene Organisation zu bilden, die außerhalb des Centralverbandes steht, doch sei es nicht angängig, daß die Arbeitgeber mit dieser Gruppe einen für die ganze Gehilfenschaft gültigen Tarif abschließen. Vielmehr sei hierzu die Zustimmung der Gehilfenmehrheit erforderlich und diese werde zweifellos von den Mitgliedern des Centralverbandes repräsentiert. Die Arbeitszeit für Bau- und Werkstattarbeiter beträgt 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunden täglich. Als Minimallohn erhalten die Bauarbeiter pro Tag 7 M., die Gelehrer 4,50 M. bis zum 1. Mai 1904, von da ab 4,75 M., die Former, Fieber und Modellarbeiter bis 1. Mai 1904 5 M. und von da ab 5,25 M. Ueberstunden bis 9 Uhr abends werden mit 25 Proz. und Nacharbeit mit 50 Proz. Zuschlag vergütet. Bei Verspätung dieses Punktes meinte der Arbeitgeber Dammrich: Anlässlich patriotischer Festlichkeiten, Empfänge fürstlicher Personen u. m. d. mühten die Arbeiter so viel Patriotismus besitzen, um Ueberstunden ohne Zuschlagszahlung (!?) zu machen. Innerhalb sechs Wochen ist ein paritätischer Arbeitsnachweis zu errichten, dessen Kuratorium aus 5 Arbeitgebern und 5 Arbeitnehmern gebildet wird; letztere wählen ihre Vertreter durch Proportionalwahl. Die Regelung beruflicher Differenzen unterliegt einer gemischten Schlichtungskommission. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Außerdem enthalten der umfangreiche Accordtarif wie auch die allgemeinen Bestimmungen eine Reihe mehr oder minder ins Gewicht fallender Verbesserungen. Der Tarif tritt sofort in Kraft und hat Gültigkeit bis zum 15. Mai 1905.

Die am Sonntag in der Brauerei „Königsstadt“ abgehaltene, stark besuchte Versammlung der Streikenden erklärte sich nach reifer gegenseitiger Aussprache mit dem im Schiedsspruch niedergelegten Bestimmungen einverstanden. Zur Annahme gelangte folgende Resolution: Die Versammlung erblickt in dem durch Schiedsgericht zum Abschluß gekommenen Tarifvertrag auf zwei Jahre die genügende Gewähr, um mit Hilfe der Organisation geregelte und verbesserte Arbeitsbedingungen im Stultateurbetrieb hochzuhalten und durchzuführen. Sie erwartet von allen am Streik beteiligten Kollegen, daß das einmal geschlossene Band unter ihnen nicht wieder gelodert wird und daß jeder der Organisation treu bleibt. Sie beschließt weiter, in allen Betrieben am Montag, den 18. Mai 7 Uhr früh die Arbeit zu den neuen Bedingungen wieder aufzunehmen.

**Ueber die Lohnbewegung der Treibriemen-Sattler** wurde am Sonntag in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung der Branche beraten. An dem Stand der Bewegung hat sich wenig geändert. Die Firma Diejener hat kürzlich eine private Aussprache mit den Ausständigen herbeigeführt, stellte aber hierbei das unverschämte Verlangen, die Arbeiter sollten aus der Organisation austreten, dem natürlich nicht entsprechen werden konnte. In Zeitungsbannerungen suchen die Unternehmer nun ebenfalls nach unorganisierten Arbeitern. Es handelt sich bei diesem Streik jetzt also auch um einen Kampf für die Organisationsfreiheit. Streikbrecher sind bis jetzt nur wenige vorhanden. Die Lage ist also keineswegs ungünstig für die Ausständigen. Die Polizei hat sich bei diesem Streik wieder als Hüterin der Interessen des Unternehmertums benahmt. Seitens des 79. Polizeireviers ist den Ausständigen der Aufenthalt im Strafenzuge von der Schleifischen Brücke bis zu der Schleifischen Thor gänzlich verboten worden. Mehrere Fälle unbegründeter Einzierungen und Fortweisungen wurden in der Versammlung erwähnt. Gegen solche unantastbare Beschränkung der persönlichen Freiheit wurde von Wehler als Vertreter der Organisation telegraphisch Beschwerde beim Polizeipräsidenten erhoben. Dieser hat jedoch in einem Schreiben vom Sonnabend die Beschwerde abgelehnt und erklärt, daß das Verfahren des 79. Polizeireviers nach § 132 der Strafenpolizei-Ordnung und seiner Auslegung durch die Justizurteile gerechtfertigt sei. Der Redner sprach sich im übrigen für Fortsetzung des Streiks aus, und dementsprechend beschloß auch die Versammlung in geheimer Abstimmung mit 48 gegen 2 Stimmen.

**Achtung, Metallarbeiter!** In der Carwin-Maschinenfabrik streiken die Dreher. Weil nun ohne Dreher der Betrieb nicht aufrecht erhalten werden kann, sind heute sämtliche Arbeiter (Schlosser usw.) entlassen. Wie sehr die Firma in der Klamme sitzt, beweist folgender Umsatz, der am Sonnabend in der Fabrik angeschlagen wurde: „Wir geben hiermit bekannt, daß, falls bis Montag, den 18. Mai, nicht genügend geeignete Dreher eingestellt sind, wir den Betrieb von Montagmittag bis auf weiteres einstellen. Gleichzeitig kündigen wir den sämtlichen Arbeitern, welche 8- bis 14-tägige Kündigung haben, für den Fall, daß während dieser Zeit der Betrieb aufgenommen wird, nehmen wir die Kündigung zurück. Wer damit nicht einverstanden ist, kann sofort Lohn und Papiere erhalten.“ — Die Firma wird nun versuchen, in Berlin und auch außerhalb Erfag für die streikenden Dreher zu bekommen. Wir ersuchen deshalb, den Zugang nach dieser Fabrik streng fernzuhalten. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

**Der Streik der Militär-Schneider ist beendet.** In der am Sonnabend abgehaltenen Versammlung der Streikenden wurde mit 80 gegen 78 Stimmen bei zahlreicher Stimmenthaltung beschlossen, am Montag, den 18. Mai, die Arbeit wieder aufzunehmen. Bezüglich des Prozentbeweises erklärte die Versammlung, auf den Vorschlag der Arbeitgeber probeweise eingehen zu wollen, doch behält sie sich vor, spätestens zum 1. April 1904 eine anderweitige Regelung der Angelegenheit herbeizuführen. Der negative Verlauf des Streiks ist lediglich auf die Thätigkeit der „Arbeitswilligen“ zurückzuführen, die sowohl hier im „Warenhaus für Armee und Marine“ als auch auswärts den Arbeitgebern zu Diensten standen. Angesichts dessen hielt es die Mehrheit der Streikenden für zwecklos, die noch auf lange Zeit ausreichenden Mittel der Streiklasse noch länger in Anspruch zu nehmen und den neuntöchigen Zustand noch weiter zu führen.

**Die Metallschläger haben am Montag die Arbeit niedergelegt.** Sie fordern die neunstündige Arbeitszeit, einen 20-prozentigen Zuschlag für Ueberstunden und eine anderweitige Regulierung des Accordtarifs. In Betracht kommen für diese Branche nur zwei Firmen, die sich den Forderungen der Arbeiter gegenüber bisher allerdings ablehnend verhalten haben. Das Streben der Metallschläger geht dahin, über ganz Deutschland eine einheitliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen.

**Die Lohnforderungen der Arbeiter im „Kabelwerk Oberspre“** der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft sind durch Vergleich mit der Direktion beigelegt. Am Montag ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Hilfsarbeiter, welche mit einem Stundenlohn von 30 Pf. eingestellt sind, erhalten nach einem Monat 33 Pf. pro Stunde. Sämtliche Maschinenfahrer, die mindestens ein Jahr im Betriebe sind, erhalten eine Lohnerhöhung von 3 Pf. pro Stunde bis zur Höchstgrenze von 40 Pf. Die Löhne derjenigen Arbeiter, die länger als drei Jahre im Betriebe beschäftigt, aber noch nicht Maschinenfahrer sind, sollen von Zeit zu Zeit revidiert und ausbedessert werden. Es wird ein ständiger Arbeiterauschuss gewählt, der, wenn Wünsche der Arbeiter vorliegen, mit der Direktion zu verhandeln hat.

Die den Streik der Ruffher und Burichen der Milchcentrale betreffende Notiz in der Sonntagnummer des „Vortwärts“ enthält, wie uns vom Verband der Handels- und Transportarbeiter geschrieben wird, eine Unrichtigkeit insofern, als in derselben gefolgt wird, die Ruffher und Burichen hätten, soweit diese noch nicht andere Arbeit gefunden haben, die Arbeit wieder aufgenommen; letzteres ist nicht der Fall.

Auf Grund des Jugendschlusses des Herrn Oberamtmann Ring, wonach sich derselbe verpflichtet hat, die Ruffher und Burichen nach und nach wieder einzustellen, haben sich bereits 30 Ruffher zur Wiederaufnahme der Arbeit gemeldet. Leider war bis heute noch niemand eingestellt, vielmehr soll denselben, falls Bedarf vorliegt, eingeschrieben werden. Von den Burichen sind bis jetzt zwölf wieder eingestellt.

Die Arbeiter der Bettmüllfabrik von Schulz, Hofenheide, hielten am Montag abends eine Versammlung ab, um weitere Maßnahmen wegen der mit den Drahtspinnern und Ladiereisen ausgebrochenen Differenzen zu besprechen. Bisher sind die eingeleiteten Verhandlungen resultatlos geblieben, da der Chef nicht mit dem Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes sondern nur mit „seinen“ Leuten verhandeln will. Beschlossen wurde, eine Kommission aus den Reihen der Streikenden zu wählen, die am heutigen Dienstag bei dem Betriebschef vorstellig zu werden hat. Um den Verhandlungen etwas mehr Nachdruck zu verleihen, wird sich am Mittwoch eine weitere Versammlung darüber schlüssig werden, ob für den gesamten Betrieb die neunstündige Arbeitszeit verbunden mit einer zehnprozentigen Lohnserhöhung zu fordern ist, falls die Firma bis Freitagmorgen den Tarif der Drahtspinner nicht unterschrieben hat. Natürlich nimmt sich auch die Polizei dieser Firma wieder mit ganz besonderer Wärme an. Vor der Fabrik stehen fast mehr Polizisten, uniformierte wie geheime, als Streikposten oder neugierige Passanten.

In Adlershof bei Luga befinden sich die Tischler, Maschinenarbeiter, Maler und Flagarbeiter (ca. 120) im Ausstand, da die Maßregelung von acht Ausschussmitgliedern nicht zurückgenommen wurde. Es werden hauptsächlich Stühlenmöbel und Klebstreifen hergestellt. Zugang fernhalten.

### Deutsches Reich.

#### Ausperrung an der Unterweiser.

Laffans Depeschenbureau meldet: Bremen, 18. Mai. Der Bremer „Vulkan“ in Begesad sperrte heute vormittag 9 Uhr 2000 Arbeiter aus. Die Ausperrung der Arbeiter auf den Werften von Rüdigers und Seebach steht für Schluss dieser Woche bevor. Von den Ausperrungen der beiden letztgenannten Werften würden etwa 4000 Arbeiter betroffen werden. Die Norddeutsche Armaturen-Fabrik des „Norddeutschen Lloyd“ und die „Aktiengesellschaft Weser“ nehmen eine abwartende Stellung ein, doch ist die Ausperrung ihrer Arbeiter bestimmt auch gegen Schluss dieser Woche zu erwarten. Im ganzen würden von den Ausperrungen der Werften an der Unterweiser 12 000 Arbeiter betroffen werden.

Der ebenso rücksichtslos wie unbegründete Gewaltakt der Unternehmer an der Unterweiser ist also vollendet, soweit er die Arbeiter des „Vulkan“ und die der Tecklenborgschen Werft betrifft. Auch andre Großbetriebe werden mit der gleichen Gewaltthat gegen die bei ihnen beschäftigten Arbeiter vorgehen. Die Hoffnung, daß der gewalttätige Kampf vermindert werden könne, hat sich nicht erfüllt. Vergebens war es, daß die Arbeiter bis auf den letzten Augenblick sich redlich bemüht haben, die Veranlassung der angedrohten Ausperrung aus dem Wege zu räumen und den Kampf dadurch zu vermeiden. In ihrer Friedensliebe, in dem Bewußtsein, den Unternehmern bis zur äußersten Grenze des Möglichen entgegengekommen zu sein, glaubten die Arbeiter noch am Sonnabend an eine befriedigende Lösung des Konflikts. Verhandlungen wurden bis zur letzten Stunde geführt. Aber während man jeden Augenblick die Nachricht erwartete, die Differenzen seien beseitigt, der Friede geschlossen, traf am Sonnabendabend die Nachricht ein,

daß der „Vulkan“ zu Gunsten der Tecklenborgschen Werft, die bereits ausgesperrt hatte, ebenfalls die Arbeiter aussperrten werde. Diese Kunde mußte umsonst überhörsen, als die mit der „Vulkan“-Direktion geführten Verhandlungen einen günstigen Verlauf zu nehmen schienen. Nun, es ist anders gekommen, als die Friedensfreunde erwartet haben. Die Ausperrung beim „Vulkan“ ist zur Tatsache geworden und weitere Aussperrungen stehen bevor. Und das alles, weil in zwei Betrieben ganz untergeordnete Konflikte mit einem Teil der Arbeiter bestanden, die bei einem guten Willen der betreffenden Unternehmer längst beseitigt wären. Die Betriebe, welche jetzt in unerhört frivoler Weise Tausende von Arbeitern auf die Straße gesetzt haben oder noch setzen wollen, haben nicht die geringste Ursache zu solchem Gewaltakt.

Nach alledem scheint es zweifellos, daß das vereinigte Unternehmertum an der Unterweiser den Kampf gegen die Arbeiterorganisation in großem Maßstabe beginnen will. Die Vernichtung des Koalitionsrechts, die dem „Norddeutschen Lloyd“ trotz der Anwendung brutaler Mittel nicht gelungen ist, soll jetzt mit vereinten Kräften betrieben werden. Eine andre Erklärung giebt es für das Vorgehen der Unternehmer nicht. Wollen die Unternehmer den Vernichtungskampf gegen die organisierten Arbeiter führen, so werden sich diese wehren, und thätkräftige Hilfe ihrer Klassenossen in ganz Deutschland wird ihnen nicht fehlen.

Noch eine Aussperrungsnachricht kommt aus Bremen. Mit Rücksicht auf den Streik der Menpner Beschloß der Arbeitgeberverband, die Sperrung über sämtliche hiesige Bauarbeiter zu verhängen, falls die zwischen ihnen und den einzelnen Gesellenvereinen gepflogenen Verhandlungen resultatlos verlaufen sollten.

Das Aussperrungsgeheiß greift mit rasender Gewalt um sich. Die Differenzen im Tischlergewerbe zu Frankfurt a. M. sind beigelegt, damit sind auch die von den Arbeitgebern angedrohten Gegenmaßnahmen hinfällig geworden.

Die Schuhmacher in Jena haben mit ihrer Lohnbewegung einen wesentlichen Erfolg erzielt. Durch Verhandlungen mit der Innung wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden vereinbart, der Stundenlohn steigt bei Zeitarbeit von 23 auf 30 Pf., die Accordlöhne sind durchschnittlich um 15 Prozent erhöht, einzelne Arbeiten um 30 Prozent. Die Sonntagsarbeit wird eingeschränkt.

## Gerichts-Zeitung.

Eine für das Stellenvermittlungswesen wichtige Entscheidung wurde am Montag vom Schöffengericht gefällt. Im Hause Mulackstraße 13 betreibt der Gastwirt Joseph Gerecht neben seiner Gastwirtschaft auch gewerbsmäßig eine Stellenvermittlung für Schlächtergesellen. Das letztere Gewerbe war ihm auf Grund eines Ministerialerlasses vom 19. August 1902 von der Polizei unterlagt worden. Der Erlaß begründet das Verbot damit, daß die Arbeitssuchenden dabei beobachtet werden sollen, in dem Lokal erst eine Yechse machen zu müssen, bevor sie Arbeit nachgewiesen erhalten. Gerecht adte die des Verbots nicht und zog sich darauf einen Strafbefehl in Höhe von 30 M. zu, gegen den er richterliche Entscheidung beantragte. Im Termin machte der Angeklagte geltend, daß der Ministerialerlaß auf ihn nicht anwendbar sei. Beide von ihm betriebene Gewerbe seien räumlich getrennt, sein Restaurationslokal befinde sich im unteren Stockwerk, der Arbeitsnachweis dagegen im oberen. Die Stellenvermittlung erfolge immer Sonntags von 12 bis 2 Uhr. Ferner sei der Ministerialerlaß überhaupt nicht rechtsgültig. Der § 1 der Gewerbe-Ordnung gebe jedem Staatsbürger das Recht, ein Gewerbe auszuüben, welches er wolle. Der Ministerialerlaß bedeute daher einen Eingriff in die gesetzlich gewährleistete Gewerbefreiheit. Der § 38 der Gewerbe-Ordnung räume dem Minister nur die Befugnis ein, nötigenfalls einschränkende Bestimmungen zu erlassen, nicht aber, die Ausübung eines Gewerbes gänzlich zu verbieten. Demnach sei der gegen ihn gerichtete Strafbefehl zu Unrecht erlassen worden.

Der Gerichtshof gelangte zu einem verurteilenden Erkenntnis, nachdem festgestellt war, daß zwei Schlächtergesellen erst im Lokal des Angeklagten ein Glas Bier getrunken hatten und dann auf

dessen Aufforderung in den oberen Raum gegangen waren, wo ihnen gegen 3 M. Vermittlungsgebühr Arbeit nachgewiesen worden war. In Übereinstimmung mit dem Staatsanwalt war der Gerichtshof der Meinung, daß dem angeforderten Ministerialerlaß volle Rechtsgültigkeit beizumessen sei. Derselbe stelle nur eine Beschränkung, nicht aber eine gänzliche Aufhebung der im § 1 der Gewerbe-Ordnung gewährleisteten Gewerbefreiheit dar. Zu einer solchen Beschränkung sei der Minister durch § 38 der Gewerbe-Ordnung ermächtigt. Außerdem erachtete der Gerichtshof für erwiesen, daß die Gastwirtschaft und die Stellenvermittlung eng miteinander verknüpft seien, wenn auch beide räumlich von einander getrennt wären. Die Stellenvermittlung solle dazu dienen, der Schlächterwirtschaft Gäste zuzuführen und dem Wirt Gelegenheit zu geben, an den Arbeitssuchenden doppelt zu verdienen. Dies sei nach dem Ministerialerlaß nicht zulässig.

Das Strafmaß wurde indessen auf 5 M. ermäßigt.

Für Vermieter möbliertem Zimmer von Wichtigkeit ist eine Entscheidung der 20. Zivilkammer, die in den „M. f. Rechtspr.“ mitgeteilt wird. Einem Mieter war bei Gelegenheit der Verlängerung des Mietvertrages vom Hauswirte unter Erhöhung des Mietzinses das Recht eingeräumt, ein Zimmer seiner Wohnung abzuvermieten. Durch einen Brief seines Hauswirts wurde ihm aber verboten, einen Zettel an dem Hause anzubringen, durch welchen die Vermietung eines möblierten Zimmers den Passanten angezeigt werden sollte, der an der Vorderfront des Hauses angebrachte Mietzettel wurde auch vom Portier des Hauses entfernt. Der Mieter beantragte darauf bei dem Amtsgericht den Erlaß einer einstweiligen Verfügung, durch die dem Eigentümer aufgegeben werden sollte, die Anbringung des Mietzettels an der Außenfront des Hauses zu dulden. Das Amtsgericht lehnte den Antrag ab, das Landgericht hielt aber die Weisung für gerechtfertigt und hat die einstweilige Verfügung erlassen. Das Landgericht hat unter anderem folgendes ausgeführt: Nachdem der Eigentümer dem Mieter die Erlaubnis zur Aftervermietung erteilt hatte, mußte er ihm auch gestatten, dies zur öffentlichen Kenntnis etwaiger die Strafe passierender Mietlustiger durch Anbringung eines Mietzettels an der Vorderfront des Hauses zu gestalten, und zwar umsonst, als es gerichtslindig ist, daß die Vermietung möbliertem Zimmer in Berlin fast ausschließlich durch Anbringung von Mietzetteln am Eingange des Hauses in einer den Passanten in die Augen fallenden Weise angefündigt wird. Der auf das Anbringen von Schildern bezügliche § 10 des Mietvertrages kann auf Mietzettel nicht Anwendung finden, da Schilder und Mietzettel völlig verschieden von einander sind.

Von der Kanzel ins Gefängnis. Halle a. S., 16. Mai. Schiffbruch gelitten hat der Kandidat der Theologie Franz Meyner von hier, der heute wegen Mißfallbetruges in mehreren Fällen vor der Strafkammer angeklagt war. Der Angeklagte, ein dem Trunke ergebener Mann, hatte in Wünnchen, Leipzig und Delitzsch kleine Geschworenen begangen und dadurch Hotelbesitzer, Gastwirte und auch einen Arbeiter Borna in Delitzsch geschädigt. Schon als Schüler, so verteidigte er sich, habe er den Lehrgelagen studentischer Verbindungen beigewohnt, und dabei große Neigung zum Trunke gehabt. Später, nachdem er in der Umgebung von Halle bei Bedigten ac. frange Pastoren beriet, hätten sich nach dem übermäßigen Genuß von Alkohol Anzeichen des Deliriums bemerkbar gemacht. Schließlich habe er sich aufgerafft und sich in der Kufalt des Pastors Vodelschwingh heilen lassen. Dann habe er bei dem Verein „Nutes Kreuz“ in Hamburg Unterkommen gefunden. Seine Nüchternheit sei aber dort auf eine sehr harte Probe gestellt worden; in Sälen, in denen nur Trunkenbolde und dergl. Menschen verkehrten, habe er predigen müssen. Diese Leute habe er als früherer Trinker zur Mäßigkeit ermahnen sollen. Dies sei für ihn zu viel gewesen. Er habe wieder mit gemacht, und sei dann wieder in sein altes Laster zurückverfallen. Der Staatsanwalt beantragte gegen den bedauernswerten, anscheinend willensschwachen Mann neun Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf sechs Monate solcher Strafe.

Better-Prognose für Dienstag, den 19. Mai 1903. Zeitweise heiter, jedoch noch kühl und unbeständig mit geringeren Niederschlägen und ziemlich starken nordwestlichen Winden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

## Theater.

Dienstag, den 19. Mai

Anfang 7 1/2 Uhr:

Oberhaus, Lohengrin.  
Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.

Deutsches. Donna Anna.  
Berliner. 100 000 Thaler.  
Leffing. Geschlossen.

Neues. Der g'rade Misch.  
Reichens. Lustige Ehemänner. —  
Vorher: Nach dem Valle.

Westen. Dubarry.  
Central. Madame Sherry.  
Thalia. Der Pönnemannel.  
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.)  
Am weißen Röhl.

Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.  
Theater.) Hedda Gabler.

Belle-Alliance. Die Lebendigtote.  
Herauf: System Aubert.

Carl Weiss. Die Römer.  
Casino. Unser Goldjunge. Specialitäten.

Metropol. Neues! Allerneuestes!  
Apollon. Die Liebesinsel. Specialitäten.

Duntes. Der Freischütz.  
Kleines. Radtschil.  
Trianon. Die Rotbrücke.

Wintergarten. Specialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Passage-Theater. Specialitäten.

Urania. Taubenstrasse 48/49.  
Anfang 8 Uhr.

Die deutsche Ostseeküste.  
Sternwarte  
Invalidenstrasse 57/62.

Passage-Theater.  
Anfang: Sonntags 3 Uhr.  
Wochentags 5 Uhr.  
Ende 11 Uhr.

Josefine Delclieur  
erregt allabendl. Lachsälven  
als Berliner Bäckerjunge.

## Urania.

Taubenstrasse 48/49.

Abends 8 Uhr:  
Die deutsche Ostseeküste.

Sternwarte  
Invalidenstrasse 57/62.

Passage-Theater.  
Anfang: Sonntags 3 Uhr.  
Wochentags 5 Uhr.  
Ende 11 Uhr.

Josefine Delclieur  
erregt allabendl. Lachsälven  
als Berliner Bäckerjunge.

Lola Loyd  
Cake Walk.

Ganz Berlin zerbricht sich  
schon den vierten Monat  
den Kopf über AGA!

die schwebende Jungfrau!  
14 neue erstklassige Nummern.

Castans Panoptikum.  
Friedrichstr. 165.  
mit seinen unzähligen Sehenswürdigkeiten!

Neu! Princess Bohatcio,  
die  
Kolossal-Indierin aus Singapore.

Neu! Carlo Riego  
ausgezeichneten  
Wiener Konzert-Kapelle.

Pythia, die hellseh. Dame,  
Anthropos, der künstliche  
Mensch als Portraitschneider.  
Cito Otero, die Sandmalerin.

Neues Theater  
Schiffbauerdamm 4a-5.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Gastspiel Hansi Niese.

Der g'rade Misch.

Kleines Theater.  
Unter den Linden 44.  
Anfang 8 Uhr.

Nachtsyl.

## Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).

Dienstagabend 8 Uhr:  
Im weißen Röhl.  
Lustspiel in 3 Akten von O. Blumenthal  
und G. Adelburg.

Mittwochabend 8 Uhr:  
Im weißen Röhl.

Donnerstagabend 8 Uhr:  
Hedda Gabler.

Am  
Königsthor. Schweizer-Garten. Friedrichshain.

Donnerstag, den 21. Mai } Garten-Konzert  
Sonntag, den 24. Mai } und Extra-Vorstellung.  
Von Pflanzten ab: 15382\*

Täglich: Grosse Vorstellungen.  
Am 1. u. 2. Pfingst-Feiertag: Früh-Konzerte u. Vorstellungen.

Thalia-Theater.  
Dresdenerstr. 72/73. Anfang 7 1/2 Uhr.

Der Posannengel.  
Morgen: Der Posannengel.  
Sonntagsnachm. 3 1/2 Uhr: Charleys  
Tante.

Metropol-Theater.  
Der größte Erfolg dieser Saison!  
Zum 128. Male:

Neuestes!  
Allerneuestes!

Dramatische Revue in 5 Bildern.  
Glänzendes Ballet. 300 Mitwirkende.  
Anfang 8 Uhr.  
— Rauchen überall gestattet. —

Trianon-Theater.  
Georgenstrasse,  
zwischen Friedrich- u. Universitätsstrasse.  
Abends 8 Uhr:

Die Rotbrücke.  
Lustspiel in 3 Akten von Fred Gröfse  
und Francis de Croisset.

Casino-Theater  
Lothringersstr. 37.  
8 Uhr: Neue Debüts!  
Das Barinkai-Trio.  
Neu! Gustonely etc.  
Gr. Erfolg! 9 1/2 Uhr:  
Unser Goldjunge.  
Beders Geschichte.

Sanssouci.  
Donnerstag, Sonntag und  
Montag:  
Hoffmanns  
Norddeutsche Sänger.  
Nach der Vorstellung:  
Tanz-Französern.  
Vereinsbillets gültig.

Carl Weiss-Theater.  
Große Frankfurter-Strasse 132.  
Ilse Römer.  
Anfang 8 Uhr.  
Mittwoch, zum erstenmal: Das  
Geheimnis des roten Hauses.  
Donnerstagsnachmittag 3 Uhr. Par-  
teit 60 Pf.: Dorf und Stadt.  
Im Garten: Täglich: Konzert,  
Theater u. Specialitäten-Vorstellung.  
Anfang 5 1/2 Uhr.

Residenz-Theater  
Direktion: Sigmund Lautenburg.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Lustige Ehemänner.  
Schwank in 3 Akten von H. Kars  
und Albert Barré. Deutsch v. Schönau.  
Vorher:  
Nach dem Balle.  
Schwank in 1 Akt nach d. Spanischen  
des R. Garrion von H. Voelbel.  
Morgen und folgende Tage: Die-  
selbe Vorstellung.  
Dienstag, 10. 12 Uhr mittags:  
Conferenc von Madame Sarah  
Bernhardt.

## Belle-Alliance-Theater.

Die Lebendigtote.

Dramolett in 1 Akt v. H. v. Hegebad.  
Herauf: System Aubert.  
Morgen: D'Veanerin. Herauf:  
Zuitem Aubert.

Im Sommergarten von 6 Uhr ab:  
Doppelkonzert. Specialit. I. Rangos.

W. Noacks Theater.  
Direktion: Robert Göl.  
Brunnenstrasse 10.

Zum letztenmal! Zum letztenmal!  
Die Ahnfrau.  
Bei schönem Wetter: Vorst. im Garten.  
Mittwoch: Geschlossen.

Reichshallen.  
Stettiner Sänger.

Auf allg. Verlangen:  
Anna Poto, das  
Blumenmedium.

Wohlstand: 8 Uhr.  
Börsenplatz: 7 Uhr.

Etablissement  
Buggenhagen  
am Moritzplatz.

Jeden Tag:  
Konzert

des berühmten Dirigenten des  
Eignor Vincenzo Ferrara.

Donnerstag, Sonnabend, Sonntag  
im Kaiser-Saal: Tanz.

Königstadt-Kasino.  
Holzmartstr. 72, Ecke Alexanderstr.

Bei günst. Witterung im Garten.  
Neues Programm.  
U. a.: The three Sisters Bolini  
und „Das neue Dienstmädchen“.

Mittwoch, Sonnabend, Sonntag:  
Tanz.

Berliner Ulk-Trio.  
Felix Schauer  
Stralauerstr. 1.

## WINTERGARTEN

Neues Programm.

Mlle. Lorraines, Lebende Bilder.  
Sam Elton, Komischer Excentric.  
Carlotta Kara, Creolische Sängerin.  
Pantzer Brothers, Akrobaten.

Rakoczy, Ungarische Tanztruppe.  
Das Meistergesangs-Quartett.  
Ralph Johnstone, Bicyclist.

Woodwards, dressierte Seelöwe.  
Miss Diana, amer. Spiegeltänzerin.  
Ballot und „Biograph“.

Franz Beyer,  
Berlin N., Chauseestr. 103,  
empfehl. 14672\*

Maitrank, Himbeersaft,  
sämtliche Arten Weine,  
Liquore, Cognac, Rum etc.  
zu Engrospreisen.

Verlag von Max Richter, Berlin SO. 36.  
Seeben erschien: Preis 1 Mark.

Die Harnleiden,  
ihre Verhütung,  
Behandlung  
u. Beseitigung v.  
Berlin.

Dr. med. Schaper, Königsgrabenstr. 97.  
Homöop. Arzt, spec. für Haut- u.  
Harnleiden, Frauenkrankheiten.

Patent- [12192\*  
Verwertung, Finanzierung, An-  
melde- u. Pat. u. Gebrauchsmuss.  
zum Selbstkostenpreis bei An-  
trag & Barm. Anfertigung von  
Zeichnungen. Wolters & Co.,  
W., Potsdamer Str. 123.  
Auskünfte und Nachträge kostenlos.

Stempel- Fabrik  
von [10712\*  
Robert Hecht,  
Berlin S.,  
Cranienskr. 142.  
Befest. schnell und  
billig alle Arten  
Stempel  
in bester  
Ausführung.

Kaufschuf- Typen „Perfekt“  
zum Zusammenlegen einzelner Wörter  
sowie ganzer Sätze von 1.50 M. an.

Paul Liere, amtlich geprüft. Masseur  
und Heilgehilfe, jetzt:  
„Alle Schönhauserstr. 16,  
1 Treppe, 4-6 Uhr täglich. 88/8\*

